

DOSSIER No.: OD. 2043

NAAM: Neo Fascisme - Nazisme.

Uit			In	Uit			In	Uit			In
Datum	Aan	Paraaf	Datum	Datum	Aan	Paraaf	Datum	Datum	Aan	Paraaf	Datum
14/3-52	Aed4	-	14/3								
6/5	D	-	6/5								
7/5	4-6	-	8/5								
8/5-52	46	-	10/5								
1/10	B	-	31/12								
2/1-53	B		10/4								
10/2-54	C		10 MRT. 1954								
5 SEP 1955	D		6 SEP 1955								
10 SEP. 1959	D		11 SEP. 1959								
30 juni 1961	D										
15 sep. 1964	EBRES		7 SEP. 1964								
22 ... 1975	CAZ										
- 3 NOV. 1975	KEB		12 NOV. 1975								

MINUTENBLAD

DOSSIER No. OD 2043

NAAM: NEO FASCISME/NAZISME

1. Aangelegd op verzoek van ACD/Contr.Staf ddo.11-3-52.
ACD 4c/*Wk*
2. Voor zover van de geagendeerde stukken (in dit OD geborgen) het schutblad aanwezig was dit bijgevoegd.
april '70.

M.

OD 2043

Adm v. Meier t. h. v.
van
h. v. gram alom een
M. T. d. d. d. d.

19/5/52

B VII
 B VII
 8/9/6
 3 Juni
 De Duitse
 die een plaats
 de Duitse
 in byzand
 als mis
 23/11
 1951

e Partei?

Reden auf dem 3. Bundesparteitag in Kassel
am 1. Dezember 1951

Am Eithoven
19/5/52
S.

Was will
die
Deutsche Partei?

Reden auf dem 3. Bundesparteitag in Kassel
am 1. Dezember 1951

In einer entscheidenden Stunde des deutschen Schicksals hat unsere Partei heute Rückschau gehalten und einen Ausblick in die Zukunft getan. Soweit Menschen es vermögen, haben wir dabei alles Kleinliche zurückgestellt und nur das große Ziel vor Augen gehabt. Wir sind dabei von unserer Grunderkenntnis ausgegangen, daß eine Politik in Deutschland bei der tragischen Situation unseres Vaterlandes, die alle unsere Probleme zu Schlüsselfragen des Weltgeschehens macht, nur Erfolg haben kann, wenn sie in den echten und guten Überlieferungen unseres Volkstums wurzelt und wenn sie gleichzeitig ohne alle Scheuklappen die besonderen Nöte der Gegenwart sieht und den Blick nach vorn richtet. Diese Grundanschauung einer konservativen Politik im modernen Sinne muß in dem Dreiklang „Heimat — Deutschland — Europa“ gegeben sein.

*Heinrich Hellwege,
Vorsitzender der Deutschen Partei*

	Seite
Rede auf der Kundgebung	5
<i>Bundesminister Heinrich Hellwege</i> <i>Vorsitzender der Deutschen Partei</i>	
Rede vor dem Zentralvorstand der DP	7
<i>Bundesminister Heinrich Hellwege</i>	
Rede auf der Kundgebung	10
<i>Bundesminister Dr. Ing. Hans Christoph Seebohm</i> <i>stellv. Vorsitzender der Deutschen Partei</i>	
Rechenschaftsbericht vor dem Zentralvorstand der DP	13
<i>Dr. Hans Mühlenfeld</i> <i>Fraktionsvorsitzender der DP im Bundestag</i>	
Außenpolitischer Überblick vor dem Zentralvorstand der DP	18
<i>Dr. Hans-Joachim von Merkatz</i> <i>stellv. Fraktionsvorsitzender der DP im Bundestag</i>	
Sozialpolitischer Rechenschaftsbericht und programmatische Ausführungen vor dem Zentralvorstand der DP	22
<i>Margot Kalinke, MdB.</i> <i>Sozialreferentin der DP</i>	

Rede auf der Kundgebung: **Bundesminister Heinrich Hellwege**
Vorsitzender der Deutschen Partei

Konservativ - nicht reaktionär!

Wir sind eine konservative Partei und zum konservativen Gedankengut gehört es, daß man nicht einfach eines Tages neu anfangen, alles bisherige stürzen und im luftleeren Raum irgendwelche Ideologien verkünden kann, die der erstaunten Welt als allein seligmachend gepriesen werden. Zum konservativen Menschen gehört es, daß er sich hineinsetzt in den Strom der Geschichte, der von Urzeiten her über die noch so turbulente und provisorische Gegenwart in die Zukunft hineinwirkt. Von alle dem war 1945 nicht viel zu spüren, und die Menschen wollten auf solche Gedanken nicht hören.

Zu sehr hatte sie das Grauen des Krieges gepackt und zu gewaltig waren die Stimmen, die klarmachen wollten, daß nun ein völlig neues Zeitalter beginnen müsse. Ein Zeitalter des Friedens, der Menschenrechte, der Umkehr und der Verdammung alles dessen, was einmal war einschließlich der Lieder und Fahnen, die einem 60-Millionen-Volke Rückhalt gegeben hatten. Gegen diesen Strom anzuschwimmen waren nur Menschen berufen, die ein starkes Gleichgewicht in sich selbst fanden, die unerschüttert waren von den Diffamierungen und Entrechtungen, die auch in der Stunde der großen Not unseres Vaterlandes den Kopf oben behielten und nur einen Entschluß kannten, zu ihrem Teil am Wiederaufbau mitzuhelfen. Diese Menschen waren selten, aber sie standen auf. Zuerst in Niedersachsen auf der Grundlage einer alten Bewegung, die jahrzehntelang für Wahrheit, Freiheit und Recht gestanden hatte; dann in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin und schließlich auch während des letzten halben Jahres in Hessen.

Wir sind eine konservative Heimatpartei im weitesten und fortschrittlichsten Sinne. Konservativ sein heißt für uns die Bewahrung der Lebensgesetze unseres Volkes wie des einzelnen Menschen und die Gestaltung des Familien- und Gemeinschaftslebens aus diesen göttlichen Gesetzen. Daß die von Menschen ausgeklügelten Ideologien Schiffbruch erlitten haben und in die Zerstörung

aller Werte führten, beweist die Entwicklung der letzten Jahrzehnte und erleben wir heute auf allen Gebieten täglich von neuem. Zur Erfüllung der konservativen Lebensauffassung gehört die Wiederherstellung der großen Grundsätze staatlichen Daseins, die uns in dem Gedanken des Reiches überkommen sind; gehört die Wiederherstellung echter Selbstverwaltung und damit die Einschränkung der Bürokratie; gehört die Selbstverwaltung der Wirtschaft, ohne daß gewissen Interessensverbänden ein ungebührliches Maß an Macht gewährt wird; dazu gehört auch die Pflege des Geschichtsbewußtseins und des staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls ebenso wie die Stärkung der nationalen Symbole vom Staatsoberhaupt bis zur Nationalhymne.

Wir wissen sehr wohl, daß nach dem durch ein verachtungswürdiges Regime verschuldeten Zusammenbruch die innere Unsicherheit unseres Volkskörpers zum nicht geringen Maße auch auf die Fehler zurückgeht, die nach 1945 von seiten der Besatzungsmächte und auch von seiten unserer eigenen Politiker in Deutschland begangen wurden.

Wir scheuen die Last der Abgrenzung gegenüber dem sogenannten Neofaschismus, der nicht weiter als radikale Reaktion darstellt, keineswegs und sind bereit, sowohl in unseren eigenen Reihen als auch darüber hinaus in die Auseinandersetzung mit den unverbesserlichen Menschen und Mächten der jüngsten Vergangenheit einzutreten. Bei uns gibt es keine Gefühle, die jemanden nur deswegen vom politischen Leben ausschließen wollen, weil er einmal zum Dritten Reich gestanden hat oder weil er als Soldat seine Pflicht auf den Schlachtfeldern Europas tat. Wir sind bereit und innerlich stark genug, um die Brücke zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft unseres Volkes.

Eine Außenpolitik, die im besten Sinne national ist. Sie setzt voraus, daß die Großmächte ein zerrissenes und schwaches Deutschland als Störung des Weltfriedens empfinden. Sie setzt aber auch voraus, daß eine Einigung

darüber zustandekommt, unter welchen Bedingungen ein wiedererstarktes und wieder-vereinigtes Deutschland den Weltfrieden fördern kann. Wir leben gerade in den entscheidenden Wochen, wo diese Frage die Öffentlichkeit bewegt. Die Westmächte haben begriffen, daß sich ein neutralisiertes und bolschewisiertes Deutschland zwangsläufig zum stärksten Vorposten des sowjetischen Imperialismus entwickeln muß. Für uns ergibt sich die Frage, ob die europäische Einigung unter Einbeziehung Deutschlands möglich ist, ohne die deutsche Wiedervereinigung zu beeinträchtigen. Wir bejahen diese Frage, denn wir meinen, daß Deutschland als Ganzes verloren wäre, wenn die Bundesrepublik von Europa ausgeschlossen würde. Wir meinen aber auch, daß Europa nicht mehr als abendländische Kultureinheit bestehen könnte, wenn uns für unseren Beitritt zur europäischen Vereinigung unannehmbare Bedingungen gestellt würden. Um diese Zweifelsfragen auszuschalten, bedarf es auf allen Seiten verständnisvoller Einsicht.

Bekenntnis zur Geschichte!

Die Deutsche Partei ist eine christliche Partei. Nicht, daß sie den christlichen Namen zur Parteibezeichnung wählen würde! Das Christentum ist die unzerbrechliche geistige Klammer, die das europäische Abendland zusammenhält. Mit seinem Untergang würde auch die Freiheit des Einzelmenschen und die Kultur, die uns das Leben lebenswert macht, besiegelt sein. Im christlichen Glauben leben wir alle, bewußt oder unbewußt. Gerade in einem Zeitalter der Technik und der Massen ist es notwendig, immer wieder auf diesen Urgrund unseres Seins zurückzublicken. Die verantwortliche Persönlichkeit, die uns als höchstes Ideal des politischen Menschen vorschwebt, kann nur gedeihen, wenn sie einen höchsten Richter über sich weiß. Das Leben in der Familie, in der Gemeinschaft und im Staat muß verdorren, wenn nicht höhere Gesetze als die von Menschen geschaffenen die letzten Entscheidungen bestimmen. Wenn wir aber christlich sagen, meinen wir nicht klerikal, sondern die Freiheit des Glaubens.

Die Deutsche Partei ist eine soziale Partei. Wir sind tiefst davon überzeugt, daß der soziale Fortschritt die notwendige Ergänzung zur konservativen Lebensauffassung bildet. Sozialer Fortschritt aber ist das Gegenteil vom Klassenkampf. Seit hundert Jahren schwebt dieses Gespenst über unserem politischen und Wirtschaftsleben. Wer es darauf anlegt, kann Bände füllen mit der Schilderung all' des Unglücks, welches durch diese verderbliche Theorie über die Welt gebracht wurde. Die Parolen der französischen Revolution „Freiheit — Gleichheit — Brüderlich-

Die Achtung, die das deutsche Volk sich in der Welt erringt, ist abhängig von seiner Leistung und von seinem gesamten Verhalten und von seiner Einstellung zu den grundsätzlichen politischen Fragen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß wir nicht allein in der Welt sind und daß es in unserer Lage vor allem darauf ankommt, diejenigen Kräfte im Auslande zu stärken, die guten Willens und bereit sind, uns Vertrauen entgegenzubringen. Ich will damit nicht sagen, daß wir um Vertrauen buhlen müssen, sondern ich will nur die nackte Tatsache feststellen, daß es unsere Aufgabe sein muß, das Mißtrauen und die Verbitterung der Welt gegen uns auszuräumen. Nicht mit nationalistischen Parolen ist das getan, sondern mit der beharrlichen Festigkeit bewährter Patrioten, die in keinem Punkte in zähen diplomatischen Ringen um unsere Freiheit von dem Grundsatz abgehen, daß Deutschland nur solche Rechte an übergeordnete Instanzen abgeben wird, die auch die anderen Staaten abzugeben bereit sind.

keit“ sind durch Klassenkampffidee in ihr genaues Gegenteil verkehrt worden. Freiheit ist ausgeartet zur Diktatur einer Funktionsklasse, die jenseits des Eisernen Vorhangs als Vorspann des russischen Imperialismus eingesetzt wurde. Gleichheit ist ausgeartet in den verderblichen Traum von öder Gleichmacherei, die jedes Streben des Einzelmenschen ersticken würde. Die gepriesene Brüderlichkeit beschränkt sich auf die Komplizenschaft einer angeblichen Klasse, die nicht über sich selbst bestimmt, sondern von Funktionären geleitet die Macht eines neuen Zwangsstaates aufrichten will. Mit dem Sozialismus, wie ihn der deutsche Arbeiter sich erträumt, und mit der sozialen Gerechtigkeit, die er für sich und seine Familie erkämpfen will, hat dies alles nichts mehr zu tun.

Wir aber müssen dem deutschen Arbeiter helfen, den Weg aus der machtpolitischen Verkrampfung herauszufinden in eine Gemeinschaft, die mit allen ihren Gliedern dem sozialen Fortschritt verschworen ist. Dazu gehört, daß jeder nach seiner Leistung aufsteigen und Eigentum erwerben kann; denn erst im Eigentum — und sei es noch so klein — wird der Mensch zur Persönlichkeit.

Der Eigentumsbegriff ist auch die Grundlage des Mittelstandes, der von allen Ständen — von den Vertriebenen abgesehen — am stärksten getroffen wurde. Weil der Mittelstand aber die natürliche Durchgangsstufe ist für den Aufstieg der besten Begabungen des Volkes an die höchsten Stellen in Staat

und Wirtschaft und Kultur, muß eine gesunde Politik gerade auf die Förderung des Mittelstandes gerichtet sein. Daher begrüßt die Deutsche Partei alle Bestrebungen, die den Mittelstand zu einer starken Säule im gesellschaftlichen Gefüge machen wollen und hoffen nur, daß dieses Erwachen, das sich darin ankündigt, nicht zu neuer Zersplitterung, sondern zu kräftiger Aktivität und Zusammenarbeit führen möge.

Es gibt für uns zwei Entscheidungsfragen, die über Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Verantwortung bestimmen: diese wirtschaftspolitische Stellungnahme im Sinne eines absoluten Vorrechts der politischen Vertretungen gegenüber den Interessengruppen, und auf außenpolitischem Gebiet die völlige Gleichberechtigung Deutschlands in einem Europa, das sich zur Einigung entwickelt und zur Verteidigung rüstet. In diesen beiden Punkten gibt es für uns keine Kompromisse. Allerdings, sie schließen vielleicht andere Einzelentscheidungen in sich. So etwa die Forderung nach der sozialen Befriedung unseres Volkes und nach der politischen Befriedung im Hinblick auf alle Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um den unseligen Zwiespalt zu überbrücken, der durch eine verfehlte Entnazifizierungspolitik entstanden ist.

Und zum Schluß noch ein besonderes Wort an die Jugend. Ich sage nicht: wer die Jugend besitzt, hat die Zukunft; sondern ich behaupte: wer für die Zukunft arbeitet, ge-

winnt die Jugend. Die Jugend will sich nicht verfangen lassen in den oftmals unerträglichen Streitigkeiten der Tagespolitik. Sie strebt höheren Zielen nach. Sie möchte bei den Politikern spüren, daß es ihnen ernst ist um das verkündete Wort. Sie will überbrückende Gemeinschaft und verpflichtende Ideen. Sie will aus der Enge heraus, die in den oftmals bedrückenden Verhältnissen der Umwelt auf ihr lastet. Sie richtet von der Heimat her ihren Blick auf Deutschland und darüber hinauf auf Europa, weil sie fühlt, daß ihr Lebensspielraum zu gering wird, wenn nicht bald grundlegende Wandlungen im Verhältnis der Völker miteinander eintreten. Wir wissen nicht, ob wir die Früchte unserer Arbeit noch ernten werden. Die Jugend aber will leben und sie hat ein Anrecht darauf, von uns zu fordern, daß wir die Bausteine richtig setzen, die das deutsche und europäische Haus einstmals tragen sollen.

Das deutsche Volk hat eine große Geschichte. Es ist durch Siege und Niederlagen gestählt, durch Höhen und Tiefen seines Schicksals geläutert und durch immer neue Besinnung auf sein eigentliches Wesen gestärkt worden. Die Gegenwart bietet mehr Anlaß zur Furcht als zum freudigen Beginnen. Wir aber als politische Menschen dürfen uns davon nicht beeindrucken lassen. Für uns gilt es, aus der Geschichte zu lernen, die Gegenwart nach besten Kräften zu gestalten, damit dem deutschen Volke wieder eine Zukunft in Einigkeit und Recht und Freiheit beschieden ist.

(Auszüge)

Rede vor dem Zentralvorstand: Bundesminister Heinrich Hellwege

Konservative Politik ist sozial!

Die Frage der Mitbestimmung etwa, die von starken Kräften mißbraucht werden soll, um das Machtstreben gewisser Organisationen zu fördern, muß von uns in einem ganz neuen Sinne durchdacht werden. Wir müssen dabei die in zahlreichen Ansätzen bereits vorhandenen neuen Formen ins Auge fassen, die sich etwa bei der Gewinnbeteiligung und beim Mitunternehmertum entwickeln. Wie wir im Politischen den Gedanken vertreten, daß von der Heimat her und über die Selbstverwaltung der Bürger an den Staat heranzuführen ist, so muß auch im Wirtschaftlichen auf der untersten Stufe der Heilungsprozeß beginnen. Soziale Gerechtigkeit, wie wir sie

vertreten, ist nur zu verstehen als das Recht aller Deutschen, auf Grund eigener Leistung aufzusteigen und Eigentum zu erwerben, Eigentum auch an den Produktionsmitteln. Mit der Verwirklichung dieses Grundsatzes kann nicht nur der Klassenkampf als Theorie, sondern auch der Proletarier als gesellschaftliche Erscheinung überwunden werden. Auch in unserem Wirtschaftsleben muß der christliche Grundsatz der Nächstenliebe immer mehr verwirklicht werden. Den eigensüchtigen Pfeffersäcken und Interessentpolitikern müssen wir die Forderung entgegenstellen, daß sie sich vom nackten Eigennutz abwenden und die soziale Not des ganzen Volkes sehen. Wer den Grundsatz des

Eigentums, den wir für unabdingbar halten, bewahren will, der muß auch bereit sein, jedem das Seine zu gewähren. Wer die sozialistische Revolution verhüten will, muß dem sozialen Fortschritt die Türen aufmachen.

Die Frage, die sich uns jeden Tag stellt, sie lautet: Sind wir deutsche Patrioten oder politische Hasardeure? Diese Frage

Rechtsbewußtsein gegen Radikalismus

Ich habe einmal gesagt, daß wir weder eine Partei der bürgerlichen Reaktion noch eine Partei des reaktionären Faschismus werden wollen. Weder von der einen noch von der anderen Richtung dürfen wir uns treiben lassen. Aber wir wollen auch der Auseinandersetzung in unseren eigenen Reihen nicht ausweichen.

Wir fühlen uns in diesem Punkte sicherer als die große sozialdemokratische Partei. Über die Berechtigung der Verfassungsklage gegen SRP und KPD dürfte wohl im Grundsätzlichen kein Zweifel bestehen. Über die Zweckmäßigkeit kann man streiten, denn es ist immer eine mißliche Sache, im Zeichen der demokratischen Ordnung mit Verboten vorgehen zu wollen. Nachdem aber unser Grundgesetz das Recht gewährt und damit die Pflicht auferlegt, bestimmte politische Gruppierungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen, konnte die Bundesregierung nach Kenntnis des vorliegenden Materials nicht anders handeln, als die Verfassungsklage zu erheben. Das war keine Entscheidung aus politischer Zweckmäßigkeit, sondern des rechtlichen Befindens. Sie mußte beide Parteien gleichmäßig treffen, und auch der Verfassungsgeschichtshof wird nur nach rechtlichen Gesichtspunkten ein Urteil fällen dürfen.

Der Einwand des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die KPD dürfe aus gesamtdeutschen und außenpolitischen Gründen nicht verboten werden, kann für uns niemals stichhaltig sein. Natürlich fürchtet die SPD durch ein Verbot der KPD eine noch stärkere kommunistische Unterwanderung als bisher. Damit möge sie selbst fertig werden, das ist die historische Aufgabe, die ihr zufällt. Wer sich zum rosaroten Marxismus bekennt, muß sich auch stark genug fühlen, mit dem blutroten Bolschewismus in den eigenen Reihen fertig zu werden. Sonst verwirkt er den Anspruch, eine im demokratischen Sinne zuverlässige Partei zu sein.

Ich wiederhole: Wir fühlen uns in diesem Punkte sicherer als die große sozialdemokratische Partei. Die Last der Abgrenzung gegen den sogenannten Neofaschismus, der in Wirklichkeit nichts weiter als radikale

richte ich in dieser Stunde auch an Sie alle. Stehen Sie als deutsche Patrioten und innerlich saubere Menschen zu unseren klar umrissenen und unerschütterlichen Grundsätzen, dann erheben Sie sich nachher zu offener und aufbauender Kritik. Wir werden dann in gemeinsamer Arbeit den Weg nach oben finden und unsere Partei schrittweise, ohne Hast, aber mit absoluter Bestimmtheit zu einem Instrument deutscher Innen- und Außenpolitik machen.

Reaktion darstellt, sind wir zu tragen bereit. Wir treiben eine soziale und vaterländische Politik und haben diese unsere Grundsätze noch nicht ein einziges Mal verraten; aber es ist, zugleich aus innen- und außenpolitischen Gründen, unsere geschichtliche Aufgabe, einen Schutzwall gegen die Radikalität zu bilden.

Der Lethargie und der beginnenden Radikalisierung ist nur zu begegnen durch das Herausstellen unserer wahrhaft gesunden Grundsätze zur Errichtung einer sozialen und konservativen Demokratie in dem Sinne, daß der moderne industrielle Massenstaat mit bäuerlicher Grundlage nur bestehen kann, wenn er alle Zeit nach einem gesunden sozialen Fortschritt strebt und wenn er gleichzeitig nichts unterläßt, um die Werte der nationalen Vergangenheit in die fortschreitende Entwicklung einzubauen und beides zu einer großen Synthese zu vereinen.

Ich habe gesagt: Das deutsche Volk ist diszipliniert genug, um zu wissen, daß nicht jeder mit dem Kopf durch die Wand kann. Es verlangt aber andererseits, daß innerhalb eines auf Freiheit und Ordnung gegründeten Rechtsstaates die menschliche Würde gewahrt bleibt, daß auf allen Gebieten soviel Freiheit wie möglich herrscht, daß der verabscheuenswerte Nachkriegsegoismus ausgerottet wird und daß eine große Gemeinschaftsanstrengung aller gutwilligen Kräfte unternommen wird, um die deutsche Not zu wenden. Ich habe gesagt: daß wir nicht davor zurückschrecken dürfen, diejenigen ehemaligen Nationalsozialisten und Soldaten an uns heranzuziehen, die ohne substanzielle Belastung aus der Vergangenheit heute immer noch zu den Entrechteten und mit Recht Verbitterten gehören. Ich habe gesagt: ein Volk, insbesondere eine konservativ-demokratische Ordnung, kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn es seine Vergangenheit leugnet, wenn es sich nicht zu den Höhen und Tiefen seiner vaterländischen Geschichte bekennt, um daraus für Gegenwart und Zukunft zu lernen. Ich habe das auf dem Bremer Parteitag 1950 gesagt.

Heute füge ich hinzu, was in Bremen auch bereits angedeutet war: Statt der verhängnisvollen Entnazifizierungspolitik brauchen wir eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende kritische Überprüfung des bisherigen deutschen Geschichtsverlaufs und damit auch eine ehrliche, von Komplexen und Anti-Gefühlen unbehinderte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Wir müssen aufrichtig mit den Menschen und Ideen ringen, die in den verflorenen zwanzig Jahren das deutsche Volk beherrscht haben.

Unsere Zeit ist im Kommen! Alle politischen Gruppen, die seit 1948 um uns herum mit ähnlichen Absichten entstanden, sind wieder zusammengebrochen oder der Unterwanderung erlegen. Eines Tages wird die Stunde kommen, wo diese Gruppen abgewirtschaftet haben, wo wir unser bedächtig Vorgehen, unsere bewußt zurückhaltende Taktik preisen werden. Wir haben den Wettlauf um die Gunst der Massen bisher verschmäht. Die mit allen Hilfsmitteln eines technischen Zeitalters geförderte hysterische Eile, die uns zum Sklaven statt zum Beherrscher der Technik macht, die überstürzte Gesetzesmacherei, die sich so sehr abhebt von dem überlegten Handeln unserer Väter, das Sichttreibenlassen von der Opposition, die oftmals, statt nur zu korrigieren, das Gesetz des Handelns bestimmt — alles dies hat uns nicht ergriffen.

Aber wir haben in einer Zeit der Turbulenz und des Provisoriums unsere Grundsätze gewahrt, und wir sind unabhängig geblieben von Interessengruppen und frei von politischen Hasardeuren. Dafür wird das deutsche Volk uns eines Tages Dank wissen. Es wird

Bewährung in schwerster Stunde!

Das deutsche Volk muß wissen, daß wir es mit unserer Überzeugung, die im tiefsten auf einem christlichen Grunde gewachsen ist, ganz ernst meinen. Durch den unglücklichen Kriegsausgang sind nicht nur unsere staatlichen Ordnungen zerrissen, unsere Städte zerstört, unsere Heimat verwüstet worden. Viel schlimmer als das wirken die zerstörten Freundschaften, die zerrütteten Familien, die mißbrauchten Beweise des Vertrauens. Ganz von unten her müssen wir wieder anfangen, die Grundlagen für ein neues Dasein zu legen. In den eigenen Reihen müssen wir verwirklichen, was wir nach außen vertreten. Wer selbst zur Gemeinschaft nicht fähig ist, wer die Gesetze des Friedens und der Eintracht bricht, darf sich nicht

bei uns den moralischen Rückhalt finden, den es heute bei seinem Hin- und Herirren von einer zur anderen Partei vergeblich sucht. Es wird bei uns den echten Gegenpol finden, wenn ihm eines Tages klar werden sollte, daß der revolutionäre und marxistische Sozialismus nur ins Verderben führen kann, und wenn es festgestellt haben wird, daß die schillernden Schattierungen zwischen den beiden Polen nur getarnte Ausdrucksformen von ein und derselben Sache darstellen.

Unsere Deutsche Partei — das will ihr Name besagen — ist in ihrem inneren Aufbau so vielfältig wie das deutsche Volk in seiner berufsständischen, politischen und stammesmäßigen Gliederung. Bei uns wird niemand über den Leisten geschlagen, niemand nach einer Denkschablone genormt. Das bedeutet Schwäche und Stärke zugleich. Es bedeutet Schwäche, weil in einem Zeitalter der Massen innere Vielfalt keinen hohen Kurswert besitzt und weil eine Partei, die sich zur Vielfalt bekennt, gegenüber einer anderen, straffer geführten Organisation leicht ins Hintertreffen geraten kann. Es bedeutet aber zugleich eine ungeheure Stärke, weil bei uns täglich und stündlich der Wille zur Zusammenarbeit und zur brüderlichen Liebe aufgerufen wird. Erst aus der Vielfalt ergibt sich ein Ganzes, und aus der Kameradschaft und Solidarität fließt die menschenbewegende Kraft. Auf dem Boden unserer Grundwerte: Gemeinschaft — Heimat — Vaterland — Europa wollen wir dem deutschen Volke vorleben, wie es auch seinen Staat nach natürlichen und göttlichen Gesetzen bauen kann, wenn es uns sein Vertrauen schenkt.

vor das Volk stellen und diese Tugenden fordern. Wer eine Änderung der Verhältnisse verlangt und nicht bereit ist, bei sich selbst mit der Änderung zu beginnen, verliert das moralische Anrecht, umstürzende Neuerungen zu verlangen.

Unsere Jugend aber möge es sich gesagt sein lassen, daß es sehr leicht ist, seinem Vaterlande in Stunden des Ruhmes und des Glanzes zu dienen, daß aber der echte Patriot sich erst bewährt, wenn das Vaterland in schwerster Stunde nach helfenden Herzen und Händen ruft. Unsere Jungen und Mädchen insbesondere — und das müssen wir ihnen sagen! — mögen sich bereit machen, für dieses Vaterland zu leben, alle Kräfte dafür einzusetzen, damit sie ihrer Väter würdig sind.

(Auszüge)

Echtes Europäertum!

Wir gingen davon aus, daß es notwendig war, uns zu besinnen und wirklich darauf zu besinnen, was es heißt, deutsch zu sein: was es heißt, diese deutsche Aufgabe, die unsere Väter und Vorfäter erfüllt haben — diese Aufgabe in der Zeit richtig zu sehen und zu begreifen. Das Entscheidende lag in denjenigen Fragen, die das Menschentum des Menschen überhaupt ausmachen, und diese großen Fragen, diese großen entscheidenden drei Begriffe, das sind der Begriff der Freiheit, der Begriff der Würde des Menschen und der Begriff der Heimat.

Freiheit bedeutet für uns nicht Frei-sein von allen Bindungen. Freiheit ist für uns nicht Ausleben-können des Machtstrebens des einzelnen Menschen, das in jedem von uns beschlossen ist. Freiheit ist für uns nur dann gegeben, wenn wir nicht den Menschen, sondern einzig und allein dem untertan sind, was als Gottesstimme, als unser Gewissen in uns hineingelegt ist. Frei ist nur der Mensch, der bereit ist, sich vor dem Gewissen in täglicher Prüfung seiner Sprache, seines Handelns und seines Wollens das Verantwortungsbewußtsein zu erarbeiten — das Verantwortungsbewußtsein, das uns allein befähigt, national und sozial zu handeln.

Dieses Verantwortungsbewußtsein ist es, um das wir täglich zu ringen haben. Dieses Verantwortungsbewußtsein muß sich bewähren, muß sich bewähren gegenüber dem anderen Menschen und gegenüber der Gemeinschaft der Menschen. Gegenüber dem anderen Menschen bestätigen wir dieses Verantwortungsbewußtsein, wenn wir in ihm achten, daß er ebenso wie wir um dieses Verantwortungsbewußtsein ringt. Wenn wir das in ihm achten, dann anerkennen wir seine Menschenwürde, denn Menschenwürde ist nicht etwas, was der Mensch an sich hat, sondern Menschenwürde ist etwas, was er durch sein Handeln und Tun und durch seine Bewährung immer wieder zu erwerben hat. Wenn wir das anerkennen, dann achten wir die Menschenwürde, dann ist der andere Mensch für uns nicht irgendwie ein Objekt des Arbeitsmarktes oder ein Objekt der Arbeitsmarktpolitik im Betriebe, dann ist er unser Mitarbeiter in dem gemeinschaftlichen Ringen um die Produktion, die notwendig ist

für die größere Gemeinschaft. Dann ist er unser Kamerad auf dem Sportplatz, dann ist er unser Mitstreiter in den großen Fragen, die wir zu lösen haben für unser Volk und die Menschheit.

Aber nichts ist mit diesen zwei Begriffen allein getan, wenn uns das dritte Entscheidende fehlt, das Recht auf die Heimat. Dieses Recht ist eines von jenen Rechten, die dem Menschen wahrlich von Gott gegeben sind, und wer dem Menschen Freiheit oder Würde oder Heimat nimmt, der versündigt sich gegen Gott und die Menschheit — und das gehört zu jenen Sünden, die nicht vergeben und nicht vergessen werden.

So stehen die Dinge für den, der klar sieht, wo die deutschen Aufgaben liegen. Sie sind für die Deutsche Partei einfach und deutlich aufgezeichnet. Aber alle diese Fragen können wir nicht lösen, wenn wir Ideologien nachgehen, die dem Staat, der Wirtschaft und der Kultur nicht ihre Freiheit lassen. Es ist einer der entscheidenden Fehler in der großen Entwicklung, die hinter uns liegt, daß es immer wieder das Bestreben entweder des Staates oder der geistigen Kräfte oder der Wirtschaft gewesen ist, die beiden anderen Lebensbereiche der Menschen zu überwältigen und zu unterjochen. In früheren Zeiten haben wir diesen Kampf erlebt, als das Papsttum versuchte, das Kaisertum unter seiner Botmäßigkeit zu bringen. Wir haben später erlebt, wie der Absolutismus versuchte, Wirtschafts- und kulturelle Dinge absolut vom Staate her bestimmen zu lassen. Wir erleben heute jenseits des Eisernen Vorhangs, wie eine Wirtschafts-ideologie das staatliche und das kulturelle Leben ausschließlich bestimmt.

Wir werden in Europa nur dann zu einer wirklich guten Entwicklung wieder kommen, wenn wir uns dazu bekennen, die Unterschiede zu erkennen, die dem staatlichen Lebensraum, in dem die Wirtschaft lebt, und dem geistigen Lebensraum entsprechen. In diesem Lebensraum der Wirtschaft ringt doch der Mensch mit der Materie, um in gemeinsamer Arbeit aus diesen Stoffen, die die Welt uns schenkt und die die Erde uns gibt, oft unter schweren Opfern an Gesundheit und Leben das zu erarbeiten, was die übrigen Menschen

als Grundlage ihres Lebens brauchen, und zu Preisen zu arbeiten, daß diese Güter diesen Menschen zugeführt werden können. Daneben steht der staatliche Bereich, in dem die Menschen ringen um die Formen, in denen das Leben auf der Rechts- und auf der staatlichen Ebene sich vollziehen kann; und darüber hinaus steht dann der geistige Bereich, jener Bereich, in dem in richtiger Anwendung die Gedanken und die Methoden entwickelt werden, die die Wunden heilen können, die die Menschen sich im Kampf mit der Materie und gegenseitig schlagen.

Aber wenn Sie daran denken, daß es notwendig ist, diese drei Bereiche nebeneinander zu stellen und ihnen eine klare Freiheit in ihrer Entwicklung zu geben, dann denken Sie bitte daran, daß sie mit diesen drei Bereichen außerdem einer der großen drei Anforderungen, die die Menschheit in ihren Menschenrechten gestellt hat — jener Forderung der Menschenrechte, die nun fast 2000 Jahre sind — entsprechen. Denn wenn wir so die wirkliche Freiheit im Raume der Wirtschaft anerkennen, wenn wir die echten Bereiche des Staates abstellen und wenn wir uns in dem kulturellen Raum frei bewegen, dann haben wir ja jenen großen Gedanken entsprochen, die einstmalig vielfach mißverstanden über die Welt gingen. Wir fordern die Freiheit, die absolute Freiheit im Raume des geistigen Lebens. Wir fordern die absolute Gleichberechtigung, Gleichberechtigung im staatlichen Raum für

jeden Menschen. Wir fordern die Brüderlichkeit in der Wirtschaft. So haben sie Gleichheit, Gleichberechtigung, Freiheit und Brüderlichkeit als Gegenspannungen, die zu den drei Bereichen des Lebens gehören, und wir sollten erkennen, daß es notwendig ist, die Kräfte aus dem einen Bereich nicht in den anderen überwuchern zu lassen, sondern hier nun wirklich Rahmen zu setzen, in denen die Menschen sich entwickeln können.

Man spricht heute soviel davon, daß man auch in der Wirtschaft eine Demokratie brauche. Man kann die Lebensform einer staatlich-politischen Institution weder auf das Geistig-kulturelle noch auf das Wirtschaftliche übertragen. Was wir im staatlichen Leben, im parlamentarisch-demokratischen Leben entscheiden durch eine Mehrheitsbildung, das haben wir im wirtschaftlichen Leben durch die Meinungsbildung und im geistigen Leben durch die Freiheit der Persönlichkeit zu erreichen. Und dieses scheint mir sehr entscheidend zu sein, daß wir uns darüber klar sind, daß deswegen Fragen einer öden Parität von Hohlköpfen im wirtschaftlichen Raum absolut nicht diskutiert werden können. Wir können eine Fülle von Funktionären genau abgezählt nebeneinander setzen auf die eine und die andere Seite — wir werden niemals durch Abstimmungen dieser Leute zu irgendwelchen wirtschaftspolitischen Konsequenzen kommen, die den Menschen dienen.

Tradition und Symbole!

Aber wir haben darüberhinaus noch andere Aufgaben. Wir haben ja die Aufgaben, uns auch auseinanderzusetzen mit unserer großen Tradition. Wenn ich Ihnen sagte: Gleichberechtigung im Staat, so ist damit eine Reihe von Problemen aufgeworfen, die sich mit den ausländischen Worten, etwa der Entnazifizierung — übrigens eines der ekelhaftesten Worte, die ich je gehört habe — und ähnlichen Dingen abgeben. Denn dieses Wort ist ja auch so eines von den angedeuteten Fremdwörtern; es bedeutet ja nichts anderes, als daß ein Mensch beim Wege durch eine Dunkelkammer dann gut in's Freie kommt, wenn er sich vorher eine leuchtend rote Krawatte umgebunden hat.

Wir verlangen die Gleichberechtigung, und aus der Gleichberechtigung und dem Verantwortungsbewußtsein ergibt sich die Haltung des Menschen: wer sich gegen seine Mitmenschen und wer sich gegen sein Volk versündigt, den soll die Strafe treffen, die dieses Volk über ihn verhängt durch seine Gerichte. Und wir werden niemals ein anderes Urteil über Deutsche anerkennen als ein Ur-

teil, das nach deutschem Recht von deutschen Richtern gesprochen wurde.

Wir sollten uns aber auch klar darüber sein, daß Menschen, die auf dieser Tradition stehen, zu den Symbolen des Volkes eine klare und eindeutige Beziehung haben. Wir neigen uns in Ehrfurcht vor jedem Symbol unseres Volkes — ich sage ausdrücklich vor jedem —, unter dem deutsche Menschen ihr Leben für ihr Vaterland geopfert haben. Und wir sind der Auffassung, daß Auszeichnungen, die sich ein Mensch durch persönlichen Einsatz und persönliche Tapferkeit erworben hat mit Blut und mit dem Einsatz seines ganzen Menschen, daß solche Auszeichnungen persönlicher Besitz sind, und daß niemand das Recht hat, an diesen Auszeichnungen herumzudeuteln.

Und so stehen wir auch klar und eindeutig zu den Fragen, die sich mit anderen Symbolen unseres Volkes beschäftigen, gerade mit jenem Symbol, daß durch seine gemeinsame Leistung den Menschen dazu bringt, daß er sich wirklich als Deutscher bekennt. Wir haben heute so viele Diskussionen darüber, ob es eine Nationalhymne geben soll

und ob der erste Repräsentant unseres Staates irgend etwas zu einer Nationalhymne erklären soll. Wir sind der Meinung, daß heute nicht die Zeit dafür ist. Wir sind der Meinung, daß wir keine Nationalhymne für die Bundesrepublik Deutschland brauchen, sondern daß wir erst dann wieder von einer Nationalhymne reden können, wenn wir wahrlich wieder ein deutsches Volk frei im deutschen Siedlungsgebiet haben. Wir sind aber auf der anderen Seite der Meinung, daß wir sehr wohl in dieser Zeit der Zerrissenheit ein Lied der Deutschen brauchen ein Lied, das alle Deutschen kennen und singen;

Auf dem Boden des Verantwortungsbewußtseins!

Ich möchte sagen, das ist ein sehr ernster Vorgang, daß hier der Führer einer großen deutschen Partei bereit ist, nicht nur unser nationales Symbol des Liedes der Deutschen zu beleidigen, sondern darüber hinaus eine Gottesbeleidigung auszuführen. Das sollten wir uns alle merken, denn an solchen Dingen erkennt man wahrlich die „Klaue des Löwen“.

Ich möchte Ihnen hiermit nur noch einmal ganz klar in knappen Worten das vor Augen führen, was die Deutsche Partei ist und was sie will. Diese Deutsche Partei ist christlich, aber sie ist niemals klerikal. Diese Deutsche Partei ist national, aber sie ist niemals nationalistisch. Diese Deutsche Partei ist sozial in dem Sinne, daß sozial ist, wer Arbeit schafft, und daß die größte soziale Aufgabe unserer Zeit die Erhaltung der Arbeitskraft unserer deutschen Menschen ist; aber sie wird niemals sozialistisch sein oder mit Sozialisten paktieren können. Sie ist soldatisch und sie ist nicht militärisch. Sie ist für ein freies Unternehmertum, aber sie ist gegen jeden egozentrischen Kapitalismus. Sie ist gegen jede Zusammenballung wirtschaftlicher

und daß, wenn sie es singen, sie sich immer dichter einfühlen in ihre Liebe zu Deutschland wie in einem jener gotischen Dome, die unsere Vorfahren aufgebaut haben. Wenn dieses Lied emporsteigt, ist es wie ein Gebet, daß wir zu Gott schicken für unser Volk und für unser Vaterland, und es ist deswegen geradezu unfaßbar, daß Herr Dr. Schumacher, dessen sarkastischer Witz ja bekannt ist, nun kürzlich geglaubt hat, dem deutschen Volk — natürlich als Witz — ein Lied als Nationallied zu empfehlen aus dem deutschen Liederschatz, das Lied „So nimm denn meine Hände“.

Macht, sei es in den Händen von Großkapitalisten, sei es in den Händen von Funktionären des Staates oder der Gewerkschaft. Sie tritt ein für den freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten, aber sie ist gegen monopolistische Einheitsorganisationen mit Zwangsgelüsten. Wir treten ein für einen gesunden Mittelstand, unsere Handwerker, unsere Bauern und unseren Handel. Wir lehnen aber jede ständestaatliche Ideologie ab; und wir sind der Auffassung, daß wir in der heutigen Zeit nicht mehr in der Lage sind, uns nach Ständen zu gliedern. Denn die Aufgaben, die wir haben, sind nicht Aufgaben von Ständen, sondern sind Aufgaben der deutschen Menschen. Und so steht die Deutsche Partei fest auf dem Boden von Freiheit, von Würde des Menschen, von dem Kampf des Rechtes um die Heimat, weil es zugleich der Kampf um Deutschland ist. Und sie steht fest auf dem Boden des Verantwortungsbewußtseins, sie ringt um die Probleme, so wie das Bibelwort, das Jakob sagte, als er mit dem Herrn rang: „Herr ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn“ — Du segnest Deutschland!

Rechenschaftsbericht vor dem Zentralvorstand: Dr. Hans Mühlenfeld

Fraktionsvorsitzender der DP im Bundestag

Kampf den verderblichen Ideologien!

Daß wir bis heute noch kein wirklich funktionsfähiges Informationsamt bei der Bundesregierung haben, kommt einer Katastrophe gleich. Es ist mein Anliegen beim Herrn Bundeskanzler schon im vorigen Sommer gewesen, ihn auf diese Tatsache hinzuweisen und klarzustellen, daß die Opposition, die Opposition um jeden Preis betreibt, das Ohr der Presse hat und daß die Regierung, die die Verantwortung trägt und Taten zuweisen hat, keine Presse zur Verfügung hat.

Darunter leiden auch wir bei der Fraktion der DP, die wie die beiden anderen Koalitionspartner diese schwere Verantwortung zu tragen haben. Die Arbeit im Bundestag für die Fraktion verlangt Arbeit und Einsatz eines jeden Fraktionsmitgliedes bis zum Äußersten. Wir sind nur 16 Mann, und ihnen obliegt das gleiche Arbeitsquantum, das den größeren Fraktionen gestellt ist, d. h. wir sind in allen Ausschüssen vertreten mit nur einem Mann, während die großen Fraktionen SPD und CDU mit 3, 4 und 5, zum mindesten mit zwei Leuten vertreten sind.

Wenn ich von einer politischen Harmonie in der Fraktion rede, für die allein zu sprechen ich berechtigt bin, jedoch aus meinen Beobachtungen diese auch mit den Landesverbänden glaube feststellen zu können, so ist es mir ein ernstes Anliegen, auch den Grund dafür zu nennen. Und das ist ein Grund, der das innerste Wesen der DP ausmacht und ihre Grundlage. Dies zu erkennen und wie diese Erkenntnis der großen Fragen unseres jungen Staatswesens und unseres schwer geprüften Volkes zu praktizieren ist, scheint mir die Zeit reif zu sein, mehr noch — eine Forderung dieser Stunde zu sein. Lassen Sie mich in kurzen Strichen den schwierigen Versuch machen, die geistige Situation unserer Zeit und der anderen deutschen Parteien aufzuzeigen, um Ihnen damit gleichzeitig auch den Grund für die politische Harmonie in der DP, von der ich sprach, aufzuzeigen.

Das ganze Leben unserer Generation ist einer Verwirrung und Unordnung anheimgefallen, die niemals größer und tiefer war als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Und dabei haben wir uns doch wohl die Frage vorzulegen: wie ist es zu diesem krisenhaften Zustand gekommen, und wie ist dieser Zustand, den doch jeder kennt, so tiefgreifend in unserem deutschen Volke verankert? Wenn diese Frage in ihrem politischen Kern geklärt wer-

den soll, muß die Antwort lauten: Dieser Zustand ist das Ergebnis der Politik, die seit Generationen bei uns maßgebend ist. Da nämlich diese Politik, als Ganzes betrachtet, sowohl in ihren Zielen als auch in ihren Methoden falsch war, mußte auch ihr Resultat schlecht sein.

Denn die Politik der letzten hundert Jahre war die Auswirkung von Parteien, die bestimmten Ideologien huldigten, d. h. politischen Auffassungen wie dem Liberalismus und Kapitalismus, dem Sozialismus und Marxismus, dem Kommunismus und Bolschewismus oder dem Faschismus und Nationalsozialismus. Diese Ideologien vertreten in ihren Programmen zur Regelung des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens samt und sonders große, umfassend angelegte Wunschbilder von der Gestalt, in die das menschliche Dasein künftighin gebracht werden soll. Aber diese Wunschbilder und unter ihnen an der Spitze das Zukunftsbild des Liberalismus und des Sozialismus sind so künstliche Konstruktionen des reinen Verstandes, daß sie der bestehenden Lebenswirklichkeit nur auf revolutionärem Wege aufgezwungen werden können. Denn sie stehen, wenn man sie näher prüft, in einem schroffen Gegensatz zur natürlichen Entwicklung; sie treten radikal aus dem Wachsen und Werden von Natur und Geschichte heraus und vertreiben, indem sie deren Gesetze verachten, den Menschen aus jener ruhigen Entwicklung. Und ganz entsprechend wirken auch die politischen Systeme, die von ihnen abgeleitet und auf ihnen aufgebaut werden. Das falsche, weil künstliche Ziel vergiftet mit seinen abstrakten Forderungen die Methoden derartiger Politik bis zum kleinsten Handeln der Verstand gegen alle Erfahrung und Anschauung aufstellt, kann eben deshalb, weil es so künstlich und das heißt wirklichkeitsfremd ist, nur mit Druck, Zwang oder Gewalt durchgeführt werden und hebt sich durch Bürokratie, Diktatur oder Terror um so mehr selber auf, je näher man seiner Verwirklichung zu kommen vermeint.

Mit anderen Worten: Die Ideologien, von denen alle Politik in den letzten hundert Jahren bestimmt worden ist, haben mit ihren abstrakten Zielen und gewaltsamen Methoden grundsätzlich falsche Maßstäbe in das politische Denken und Handeln des Menschen gebracht. Der Bankrott der bisherigen Politik, den uns der Anblick der öffentlichen Zustände und das Schicksal unseres Volkes zeigen, ist daher in Wahrheit der Bankrott

der Ideologien und ideologischer Politik überhaupt, die sich im vorigen Jahrhundert der Herrschaft über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bemächtigt hat, um sie bis heute trotz all ihrer verhängnisvollen Resultate zu behaupten. Obwohl sie mit ihren künstlich ersonnenen Systemen diese ganze Epoche hindurch trotz eines erbitterten Kampfes miteinander unter dem Schlachtruf des Fortschritts die Träger immer größerer Verbesserung und Vervollkommnung unserer Lebensverhältnisse zu sein glaubten, sind die Ideologien — jede für sich und alle zusammen — tatsächlich doch gerade die Träger einer erst langsam und dann immer schneller wachsenden Unordnung und Verwirrung geworden.

Aus dem Gegensatz zur ideologischen Richtung entspringt mit einfacher Logik diejenige Richtung der modernen Politik, die ganz von innen heraus überzeugt ist, daß wahre politische Ordnung nur da und dann

Konservative Politik findet neue Freunde!

Der einst nur geahnte Bankrott der ideologischen Politik, die alle überlieferten Bindungen des Menschen zerstört und entstellt hat und damit schließlich die nackte Triebhaftigkeit — als Haß und Neid, als Egoismus und Grausamkeit, als Machtgier und Rücksichtslosigkeit — zum beherrschenden Faktor in der modernen Politik erhob, liegt nunmehr vor den Augen all derer, die noch sehen können und wollen. Damit hat die Vernunft in der Einseitigkeit ihres Hochmuts nichts anderes getan, als die Unvernunft zu rufen und statt Ordnung immer mehr Unordnung geschaffen, weil sie den Boden der Tatsachen zugunsten von Theorien verließ und nicht im Fluß der lebendigen Entwicklung blieb, sondern aus der Bahn der Geschichte heraus trat, um in den Wolken ihre Utopien zu bauen. Und darüber ist dann schließlich, immer weniger verhüllt vom Glanz des technischen Fortschritts, das verloren gegangen, was der Mensch notwendig für seine gesunde Existenz braucht, wenn er nicht in den Abgrund stürzen will.

Der Mensch braucht nämlich hinter allem Vordergrundswerk seines Daseins, das mit dem Lauf der Geschichte kommt und geht, weder Liberalismus noch Sozialismus, weder Kommunismus noch Faschismus. Aber er braucht ebenso nötig wie Nahrung und Kleidung eine schlichte Reihe von Grundbedingungen seiner Existenz. Von diesen Grundbedingungen der menschlichen Existenz her ergibt sich alles, was konservative Politik tut oder läßt, bejaht oder verneint, fordert oder abwehrt. Aus ihnen läßt sich jedoch kein System im Stil der Ideologien ableiten, kein starres Idealbild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft aufstellen, keine ein-

entstehen kann, wo und wenn Natur und Geschichte nicht vergewaltigt, Wachsen und Werden geachtet und die Gesetze des Lebens anerkannt werden. Diese Abwehr des ideologischen Denkens und Handelns in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und diese Treue zum Gewachsenen und Gewordenen, zugleich aber auch diese Achtung vor der lebendigen Entwicklung, deren selbstherrlicher Bruch fälschlich als Fortschritt ausgegeben wird, und diese Anerkennung der Gesetze des fließenden Lebens ist der Sinn und die Aufgabe der konservativen Politik im Kräftespiel der Demokratie. Als die Deutsche Partei diese Rolle in dem politischen Kampf um die Gestaltung unseres künftigen Geschicks nach 1945 übernahm, schuf sie sich nicht ein willkürlich gemachtes Wunschbild nach Art der Ideologien, sondern sie folgte den Gedanken der Deutschen Partei nach 1866, die damals im Grunde nichts anderes tat als ihre Nachfolgerin heute.

gültige und darum dogmatische Lehre zur Lebensregelung gewinnen, die man wie ein Rezept handhaben kann. Stattdessen aber lassen sich aus diesen Grundbedingungen in jedem einzelnen Fall, den die Politik hier und jetzt zur Bewältigung und Entscheidung als Aufgabe stellt, Richtlinien und Gesichtspunkte entwickeln, nach denen eine sachgemäße und lebensgerechte Lösung jeweils zu erfolgen hat.

In dieser gemeinsamen Erkenntnis handeln Ihre Vertreter, liebe Parteifreunde, im Bundestag, und aus ihr resultiert die Stellung der DP-Fraktion unter den anderen Fraktionen und innerhalb der Koalition. Das Wort „konservativ“ ist zu oft in der Vergangenheit mißbraucht worden und wird daher heute noch überall falsch und unterschiedlichedeutet. Und doch nehmen in der politischen Diskussion die Stimmen zu, die wenigstens erkannt haben, daß keine der Ideologien der Menschheit den ersehnten und verkündeten Fortschritt gebracht haben, und fordern die konservative Konzentration. Es sind Forderungen und Wünsche, die aus parlamentarischen und nichtparlamentarischen Kreisen ständig und immer dringender an die Fraktion herangetragen werden. Ich verkenne nicht die politische Notwendigkeit und die Aufrichtigkeit dieser Bestrebungen, habe ich doch selbst seit 1947 in Wort und Schrift für das echte konservative Denken geworben, das allein geeignet ist, das durch Ideologien verzerrte und entwertete politische Denken auf eine natürliche und daher gesunde Basis zu stellen.

Ich bin mir dabei wohl bewußt, daß der klassische Begriff des Konservatismus keine Gültigkeit mehr hat. Dem modernen konservativen Denken sind einige liberale — nicht

liberalistische — Elemente wesenseigen, wie auch der Liberalismus heute solche aus dem Konservatismus übernommen hat. So gibt die Nachbarfraktion, die FDP, nach ihren Mitgliedern einen Querschnitt dieser Partei, die als Trägerin der liberalistischen Ideologie gegründet wurde. So umfaßt die CDU/CSU-Fraktion u. a. sozialistische Elemente, solche konservativer und liberaler Art unter einer alles umfassenden Ersatzideologie auf der Grundlage des Ahlener Parteiprogramms der CDU.

Vor wenigen Tagen hatten Dr. v. Merkatz und ich Gelegenheit, mit dem Repräsentanten des VDS zu sprechen. Wir haben nach der längeren Aussprache über Ziele und Aufgaben des VDS volle Übereinstimmung festgestellt im Sinne bester und auch heute noch gültiger ehrenhafter Tradition und vaterländischer Gesinnung im Dienste unseres Staates. Gemessen an diesen Voraussetzungen ist uns jeder Soldatenverband, ob VDS oder Stahlhelm oder wie sie heißen mögen, willkommen. Wir vermögen auch nicht einzusehen, warum der an diesen Organisationen beteiligte Staatsbürger nicht auch als ehemaliger Soldat staatspolitisch denken und handeln soll, staatspolitisch auch insofern, als er seinen Verband aus der Parteipolitik heraushalten soll, nicht zuletzt auch in Erinnerung trüber Erfahrungen aus der Zeit vor 1933.

Mit ihnen sind wir der Meinung und stellen es wiederholt als Forderung heraus, daß ein Verteidigungsbeitrag nur unter völliger militärischer und staatlicher Gleichberechtigung unter der strategischen Gewährleistung deutschen Landes gegeben werden darf. In diesem Zusammenhang wiederhole ich meine vorgestern über Rundfunk und Presse zum

Voraussetzung zu Europa: Gleichberechtigung!

Wir Deutschen können niemals als ewiger wirtschaftspolitischer nationaler Torso zum Bau Europas uns verpflichten ohne die berechnete Hoffnung einer Änderung dieses unerträglichen Zustandes in absehbarer Zeit. Darum stehen wir mit der Leidenschaft des Herzens mit all denen in einer Front, die die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit ehrlich anstreben. Wir wünschen keine Politik der starken Faust zu betreiben, vor der die Vorsitzende der Zentrumspartei, Frau Helene Wessel, glaubt warnen zu müssen; wir fordern aber eine Politik des starken Rückgrates als Deutsche, als Europäer und als Volk, das in seiner Gesamtheit nun einmal zum Westen gehört und von Natur berufen ist, der Mittler zwischen Ost und West zu sein, um den Frieden zu erhalten.

Ausdruck gebrachte tiefe Enttäuschung darüber, daß die englische Regierung doch noch ihre Verteidigungsbeitragsverweigerung in eine Europaarmee erklärt hat, über deren auch für die Sicherheit Englands nachteiligen Folgen an der Themse Klarheit bestehen sollte. Wir leben nicht mehr in den längst vergangenen Zeiten, in denen Kontinentaleuropäer der Degen Englands auf dem Kontinent waren. Diese erklärte englische Einstellung zur Verteidigungsgemeinschaft und zum Schumanplan läßt auch die Ablehnung der Anträge auf Wiedererrichtung der Thyssenhütte und des Stahlwerkes in Watenstedt-Salzgitter in einem besonderen Lichte erscheinen.

Wir können uns auch nicht damit trösten, daß der ablehnende Bescheid des Sicherheitsamtes in Koblenz kein politischer Akt sei, sondern lediglich der Automatismus dieses noch bestehenden Amtes und seiner längst überholten besatzungsrechtlichen Grundlagen entsprungen ist. Wenn dem so ist, dann wäre es ein Gebot der politischen Einsicht gewesen, keine Entscheidung zu treffen und die mit der baldigen Beseitigung des Besatzungsstatuts automatische Beendigung dieses Instituts abzuwarten. Es ist für uns auch nicht verlockend, durch beschleunigte Ratifizierung des Schumanplans die Remontage dieser Werke betreiben zu können, die wir aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen dringend benötigen.

Wir stellen vielmehr fest, daß die Bundesregierung nach dem Schumanplan in Verbindung mit OEEC in ihren Investitionsplänen nicht frei ist. Daher ist die Tatsache der zugeständenen Remontage der genannten Werke eine der Voraussetzungen, um der Ratifikation des Schumanplanes näher zu treten.

Deshalb hat die Fraktion hoffnungsfreudig, aber ohne Illusionen, das gemeinsame Communiqué der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik über den in Paris beschlossenen Generalvertrag zur Kenntnis genommen, in dem es heißt:

„Gemeinsames Ziel: Ein vereinigtes Deutschland, und oberstes gemeinsames Ziel: Freie Verhandlungen zwischen Deutschland und seinen früheren Feinden zu einer Friedensregelung für Gesamtdeutschland, und schon jetzt: gleichberechtigte Partnerschaft.“

Die Sonderrechte, die sich die Alliierten vorbehalten und die sich aus der von uns Deutschen selbst verlangten verstärkten Anwesenheit alliierter Truppen, aus der besonderen Situation Berlins und besonderen inter-

nationalen Lage Deutschlands zwangsläufig ergeben, müssen wir allein schon in unserem Interesse anerkennen. Sie bedeuten nur formal eine Beschränkung der deutschen Souveränität, wenn ich diesen Begriff in seiner klassischen, aber antiquierten Interpretation heranziehe.

Hoffnungsfreudig, sagte ich, hat die Fraktion dieses Komitees aufgenommen und zwar auch nicht zuletzt wegen der beabsichtigten endgültigen Regelung der Grenzen im künftigen Friedensvertrag. Mit einer endgültigen Bestimmung der Grenzen können und dürfen nur die im Osten gemeint sein,

Gefahr des West-Ost-Gefälles!

Ich muß hier eine Frage erwähnen, die meine Fraktion sehr tief betroffen hat, das ist das — wie es im Bundestag zutage getreten ist — das völlige Fiasko der Flüchtlingsumsiedlung, der guten und gerechten Unterbringung der Heimatvertriebenen.

Der Flüchtlingsausgleich, wie er von jeher von uns gefordert ist, man muß ihn als gescheitert ansehen. Und wir werden nicht anders können, als darauf hinzuwirken, daß durch eine Bundesgesetzgebung nun endgültig diesem Dilemma ein Ende gemacht wird, und zwar in aller nächster Zeit, ohne daß wir dabei die Hoffnung aufgeben, daß einst der Tag kommen wird, wo unsere Heimatvertriebenen in ihre angestammte Heimat zurückkehren können.

Bis dahin bleibt uns aber auch als eine Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Lastenausgleich, der sich nun schon über eine Ewigkeit hinzieht, endgültig und schnell verabschiedet wird. In dieser Hinsicht hat die Fraktion der DP im Bundestag sowohl beim Vorsitzenden des Lastenausgleichs-Ausschusses wie auch beim Bundeskanzler alles getan, um den Lastenausgleich zu Ende zu bringen. Und vorher ist es notwendig, endgültig und schnell das zum Lastenausgleich erforderliche Feststellungsgesetz zu verabschieden, um die technischen Voraussetzungen für die Abwicklung des Verfahrens einleiten zu können.

Ebenso setzt sich die Fraktion dafür ein, daß das Aufwertungsgesetz für die Flüchtlingsparkonten im Vorwege zur Verabschiedung kommt. Sie kämpft aber — trotz der Vorziehung dieser Teillesetze — für die beschleunigte Verabschiedung des Gesamtgesetzes. Der Lastenausgleich ist eins der schwierigsten Gebiete, das den Parlamentariern in Bonn zur Bewältigung aufgegeben ist.

Was die Abgabenseite des Lastenausgleichs anlangt, stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir nicht den kleinsten Finger dazu reichen

denn im Westen stehen die Grenzen schon lange endgültig fest.

Ich meine das Saargebiet. Hier ist keine Regelung mehr vonnöten: das Saargebiet ist rechtlich und politisch seinem ganzen Charakter nach deutsch und wird es bleiben. Bei aller Leidenschaft, die meine Fraktion dem Gedanken der Verständigung mit Frankreich entgegenbringt, müssen wir als Deutsche, wenn wir selbst vor unserem Vaterland bestehen sollen und selbst dazu beitragen wollen, das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich zu einem guten zu gestalten, müssen wir darauf bestehen, daß die Saar deutsch bleibt.

können, daß die Substanz des deutschen Volksvermögens angetastet wird oder daß der Ertrag gemindert wird. Das liegt nicht im Interesse der Flüchtlinge und auch nicht im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft. Es ist uns gelungen, gegenteilige Bestrebungen, die seitens der SPD aus rein ideologischen Gründen betrieben wurden, nämlich über den Lastenausgleich die Ziele des Sozialismus zu erreichen, diese Gefahr der Zerstörung der deutschen Wirtschaftssubstanz zu verhindern. Wir haben auch erreichen können, daß die Kriegsschäden in Form einer gerechten Saldierung beim Lastenausgleich berücksichtigt werden. Um die Herabsetzung des Abgabesatzes von 5 % auf 4 % für den Haus- und Grundbesitz, solange die Stoppmieten in Kraft sind, haben wir uns eingesetzt — ferner um die Behandlung der Hypothekengewinnabgabe als öffentliche Last und die Herabsetzung der Umstellungsgrundschuld von 90 % auf 75 % und damit die Aufwertung der Hypotheken auf 25 % ihres Nennwertes. Für uns bleibt — und das ist ebenfalls durchgesetzt worden — grundsätzlich für alle diese Dinge der Einheitswert.

Auf der anderen Seite, was die Entschädigungsseite angeht, haben wir dazu beigetragen, daß die Vertriebenen und die Flieger- und Bombengeschädigten gleicher Behandlung unterliegen. Auch das war keineswegs so einfach und selbstverständlich, wie man das annehmen sollte; auch hier wieder ist der unveränderte Einheitswert als Ausgangspunkt für die Schadensberechnung zugrunde gelegt worden. Wir haben auch erreichen können — und insbesondere ist das unseres Freundes Farkes Anliegen gewesen — daß Hausrat als Vermögen anzusehen ist und daß jeder Geschädigte demgemäß einen Anspruch hat und keiner Fürsorgeregelung unterliegt.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, weil es so oft verkannt wird, daß die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und auch Bayern den höchstens Prozentsatz

von Flüchtlingen haben und den höchsten Prozentsatz von Arbeitslosen und den höchsten Prozentsatz von denjenigen, die an den Rand des Elends durch das Schicksal der Zeit geworfen sind. Daraus ergeben sich Spannungen, sozialpolitische Forderungen unserer Fraktion, die unter dem Titel West-Ost-Gefälle zusammengefaßt wurden.

Es ist ferner ein Anliegen der Fraktion gewesen, ohne daß jemals von uns groß davon gesprochen wurde, das, was heute unter den politischen Parteien des Bundestages gang und gäbe ist: das Werben um die Gunst des Mittelstandes. Es gibt kein Vorkommnis in irgend einem deutschen Parlament, was irgend einem Arbeiter, Handwerker, Bauern, Grundbesitzer die Berechtigung gibt, daß die Fraktion der Deutschen Partei in diesen Parlamenten ihre berechtigten Interessen nicht wahrgenommen hätte. Und ich habe die große Genugtuung, noch einmal festzustellen, daß der Präsident des deutschen Handwerks mir freiwillig schriftlich bescheinigt hat, daß es seitens des Handwerks nicht einen einzigen Punkt gibt, um die Tätigkeit der Deutschen Partei zu beanstanden. Ich möchte diesen Grundsatz als den vornehmsten Grundsatz der Fraktion jedenfalls herausstellen. Für uns ist der Mittelstand ein Stand, zu dem auch Arbeiter, Angestellte und freie Berufe gehören.

Kampf um sozialen Frieden!

Wir haben aber in diesem Zusammenhang die Verpflichtung, der deutschen Unternehmerschaft, insbesondere der großindustriellen und gewerblichen Unternehmungen, zuzurufen: tut Ihr das Eure, um den sozialen Frieden in unserer Bundesrepublik zu erhalten, tragt Ihr das Eure dazu bei, um im Sinne einer gesunden deutschen Wirtschaftspolitik mit uns zusammen gegen die Ideologien und Gefahren des Sozialismus anzukämpfen und überlaßt uns den Kampf nicht allein, sondern tretet auf Eurer Ebene in gleicher Weise auf.

Ich habe noch zum Anlaß zu nehmen, zur Absage des Herrn Bundesarbeitsministers Storch, die er betreffend den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes getan hat, Stellung zu nehmen. Wir sind nicht der Auf-

Verstärkt Gedanken haben wir uns über das Problem der Mitbestimmung gemacht und das Problem des gerechten Lohnes. Wir sind nicht der Meinung, daß dem Mann im Betrieb, dem Mann in der Werkstatt mit einem Mitbestimmungsrecht gedient ist, sondern daß ihm gedient ist mit dem Recht auf Arbeit, der Sicherung seines Arbeitsplatzes und gerechtem Lohn. Und wir sind auch nicht der Meinung, daß das Machtbestreben, wie es verstärkt von Woche zu Woche und Monat zu Monat in Erscheinung tritt, in dem Machtbestreben gewerkschaftlicher Organisationen, seinen Einfluß geltend macht zur Mitbestimmung in den Betrieben, sondern ausschließlich den Betriebsangehörigen zusteht.

Das Mitbestimmungsrecht nach der Parole der Gewerkschaften, dem die CDU nun immer wieder ihr Ohr neigt, und das Mitbestimmungsrecht, das in dieser Form auch bei unseren Kollegen von der FDP-Fraktion immer mehr das Ohr findet, ist eine Fiktion. Im Sinne der berechtigten und notwendigen Forderungen des deutschen Arbeiters, den gerechten Lohn, liebe Freunde, darüber sich zu unterhalten mit dem deutschen Arbeiter und seiner ihm wirklich zustehenden Vertretung sind wir gern bereit. Und wir werden dem Deutschen Bundestag Anfang nächsten Jahres in dieser Beziehung ein Programm vorlegen.

sung, die der Bundesarbeitsminister Storch vertritt, sondern sind der Meinung, daß ein freiwilliger Arbeitsdienst, oder wie man es nennen mag, doch nicht dazu dient, den jungen Leuten eine militärische Vorbildung zu geben, sondern erzieherisch zu wirken, eine erzieherische Ausbildung und Fortbildung im Beruf zu gewähren, sie an Ordnung zu gewöhnen, daß das ein Anliegen unserer Zeit ist. Ich glaube auch, hier Herrn Arbeitsminister Storch zuzurufen zu sollen, er möge sich mal umgucken, was die Jugend selbst darüber denkt. Die deutsche Jugend ist gerade wegen der Nöte, die die Nachkriegszeit ihr gebracht hat, der ehrlichste Forderer nach den Maßstäben, von denen sie überzeugt ist, daß sie in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des deutschen Volkes liegen.

Die mitteleuropäische Ordnung!

„Zum Thema der Außenpolitik Stellung zu nehmen, bedeutet ein Höchstmaß an Nüchternheit, Einsicht, Charakterfestigkeit und Willensstärke. Diese Willensstärke muß erwachsen aus einer echten konservativen Gesinnung. Denn konservative Haltung ist niemals eine Frage des Programms, sondern letztlich eine Frage charakterfester Menschen.“

Zuvor lassen Sie mich eine grundsätzliche Feststellung treffen: wenn man Außenpolitik betreiben will, dann muß man sich klar sein über die Lage, in der unser Land schwebt. Und da ist auszugehen von der Tatsache, daß mit der Spaltung Deutschlands ganz Mitteleuropa gespalten ist. Mit der Spaltung Mitteleuropas ist Gesamteuropa gespalten. Damit trifft der Gegensatz zwischen West und Ost unmittelbar in unserem Land zusammen. Damit ist unser Land in einer unerhört gefährlichen Lage. Und nun ist es so: wer den Frieden der Welt will — und alle Völker sehnen sich nach zwei entsetzlichen Kriegen nach dem Frieden —, der muß seine Blicke darauf richten, daß diese mitteleuropäische Ordnung wiederhergestellt werde, gesund wiederhergestellt werde. Denn die Überwindung der Spaltung Deutschlands bedeutet die Überwindung der Spaltung Mitteleuropas, ganz Europas und damit die Überwindung der Spaltung der ganzen Welt. Die Frage der Überwindung unserer deutschen Spaltung ist damit die Schlüsselfrage für den Frieden in der Welt.

„Nun gibt es Menschen, die da sagen es könnte die Haltung der Neutralität eingenommen werden. Neutralität aber ist eine Haltung, die aus der ungewöhnlichen Stärke eines Staates hervorgeht, denn Neutralitätspolitik kann ein Staat nur dann betreiben, wenn er in sich die Kraft hat, auch mit Waffengewalt seine Neutralität respektieren zu lassen. Es bedarf keiner Ausführung, daß man realpolitisch sehen muß, daß Deutschland diese Kraft nicht mehr hat, daß kein europäischer Staat, so mächtig und so gesund er auch sein möge, diese Kraft mehr haben kann, aus sich selbst heraus seine Neutralität respektieren zu lassen. Infolgedessen bedarf es gar keiner tiefgründigen Überlegung, daß eine Neutralität Deutschlands in dem Spannungsfeld zwischen Ost und West nicht mehr möglich ist. Ich behaupte sogar, eine Neutralität ganz Europas wäre in dem Spannungsfeld zwischen Ost und West nicht mehr möglich.“

Nun gibt es eine andere Ansicht, die aus der Schwäche geboren ist, die sagt, Deutschland solle sich neutralisieren lassen.

Was ist das? Das heißt, daß die Großmächte der Welt die Neutralität eines Gebietes garantieren, das selbst nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft aus dem Streit zu bleiben. Das heißt aber, wenn man sich neutralisieren läßt, daß man die Mächte, die diese Neutralität garantieren, anerkennt als Oberherren über sich selbst! Denn sie werden die Verantwortung dafür tragen, daß im Innern dieses neutralisierten Gebietes sich keinerlei Verschiebungen der Kräfte und Gewichte vollziehen zugunsten des einen Teiles oder des anderen Teiles der Garantiemächte. Das bedeutet das Einführen eines ewigen Regimes der Intervention, und ich rufe all denen entgegen, die da sagen: „Ohne uns! neutralisiert uns, wir wollen nicht teilhaben an dem Streit!“, daß gerade sie die Kriegsgefahr in Europa und auf unserem Boden ins Unermeßliche steigern.

So ergibt sich auch hier wieder in klarer Sicht, daß aus der Feigheit und der Tatenlosigkeit das Unglück, die Lüge und der Untergang in der Welt geschieht. Und daraus ergibt sich: Deutschland muß sich entscheiden, das deutsche Volk muß sich entscheiden! Hier gibt es nur eine einzige Entscheidung für den freien Menschen, der sich als Sachwalter unserer alten Kultur der Menschenwürde fühlt: sich für die jehigen Völker zu entscheiden, die diese Maßstäbe des Lebens für sich noch anerkennen — das sind die Völker des Westens.

Das ist das Grundsätzliche! Aber der Weg dahin, diese Entscheidung zu verwirklichen, ist unerhört schwer. Und es bedarf der größten Zähigkeit, Nüchternheit und auch der Kraft, festzustehen auf seinem Standpunkt um in einem fruchtbaren Sinn etwas werden zu lassen, damit wirklich eine europäische Vereinigung als Garant des Friedens, als Garant einer entwicklungsfähigen Zukunft entsteht.“

Nun, wie ist die Lage? Sie haben die Presse gelesen: Straßburg! Ich selbst war Zeuge der Rede von Sir Maxwell Five, des britischen Innenministers! Straßburg ist in eine Stimmung des Mißmutes geraten. Meine lieben Parteifreunde, ich teile diese Stimmung nicht. Ich wende mich gegen die abwertende Betrachtung der Presse. Ich glaube, man hat das Problem vollkommen mißverstanden, wenn man hier Mißerfolge sieht, wobei es sich um nichts anderes handelt, als um den soliden Prozeß einer sehr sehr schwierigen Geburt. Hierbei treten zwei Gegensätze auf. Man unterscheidet die sogenannten Föderalisten, d. h. diejenigen, die sofort den europäischen

Bundesstaat bilden wollen, von den Funktionalisten, die Schritt für Schritt voranschreiten wollen und zunächst nur auf gewissen Teilgebieten Rechte der Souveränität an Spezialbehörden abtreten wollen. Aber dieser Gegensatz allein beherrscht noch nicht die Frage der europäischen Einigung. Dazu kommt, daß England und in seinem Gefolge die skandinavischen Staaten sich nicht ohne weiteres entschließen können und das auch wieder in Straßburg zum Ausdruck gebracht haben, einem europäischen Bundesstaat in der Form des echten Aufgebens von Souveränitätsrechten beizutreten. Und hier kommt es nun einmal auf eine deutsche Erkenntnis an, eine Erkenntnis, die wir in der Außenpolitik oft haben vermissen lassen.

Wir müssen uns einmal genau in die Lage anderer versetzen, und diese Lage Englands ist unterschiedlich von den anderen Nationen in Europa, England ist der Vorort des Commonwealth, d. h. jener Gemeinschaft souveräner und voneinander vollkommen unabhängiger Staaten, die über die ganze Welt verstreut sind, von Kanada bis Australien, und als Vorort dieser Staatengemeinschaft, die weder unter dem juristischen Begriff eines Staatenbundes noch unter dem juristischen Begriff eines Bundesstaates zu begreifen ist, sondern die, wie Sir Maxwell Five gesagt hat, im wesentlichen zusammengehalten wird durch den Geist und eine Gemeinschaft, die sich in Krisenzeiten bewährt hat. Dieses Gebilde und die Interessen dieses Gebildes lassen es nicht ohne weiteres zu, daß der Staat, nämlich Großbritannien, der gewissermaßen

den Vorsitz dieser Staatengemeinschaft hat, sich so wie jeder andere europäische Staat an die europäische Gemeinschaft unter Aufgabe von Souveränitätsrechten bindet.

Und wenn uns dann von Sir Maxwell Five gesagt wird: macht ihr erst einmal weiter, seht, was ihr kontinentaleuropäischen Staaten hervorbringen wollt und herbringen könntet, was sich bewährt, dann werden wir sehen, wie wir uns auch assoziieren können und dabei seid sicher, daß der freundschaftlichste Geist diesen Prozeß des Mitmachens gewährleisten wird.

Wer diese Stellungnahme gehört hat und wer etwas einsichtig die Vielfalt der Interessen und Bedürfnisse der europäischen Länder und der Länder der Übersee betrachtet, dem wird von vornherein klar werden müssen, daß man eine solche Staatengemeinschaft, wie es das vereinigte Europa ist, ja wie es die atlantische Gemeinschaft unter Einbeziehung auch der Staaten Übersee sein wird, daß man da nur Schritt für Schritt und je nach dem besonderen Bedürfnis zusammenliegender Staaten aufbauen kann, in Regionen, in Kreisen, mit einem festen Kern derjenigen Staaten, die bereits heute zur Aufgabe von Souveränitätsrechten bereit sind und daran assoziierten Staaten wie Großbritannien und der skandinavischen Länder, die in großer Interessenverbindung mit dieser Union stehen und als weitester Kreis schließlich die atlantische Gemeinschaft unter Einschluß der Vereinigten Staaten von Amerika und Südamerika sowie auch der afrikanischen Staaten.

Trotz aller Widerstände: Europa!

Wer die Geduld hat und die Einsicht in die Weltlage, daß hier etwas entstehen kann und entstehen wird, soviel Quertreibereien auch in Europa sein mögen, der wird Geduld aufbringen und auch Zuversicht.

„Deshalb ist die Haltung, die in Straßburg zutage getreten ist auf der Seite der Sozialisten — „ohne England machen wir überhaupt nichts“ — eine Haltung, die praktisch darauf hinausläuft, jenen Vorgang einer europäischen Integrierung, eines europäischen Zusammenschlusses und eines Zusammenschlusses in der ganzen Welt eigensinnig deshalb zu verhindern, weil man nicht sofort alles bekommen kann. Es erlebt also die frühere alldeutsche Haltung eine gewisse fröhliche Urständ, indem man das Vollkommene als die Bedingung des Ganzen setzt. So kann nie etwas in der Welt entstehen; und für die Methode einer deutschen Außenpolitik halte ich eine solche Haltung, die die Taube auf dem Dach haben will, um den Spatz in der Hand zu verschmähen für einen grundsätzlichen Fehler.“

Deshalb möchte ich Sie bitten, nicht in das Mode werdende Geschrei von der „Europa-

verdrossenheit“ einzustimmen. Europa ist für uns nicht eine Frage des Verzichts, auch keine Frage der Flucht aus unserer Verantwortung unter die wärmende Glücke der gesamteuropäischen Macht, sondern Europa ist für uns die Neugestaltung eines Nationalgefühls, um aus dieser Kraft der freien Welt die echte Wiederherstellung der deutschen, der europäischen Einheit auch nach Osten hin zu vollziehen und zu verwirklichen. Passivität in unserer gegenwärtigen Situation wäre die größte Gefahr, der wir uns aussetzen können.“

„Wer also den Frieden will, wird sich nicht dieser Haltung anschließen können, sondern wird mutig und unverzagt nach klarer Konzeption den Weg in die Freiheit, d. h. in die Vereinigung Europas zäh und konsequent weiter fortsetzen, wobei es nicht Aufgabe des deutschen Volkes ist, sich in das Duell, das zwischen England und Frankreich ausgefochten wird, auch nur irgendwie einzumischen. Aber wenn die anderen glauben, daß unsere Zähigkeit in der Verfolgung der europäischen Freiheitsidee zugleich bedeutet, daß wir das

anerkennen, was sie selbst oft im Sinne führen, Europa nur zu schaffen nicht zur Sicherung der Freiheit, sondern zur Sicherung gegen Deutschland, so werden wir in diesem Augenblick ein kühles, klares Nein einem solchen Ansinnen entgegenzusetzen haben.“

„Die Frage des gesamtdeutschen Gesprächs habe ich mit dieser grundsätzlichen Betrachtung bereits beantwortet. Man sagt, warum kann man sich nicht mit diesen Leuten an einen Tisch setzen, von denen wir allerdings wissen, daß sie die Handlanger des Kreml sind. Dazu ist folgendes zu sagen: diese Menschen da drüben, Pleck und Grotewohl, verlangen von uns die Aufgabe unseres grundsätzlichen Standpunktes, uns für die Freiheit des Westens zu erklären und für sie zu optieren. Sie selbst schicken in dem gleichen Moment an Stalin eine Freundschaftsadresse. Sie wollen da im Osten ihr Bündnis mit den Sowjets nicht aufgeben und verlangen von uns, daß wir sofort und jederzeit und in jeder Hinsicht jedes Bündnis mit der freien Welt aufgeben sollen.“

Und unter diesen Voraussetzungen will man sich an einen Tisch setzen mit Deutschen, die heute alle miteinander ihre sowjetrussische Staatsbürgerschaft in der Tasche haben, außerdem zum Teil die Achselstücke der Roten Armee tragen?“

Ich sprach davon, daß wir im Rahmen der

Nur die Tat macht frei!

Noch ein Wort in aller Kürze zur Ablösung des Besatzungsregimes. Sie wissen, daß hier in Paris eine grundsätzliche Einigung über den sogenannten Generalvertrag erzielt worden ist. Hierbei — und wir wollen uns nicht um die Schwierigkeiten herumdrücken — besteht eine sehr große Schwierigkeit, insofern, als die Anwesenheit der fremden Besatzungstruppen, die jetzt Sicherungstruppen werden sollen, auf deutschem Boden der Sowjetunion gegenüber auf Verträgen beruht, von denen sich die drei Westmächte nicht einseitig lösen können. Es kommt wesentlich darauf an, daß dieser Generalvertrag dessen genaue Textierung ich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht kenne, dafür Sorge trägt, daß im Verhältnis zwischen uns und den drei westlichen Besatzungsmächten ein Status erzielt wird, der uns so behandelt, als ob wir ein Staat wie jeder andere Staat Europas wären, d. h. so behandelt, als ob wir ein souveräner Staat wären, der mit diesen drei Mächten in einem dauernden Schutzbündnis sich befindet. Der Weg, bis dies alles konkret und selbstverständlich geworden ist, wird sehr mühsam und sehr lang sein. Es kommt weniger auf die allgemeine Definition unseres Staates an, sondern es kommt darauf an, wie die konkreten Verträge, die sich mit der Anwesen-

europäischen Gemeinschaft eine Partnerschaft anzuwenden haben, echte Partnerschaft auf dem Boden gleicher Pflichten und gleicher Rechte. Wir haben auf dem Hamburger Kongreß der Europäischen Bewegung unsere fünf Forderungen, fünf Thesen der Partnerschaft, der Öffentlichkeit bekanntgegeben und mehrfach seitdem wiederholt:

1. Partnerschaft im Sinne gleicher Pflichten und gleicher Rechte.

2. Unser Land muß wie jedes europäische Land gleich verteidigungswürdig sein.

3. Deutsche müssen an allen den Gremien wie alle anderen Staaten Anteil haben, gleichen Anteil haben an den Gremien, die über das Potential, die Möglichkeiten an Menschen und Sachgütern dieser Gemeinschaft zu verfügen haben.

4. Die Lasten, die eine Politik dieser Staatengemeinschaft mit sich bringt, müssen je nach Fähigkeit umgelegt werden, und schließlich

5. Das, was für das englische Commonwealth in seiner Geschichte gilt, muß auch für diese europäische und atlantische Staatengemeinschaft gelten, auch und insbesondere gegenüber Deutschland: diese Staatengemeinschaft muß auf dem Geiste echten gegenseitigen Vertrauens begründet sein. Das sind die fünf Thesen, in denen wir den Begriff der Partnerschaft definieren.

heit der drei Westmächte aus unserem Boden befassen, ausgestaltet werden. Alles dies schwebt noch im Schoß der Verhandlungen, wengleich grundsätzlich Einigungen erzielt worden sind.

Es kann eingewandt werden dagegen, ihr stimmt einer Sache zu, die ihr bisher als reine Auflage, als Oktroi der Besatzungsmächte gehabt habt, ihr verzichtet auf selbstverständliche Rechte, die sonst ein souveräner Staat hat. Meine lieben Parteifreunde, ich bin selbst Jurist, komme aus der Wissenschaft, bin Völkerrechtler und werte juristische Denkformen sehr hoch; aber bitte, tun Sie mir einen Gefallen, wenn es um Dinge des politischen Lebens geht, dann hat die ganze Jurisdiktion diesen politischen Vorgängen zu dienen und nicht ihr Herr zu sein.

Es kommt hier an auf Zähligkeit, es kommt auf die Fähigkeit an, aus den gegebenen Umständen das Gute für uns alle und zugleich das Gute auch für unsere Nachbarn zu machen, mit denen wir künftig in einem Verhältnis besten Einvernehmens, guter Nachbarschaft zu gegenseitigem Nutzen und für den Frieden der Welt leben wollen und unser Dasein führen wollen.

Ein Wort noch zum Schumanplan. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Mühlensfeld hat hier schon an einem praktischen Beispiel das We-

sentliche gesagt. Sie sehen an dem praktischen Beispiel Watenstedt-Salzgitter, nur dort zeigt sich, wo die Gefahren liegen. Es ist deshalb eine unbedingte Voraussetzung, ehe man zu einer Ratifikation dieses Vertragswerkes kommen kann, daß vorher wirklich die gleiche Chance in allen Verfügungsrechten über unser deutsches Wirtschaftsgut sichergestellt und hergestellt wird, daß wir zu einem normalen, von Beschränkungen befreiten wirtschaftlichen Zustand kommen. Dann allerdings gilt es Mut zu haben. Der Schumanpakt hat viele Sicherungen, viele Hintertüren; auch dort wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Aber wer dieses Vertragswerk damit verleumdete, indem er, ohne es gelesen und studiert zu haben, einfach erklärt, das bedeutet die Auslieferung

der deutschen Wirtschaft an Frankreich, der hat den ganzen Sinn überhaupt nicht verstanden.

Wenn wir so weiterdenken wollen, kommen wir niemals zu einer europäischen Gemeinschaft. Dann benehmen wir uns genau so keifend und kleingeistig wie die einstigen griechischen Stadtstaaten, bis der große Philippus kam und sie alle miteinander in den Sack steckte. Es ist schon nötig, auch mal Mut zu haben, und wer etwas will, eine Vereinigung der freien Welt, der soll auch den Mut haben zu springen. In der Weltgeschichte ist von den Menschen, die auf die letzte Karte ihre Zukunft setzen mußten und ihr Herz mit in die Waagschale geworfen haben, das Große, das Konstruktive geschaffen worden.

Der Weg zur Selbstverteidigung!

„Zwei Dinge sind hier von uns zu bedenken. Deutschland darf nicht der verlorene Haufen werden. Deutschland darf nicht zur verbrannten Erde werden. Und um dies zu erreichen, eine kurze Überlegung: Ohne Deutschland kann die westliche Welt, die dann noch übrig bleibt, natürlich ihre Lage halten, sich gegenüber der Sowjetunion erwehren in einem Meer von Blut und in einem unerhörten Aufwand von Material. Mit Deutschland aber kann die westliche Verteidigung eine echte strategische Konzeption beinhalten, nämlich eine strategische Konzeption, die es überhaupt nicht zum Kriege kommen läßt.“

Und darin liegt unsere Pflicht, denn unser oberstes Ziel ist und bleibt, den Frieden zu erhalten, damit wir die Substanz unseres Volkes herüberretten. Und ich glaube zuversichtlich, wenn in Deutschland und in der westlichen Welt einsichtige, nüchterne, großzügige, aber auch tapferere Menschen sich um

se strategische Konzeption wahrhaft bemühen, daß dann der Friede in der Welt bewahrt bleibt, und daß es in nicht allzu ferner Zukunft zur Befreiung der sowjetisch besetzten Zone, zur Befreiung der unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete und auch zur Befreiung ganz Osteuropas kommt.“ das unermesslich an den Folgen des Krieges, an seiner Unterwerfung unter ein dieses osteuropäischen Völkern genau so fremdes System leidet.

Wir stehen mit unserem deutschen Geschick — und das sollte Inhalt unseres zukünftigen Nationalgefühls sein — ganz tief drin im europäischen Geschick! Wenn wir Soldaten stellen sollen, sind drei Dinge zu berücksichtigen und durchzusetzen — und ich glaube sagen zu können, daß unsere Beauftragten auf sehr gutem Wege sind und viele Erfolge in diesem Punkt erreicht haben: erstens, ein Soldat muß wissen, wofür er

kämpft. Er muß sein Vaterland wiederfinden, und das Vaterland Europa als das große Ergebnis der Erkenntnis aus dieser entsetzlichen Katastrophe des letzten Krieges, dieses Vaterland Europa muß eine politische Grundlage haben. Es muß durch und durch ein Gebilde, nicht nur eine Zufallslösung, nicht nur eine Verlegenheitslösung, nicht nur ein Bündnis, sondern mehr sein. Es muß so sein, daß es in den Herzen der Menschen als eine Realität geschrieben ist, und diese europäische Fahne muß von dem deutschen Soldaten als seine Fahne, für die es sich lohnt zu kämpfen und notfalls auch zu sterben, begriffen werden. Und es muß das Kontingent, oder wie man es nennen mag, so ausgerüstet, so geführt, so gesichert sein in der Gesamtheit der anderen Kontingente, daß jeder Soldat in tiefem Vertrauen auf die Richtigkeit, auf die Zielstrebigkeit seiner Führung gehorcht.

Und schließlich muß das heiße Eisen angefaßt werden, die Diffamierung, die immer noch in der Existenz der Kriegsverbrecherprozesse Werl-Landsberg liegt, muß aus der Welt geschafft werden!“

Hier ist die Großzügigkeit sowohl der einen wie die Großzügigkeit der anderen Seite erforderlich. Es ist dies nicht ein juristisches Problem allein; in voller juristischer Perfektion läßt sich das nicht lösen. Es ist eine politische Lösung, ein klarer, ein in die Zukunft durchbrechender Entschluß, der hier nötig ist, ein Entschluß, der in den Herzen von Siegern und Besiegten, wenn Sie einen Soldaten hier und dort fragen, längst gefaßt und gefallen ist. Deshalb werden deutsche Politiker unter keinen Umständen, komme, was wolle, vor diesem heißen Problem zurückschrecken. Denn es geht hier letztlich um die moralische Wiederherstellung einer in die Zukunft marschierenden Welt.

Soziale, nicht sozialistische Staatsordnung!

Wer heute durch die Trümmer dieser zerstörten Stadt noch in der Morgendämmerung gegangen ist, der hat in dieser Woche nach dem Totensonntag vielleicht von innen her empfunden, in welcher geistigen Situation unser Volk zwischen den Trümmerhaufen der beiden großen Kriege noch leben muß. Und ich meine, in dieser Situation, die uns die ganze Unsicherheit unseres Daseins deutlich macht, besteht die Gefahr, daß die Psychose unserer Zeit soziale Sicherheit für jedermann zu versprechen und zu erwarten zu einer seelischen Haltung führt, die um so gefährlicher ist, je größer die Vielzahl von ungelösten sozialen Problemen Freiheit und Sicherheit des Einzelnen einengen.

„Wenn wir uns in diesen Tagen des 70jährigen Bestehens der deutschen Sozialversicherung als Kernstück deutscher Sozialpolitik der Tatsache bewußt sind, daß 75 % des deutschen Volkes von der Sozialversicherung erfaßt werden, dann stellen wir erschüttert fest, daß zwar die Sozialpolitik der Vergangenheit dazu beitrug, große Teile der Arbeiterschaft an den Staat heranzuführen, daß aber die Sozialpolitik der Gegenwart trotz der erschreckenden Höhe des deutschen Sozialtats die Spannungen nicht beseitigt, die Klassenspaltung nicht beendet und den sozialen Frieden nicht gebracht hat.

Für die Demokratie, für die Verteidigung der Freiheit und für die Befriedung Europas sind soziale Sicherung und soziale Gerechtigkeit tragende Grundpfeiler, wenn das Haus des neuen Staates freien Menschen Sicherheit geben soll. Zwischen dem Ziel der kaiserlichen Botschaft vor 70 Jahren und dem Programm, das Paul Henri Spaak auf der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit im Juli d. Js. in Wien proklamierte, liegt unsere Aufgabe, ein Höchstmaß an Freiheit und Sicherstellung zu erreichen, ohne dem Versprechen auf totale Sicherheit zu verfallen, das eine Unwahrheit ist. Denn absolute Sicherheit gibt es nicht; sie ist auch nicht er-

strebenswert und der menschlichen Natur im Kampf um Freiheit und Selbstverantwortung nicht angemessen.

Die Sozialversicherung hat sich als Mittel im Kampf gegen die Wechselfälle des Lebens bewährt. Die sozialistische Forderung der totalen Sicherheit schließt in sich die Verbürokratisierung aller Lebensbezirke, die Zwangsherrschaft des staatlichen Monopols und die Unfreiheit und Unsicherheit des Einzelnen — siehe England und Frankreich. Soziale Sicherung und sozialer Aufstieg sind dagegen die Möglichkeiten, um die wir zur Existenzsicherung der Einzelpersonlichkeit im gesellschaftlichen Leben und zur Verbesserung der gesellschaftlichen Position des Einzelnen ringen. Die Erhöhung des Einzelschicksals in Massenschicksal scheint mir ein edleres Ziel zu sein als die Nivellierung aller in der Vermassung.“

Schon vor 20 Jahren zeichnete Leopold von Wiese auf dem Züricher Soziologentag die menschliche Gesellschaft im Bilde eines Apparates von nebeneinander stehenden und aufstrebenden Leitern, darauf die einzelnen leicht und mühelos, die anderen schwer und mühsam die Sprossen erklimmen. Er zeichnete die dichterische Sprache das Bild des Kegels, die Lebenspyramide darstellt. Die breite Grundlage der unteren Schicht, kopfreich sich drängend in der Enge, die sich verjüngende Mittelschicht darüber und die spitz zulaufende Oberschicht. Fast alle Gesellschaftssysteme, alle europäischen Ordnungen zeigen, daß es bei allen Wechselwirkungen von außen und trotz aller Hemmungen dieses Auf und Ab, dieses Steigen und Fallen am Baum der Menschheit gibt, wobei der Einzelne, bald handelnd, bald passiv, das Schicksal trägt.

„Revolutionen und Explosionen stellen die gesellschaftlichen Pyramiden auf den Kopf. Wir erlebten die größte Umschichtung als Tragödie unserer Zeit durch ganz große Erschütterungen wie die Austreibung deutscher Menschen aus ihren Heimatorten, die Entnazifizierung als soziales Problem, die Währungsreform und die Generationsfrage als

Kriegsfolgen, die ganze Schichten des deutschen Volkes zu Wohlfahrtsempfänger machten. Die völlige Einebnung des Kegels ist wie die klassenlose Gesellschaft eine Utopie! Das Erreichen dieses Zieles würde die endgültige Versklavung des Menschen und den Verlust aller Freiheit bedeuten.

Um bei dem Bilde zu bleiben, so scheint es mir am bemerkenswertesten, daß die Unsicherheit unserer Zeit nicht wie in der Vergangenheit am stärksten auf den untersten Stufen und Sprossen der gesellschaftlichen Leiter empfunden wird, sondern am stärksten die Mitte und die dünne Schicht der freiberuflich und geistig arbeitenden Spitze das Schwanken und die Gebrechlichkeit der Sprossen spüren. Sozialismus und Kommunismus in allen ihren Formen bemühen sich, diese Spitze abzutragen und die Geschwindigkeit des Auf- und Niedersteigens zu regulieren mit Hilfe von Massenorganisationen und Massenlehren, die mit Schlagworten der Massennot wirksam begegnen wollen.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Ausspruch eines der führenden SPD-Politiker, nämlich von Prof. Carlo Schmid,

der in einem Referat auf der Hauptversammlung in Düsseldorf im Januar d. Js. erklärte:

„Was heißt in diesem Zusammenhang Autonomie? Ich habe Autonomie definiert als die Bestimmung der Inhalte und Formen des Lebens innerhalb einer Schicht der Gesellschaft durch diese Schicht selbst nach ihrer eigenen Ordnung. Was heißt nun aber Bestimmung durch die Menschen selbst, die diese Schicht ausmachen, und zwar Bestimmung nach Ordnungsprinzipien, die für den jeweiligen Entwicklungsstand dieser Gesellschaftsschicht charakteristisch sind. Das braucht nicht notwendig eine demokratische Ordnung zu sein, so erwünscht das auch sein mag. Es ist durchaus eine eigenständige Bestimmung der Formen und Inhalte des Lebens einer bestimmten Gruppe dadurch möglich, daß eine bestimmte Minderheit, sei es eine Elite oder Klasse oder eine anders zu qualifizierende Minderheit, für die Gruppe handelt, weil deren Angehörige durch sie repräsentiert sein wollen.“

Wohlgermerkt, das sagte Prof. Carlo Schmid, liebe Parteifreunde!

Freie Persönlichkeit gegen Vermassung!

„Wer heute noch mit dem Gedankengut marxistischer Klassentheorien an die Lösung der sozialen Probleme geht, verkennt die entscheidenden soziologischen Veränderungen in der Pyramide, leugnet die Verwüstungen im sozialen Raum, die die Kegelschichten durcheinander brachten. Sie kennen alle die Gründe: Millionen verloren die Verbundenheit mit Heimat und Familie. Jugendnot und Ehefragödien, die Wanderungen ehemals sehafter Menschen, die Proletarisierung ganzer Schichten der deutschen Mitte hinterließ neben dem Trümmerhaufen unserer Wohnungen und demontierten Arbeitsstätten zwar manchen Nutznißer des Unglücks und der Unordnung, nicht aber das Bild des Kapitalisten, der den arbeitenden Menschen bedroht, wie ihn der Marxismus zeichnete.“

Heute ist die Persönlichkeit bedroht vom Funktionär, vom Monopolisten, von der Organisation, von der Bürokratie und von der ganzen seelenlosen Heimat- und Ausweglosigkeit unserer zerrütteten Zeit. Noch stehen wir mitten in der Umschichtung! Die ersten Statistiken, die das deutsche Leben im Bundesgebiet wieder anschaulich darstellen, zeigen schon, daß die Arbeiterklasse auf der Leiter weniger gesunken ist als daß etwa die freien Berufe, die Angestellten und Beamten und vor allem die kleinen Rentner das Opfer der Umschichtung wurden. Nicht zuletzt aber auch die Zahl der so schwer belasteten Frauen und Mütter, von deren physischen und psychischen Kräf-

ten die große Last des Wiederaufbaues und der Wiedergewinnung der Sicherheit für Millionen Familien abhängt!“

Der Frauenüberschuß mit seinen unsagbaren Problemen führte zu den schwersten ungelösten Fragen der Nachkriegszeit. Ein Drittel aller von der Bundesregierung geschaffenen Arbeitsplätze wird von Frauen eingenommen. Wirtschaft und Statistik weist nach, daß sich die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen im Bundesgebiet auf 62,3 % erhöht hat. Von 21,7 Millionen Beschäftigten sind 7,5 Millionen Frauen. Rund 40 von 100 aller Angestellten im Bundesgebiet sind weiblich. In der Altersgliederung wirkt sich die Überalterung ebenfalls bei den Frauen ganz besonders aus. Der Anteil der über 65 Jahre alten Frauen wächst weiter an.

Viele Ehen haben den Belastungen der Nachkriegszeit nicht standgehalten. Die Ehescheidungsquote ist fast doppelt so stark wie in der Vorkriegszeit. Die Scheidungsquote betraf selbst im katholischen Lande Nordrhein-Westfalen 18 vom Hundert; während in den USA jede dritte Ehe gelöst wird, wurde bei uns wie in England auch jede fünfte Ehescheidung. Wie erschütternd diese Feststellung für die Erhaltung und die Zukunft der Familie auch sein mag, so weist uns doch zur notwendigen Besinnung auf die persönliche Verantwortung. Wenn in Schleswig-Holstein Schulen und Kirchen mit Sorge die Situation der Halbfamilien (der Witwen mit Kindern und der geschiedenen Frauen mit Kindern) beobachten, so bedarf es neuer sozial-poli-

tischer Lösungen, um diesen Problemen mit heilenden und helfenden Gesetzen zu begegnen. Die Situation unserer Frauen und Kinder, die Lebenspyramide einer überalterten Bevölkerung und des Sozialtats unseres Volkes

verweisen auf die Beobachtung der sozialen Schichtung und auf die Notwendigkeit, nach ganz neuen Wegen der Lösung zu suchen und sich freizumachen von Vorstellungen, die mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben.

Gegen politisches Machtstreben des DGB.

Die Frankfurter Allgemeine brachte am 29.11.51 eine interessante Beobachtung, die ein Amerikaner in Deutschland gemacht hat. Seit längerem bemühen sich fortschrittliche Unternehmer um echte Erkenntnisse der sozialen Situation. Dabei erleben wir interessante Tatbestände. Von 5000 Betriebsangehörigen eines Unternehmens in Hessen haben nur 1400 Unterhaltsverpflichtungen, der Rest verbraucht das Einkommen für sich. Fast die Hälfte aller männlichen Beschäftigten besitzen ein eigenes Motorrad. Bei einem norddeutschen Unternehmen führte dasselbe Ergebnis zu den Schwierigkeiten, einen Parkplatz für die ständig wachsende Zahl der Motorräder zu beschaffen. Die tatsächlichen Monatsverdienste zeigen die Situation noch deutlicher; von 2500 männlichen Arbeitern verdienten 63% zwischen 401 und 550 Mark, und die Hälfte aller Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bereits mehr als 250 Mark. Die Sozialreferenten der Betriebe machten erstaunliche Feststellungen. Auf solchem Blickfeld sieht die Situation anders aus als aus der Globalrechnung der Durchschnittsverdienste, die uns das Institut der Gewerkschaften präsentiert. Bei tüchtigen Arbeiterfamilien in Nordrhein-Westfalen gibt es Monatseinkommen bis zu 1800 Mark. Wenn gut verdienende Kinder mit im Haushalt leben, ist die Kaufkraft dieser Familien fast unbegrenzt. Die notleidenden kinderreichen Arbeiterfamilien, die es zweifelsohne in großer Zahl gibt, täuschen nicht darüber hinweg, daß der gut verdienende Industriearbeiter mit einem Durchschnittseinkommen von 600 Mark monatlich heute einen neuen Mittelstand darstellt.

„In verhältnismäßig raschem Tempo geht die Entwicklung in dieser Richtung weiter, Angestellte, Beamte und Selbständige weit zurücklassend. Amerikanische Verhältnisse, die vor zwei Jahrzehnten für uns noch unglaublich erschienen, entwickeln sich langsam, aber sicher. In dieser Situation formten sich im Nachkriegs-Deutschland nach dem Willen und unter dem Schutz der Militärregierungen die großen Einheitsgewerkschaften, die als Industrieverbände nach dem Ideal der sozialistischen Internationalen und der britischen TUC den einen Partner der sozialen Autonomie darstellen. Die ganze Problematik unserer sozialpolitischen Situation stellt sich nicht aus der Tatsache des Vorhandenseins großer Arbeitnehmer-Organisationen; das

wäre an sich gut und richtig. Das Problem entstand erst, als eine Gruppierung mit wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und zugleich politischem Kampfcharakter das Monopol erhielt und es trotz aller Erfahrungen mit Einheitsbestrebungen der jüngsten Zeit im Zeichen der Demokratie verteidigte.“

Wir haben mit Sorge die Bedrohung der Koalitionsfreiheit deutscher Arbeitnehmer immer wieder feststellen müssen; wir erlebten Terror und Zwang zur Organisation und beobachten, wie die wachsende Unsicherheit und geistige Bedrängnis Arbeiter und Angestellte mutlos kapitulieren läßt, wenn Betriebsräte und linientreue Funktionäre mit dem Organisationszwang drohen. Lohnerhöhungen, die auf Grund von Allgemeinverbindlichkeiten allen zukommen, wurden zum Anlaß des Organisationszwanges. Entlassungen bedrohen zuerst die unorganisierten oder die nicht einheits-Organisierten. Die nichtsozialistischen Angestelltenverbände erleben laufend den Terror der Monopolisten bei Tarifverhandlungen, und die Länder, Gemeinden und oft sogar die Arbeitgeber tragen dazu bei, das Monopol der Einheits-Gewerkschaften zu verewigen. Die Gewerkschaften, soweit sie im Deutschen Gewerkschaftsbund aufgebaut wurden, erhielten von der Besatzungsmacht die Lizenz und als Patengeschenk das Vermögen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen. Sie, die als freie Gewerkschaften seit Bismarcks Sozialistengesetzen vom Marxismus erobert und geführt worden sind, nahmen den Namen Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften an und wählten auch einen Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung in ihren sozialistischen Vorstand. Ehemalige christliche Gewerkschaften und Berufsverbände müssen im Zeichen einer noch bestehenden Gesetzgebung nach Besatzungsrecht um ihr Vermögen, das ihnen 1933 enteignet wurde, kämpfen. Der Auseinandersetzung vor den Gewerkschaftsprüfungsausschüssen sollte sehr bald eine Revision nach deutschem Recht erfolgen.

„Diese Einheits-Organisation war und ist nun der Partner der deutschen sozialen Autonomie. Dem kollektiven Denken dieser Massenorganisation verdanken wir jene Impulse sozialpolitischer Auseinandersetzung, die in der Vollbeschäftigung und der Staatsbürgerversorgung, den Mindest-Arbeitsbedingungen als staatliche Regelung Ausdruck finden. Mit

Hilfe der Militärregierung wurden einige dieser Experimente im deutschen Lande, noch ehe deutsche Länderparlamente vorhanden waren, verordnet. Während in der deutschen Vergangenheit zwei Säulen Einfluß auf die Sozialpolitik nahmen: die vom Sozialismus eroberten freien Gewerkschaften und die von der katholischen Soziallehre getragene katholische Arbeiterbewegung, versuchte seit 1945 nur die eine Gruppe, zu Einheitslösungen nach ihrer Vorstellung zu kommen.“

Professor Pater Grundlach-Rom hat auf der katholischen sozialen Tagung in Essen in bemerkenswerter Klarheit die soziale Frage dargestellt und mit Recht behauptet, daß das geistige Fundament unserer Sozialpolitik zersetzt wurde vom bürgerlichen und proletarischen Liberalismus, als welchen schon vor 10 Jahren auch katholische Soziologen den Sozialismus erkannten. Pater Grundlach sagt mit Recht, daß an jener Zersetzungsarbeit der Sozialismus mehr beteiligt war, seitdem er die Sozialpolitik als Mittel für die Durchsetzung seiner Ziele erkannt hat und sich an ihr aktiv beteiligte.

„Indem der Sozialismus durch die Sozialpolitik entgegen den christlichen sozialen Prinzipien sich immer mehr der Idee des Versorgungsstaates näherte, tat er dies mit machtmäßigem mechanistischem Einfluß auf dem Sektor der Verteilung des Sozialprodukts. Der Wurzelgrund der Sozialpolitik, ein star-

Fürsorge und Versicherung sind zweierlei!

„Der große Dreiklang der deutschen Sozialpolitik: Fürsorge, Versorgung und Versicherung muß wieder seine echte Abgrenzung erfahren! Die Deutsche Partei hat schon im Zonenbeirat der britischen Zone eine klare und unbeirrbar Haltung gezeigt und mit echter Verantwortung gegen die sozialistischen Bestrebungen von da als gekämpft. Ich weiß aus jener Zeit, daß der Mut und die Überzeugungskraft des Einzelnen selbst in der Minderheit Großes vermag, wenn es bei dem Kampf um echte Auseinandersetzungen geht und um die Verteidigung von Überzeugungen, die man mit Herz und Verstand zu vertreten bereit ist. Im Wirtschaftsrat waren wir noch einsame Kämpfer, als wir schon damals den Mut hatten, das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz abzulehnen und auf die Gefahren hinzuweisen, die damit verbunden waren, Grundsätze der Fürsorge mit der Versicherung zu verquicken. Die Entwicklung dieser Jahre hat uns Recht gegeben. Wir wissen, daß heute die damaligen Verfechter dieser Ideen im Lager der SPD und der CDU längst von ihrer Auffassung abgerückt sind und die verhängnisvollen Folgen erkannt haben.“

Während die CDU in falsch verstandenem „Noch-sozialer-sein-Wollen“ als die SPD da-

kes auf persönlicher Verantwortung ruhendes Gemeinschaftsbewußtsein, wurde vernachlässigt. Die Sozialpolitik wurde von einem Mittel des Friedens zu einem Objekt des Kampfes und damit geradezu eine Hemmung echten Gemeinschaftslebens.“

Ich stand mitten im Kampf um die Auseinandersetzungen in der sozialpolitischen Ebene und durfte seit 1945 ununterbrochen den Willen der Deutschen Partei, den Gedanken der echten Selbsthilfe im kleinen Lebenskreis, den Gedanken der echten Selbstverantwortung im größeren Verband verteidigen gegenüber dem Monopolanspruch: Sozialpolitik als Machtinstrument der Politik zu mißbrauchen. Der Mangel an Verantwortungsbewußtsein, mit dem heute der Einzelne der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft oft schon in der Familie ausweicht, die Sorglosigkeit, mit der unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Sozialpolitik Gemeinden und Länder sich von der Fürsorgepflicht befreien und die Lasten auf die Sozialversicherten oder die Steuerzahler abwälzen, um vom größeren Verband des Staates totale Lösungen zu erwarten, wo sie der kleinere Verband individueller und besser lösen könnte, haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Im politischen Kampf der Parteien und Organisationen geht es um Macht und Einfluß. Wie selten ist ein klares, mutiges Wort, das zwar nicht populär, aber ehrlich wäre.

mals Wege beschritt, vor deren Ergebnis sie gewarnt wurde, war für die SPD die Mindestrente wie der Einheitsbeitrag und die Einheitsleistung nur Mittel zur Erreichung des Zieles der Einheitsversorgung. Darin stimmt sie auch heute noch mit der KPD bei jeder entsprechenden Debatte überein.

Mit der Wahl in den Deutschen Bundestag hat die Fraktion der Deutschen Partei ihre sozialpolitischen Auffassungen in konsequenter Folgerichtigkeit mit ihren Anträgen bestätigt, daß es ihr um eine bewußte Mittelstandspolitik auch in der Sozialpolitik geht. Unsere Anträge zur Überprüfung des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes, der Kampf um die Erhaltung der Angestelltenversicherung, unsere Anfragen wegen des Vermögens der Sozialversicherungsträger, um die Handwerker-Versicherung und die Pensionskassen haben große sozialpolitische Debatten im Bundestag ausgelöst, von denen ich feststellen konnte, daß man sie sogar in den Vereinigten Staaten mit Interesse beobachtet hat.

Unsere Haltung in allen Zweifelsfragen war immer so klar, daß sie uns die Achtung und Gefolgschaft vieler verantwortungsbewußter Deutscher auch anderer Parteien einbrachte. Wir haben an dem großen

Sozialwerk der Bundesregierung, dem Bundesversorgungsgesetz, maßgeblich mitgearbeitet. Die Einbeziehung der Verfolgten des Naziregimes in eine neue Gesetzgebung haben wir schon als Akt sozialer Gerechtigkeit im niedersächsischen Landtag bejaht. Bei den großen Versorgungsgesetzen erreichten wir aus gleichen Gründen die Einbeziehung der Opfer des Stalinismus und wandten uns mit Erfolg gegen alle Ausnahmebestimmungen, die aus der Ideologie der Besatzungsmacht und der Entnazifizierungspolitik stammen. Wir bejahen den Gedanken, mit Mitteln des Staates die Leistungsfähigkeit der Beschädigten und Hinterbliebenen im Beruf zu fördern, und unterstützten alle Maßnahmen, die dazu führten, den Menschen die Möglichkeit der Hilfe aus eigener

Keine Monopolversicherung!

Wir kämpfen nicht um Domänen und Pfründen, wir kämpfen um die echte Sicherung der deutschen Altersversorgung und der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, wobei wir wünschen, daß Beitrag und Leistung wieder in eine echte Relation gebracht werden. Wir wollen auch, daß die große Zahl der Zwangsversicherten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, teil hat an der Selbstverwaltung. Deshalb haben wir den Monopolanspruch gewerkschaftlicher Spitzenverbände abgelehnt, deshalb verfährt bei uns auch nicht das Wort vom „Kommunistenschreck“, mit dem man die Anerkennung der Vereinigungen von Arbeitnehmern verhindern möchte.

Ich habe dem niedersächsischen Staatssekretär Auerbach als Experte der sozialistischen Bundesrats-Politik erklärt, daß Organisationen wie die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften, wie Deutscher Handlungsgehilfenverband, Verband der weiblichen Angestellten, Verband der Bergbauangestellten übersehbarer sind und weniger gefährdet als die Massenorganisationen des DGB.

Wir haben mit besonderem Eifer für die Wiederherstellung des Rechtes der Versicherten, sich ihre Kassenart selbst zu wählen, deshalb gekämpft, weil wir in den Einrichtungen der Land- und Innungskassen, der Betriebskrankenkassen und der Ersatzkassen der Angestellten und Arbeiter bessere Möglichkeiten sehen, die individuellen Bedürfnisse der Berufsstände zu erkennen und zu erfassen, und weil wir schließlich eine fruchtbare Konkurrenz jedem Monopol vorziehen.

Wir bedauern, daß in Berlin CDU und FDP seinerzeit die von der SED befohlene Ver-

Kraft zu erschließen und die Rente dazu zu gewähren, wo diese Möglichkeit nicht mehr gegeben ist.

Bei den großen politischen Auseinandersetzungen um die Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung haben wir die echte Partnerschaft und die gemeinsame Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bejaht und darum die paritätische Besetzung der Organe gefordert. Wir glauben, daß damit auch eine echte Entpolitisierung der Sozialversicherung eingeleitet werden kann, und wir hoffen, daß die sozialen Wahlen auch die Versicherten wieder näher an die Versicherungsträger heranzuführen werden, um sie selbstverantwortlich an der Gestaltung ihrer Versicherung teilhaben zu lassen.

sicherungsanstalt Berlin mit der SPD verteidigt haben und freuen uns, daß endlich in diesen Tagen auch die Berliner CDU den Antrag auf Anerkennung der Reichsversicherungsordnung für Berlin gestellt hat. Wir haben in heftigen Auseinandersetzungen mit der Opposition für die sozialpolitische Gleichberechtigung aller Berliner gekämpft, und wir wünschen nichts mehr, als daß sie nicht mehr länger unter Ausnahmerecht stehen mögen. (In Berlin und im Bunde fehlt auch die Rente ab 60 Jahre für alle Frauen.) Nur wenige Menschen im Bundesgebiet wissen, daß in Berlin Beamtenrecht, Privatversicherung, Unfallversicherung, die Angestelltenversicherung und alle Krankenversicherungsträger zu Gunsten der Einheitsversicherung nach russischem Beispiel beseitigt ist.

Erst gestern mußte ich leider lesen, daß die FDP und die CDU Bremerhavens die dortige Einheitsversicherung verteidigten, obwohl im Selbstverwaltungsgesetz das Bundesrecht auch für Bremerhaven hergestellt wurde. Wer die Geschichte jenes Kampfes um Macht mit den Mitteln der Verleumdung und der Intrige kennt, wird nicht begreifen, daß solches im Zeichen der Demokratie möglich war. Unser tapferer Kollege Schneider in der Bremer Bürgerschaft, wird als Vorkämpfer für die Wiederherstellung des Rechtes in die Geschichte dieser sozialpolitischen Auseinandersetzung eingehen.

Die Mittel der Arbeitslosen-Versicherung, die in den Ländern sehr unterschiedlich verwaltet und angelegt worden sind, konnten durch die Errichtung der Bundesanstalt noch immer nicht der zentralen Arbeitsbeschaffung zugeführt werden, weil auch hier der Bundesrat dem Gesetz

die Zustimmung versagte. Der Vorschlag des Vermittlungsausschusses mußte abgelehnt werden, weil die sozialistisch regierten Länder ihre Positionen der Arbeitsverwaltung mit allen Machtmitteln zu verteidigen wünschten.

Wir glauben, daß der beste Fachmann der Arbeitsverwaltung ohne Rücksicht auf Konfessionen und Parteipolitik notwendig ist, um die großen Aufgaben der Zukunft zu meistern. Wir meinen aber, daß endlich Schluß sein sollte mit der Verteidigung des Monopols jener drei Säulen, die zu allen Zeiten die Domänen sozialistischer Hausmacht waren: Ich meine die Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltungen und die Ortskrankenkassen, — und wenn Sie wollen — können Sie noch die Summvereine hinzufügen. Meine Freunde wollen nicht, daß bei jedem Regierungswechsel die Posten bei den Versicherungsträgern denen zukommen, die rechtzeitig das richtige Parteibuch haben. Wir hoffen, daß der soziale Friede dann hergestellt sein wird, wenn der beste, gut ausgebildete Sachbeamte, der auch charakterliche Qualitäten mitbringt, die sozialpolitische Aufgabe zu lösen berufen wird und nicht als Arbeitsloser oder Wartegeld-Empfänger auf Kosten der Steuerzahler grollend abseits steht, während der Parteibuchbeamte sich mühevoll zu behaupten versucht.

Besser als alle Machtkämpfe um die Verwirklichung alter Ideologien ist der Eifer um die echte Lösung unserer Massennotprobleme. Wir sollten den arbeitenden Menschen jeder Klasse und jedes Berufsstandes achten um seiner Arbeitsleistung willen und uns absetzen mit aller Härte von denen, die das Opfer und die Leistung der Gemeinschaft mißbrauchen. Wenn heute die verschiedenen Leistungen der Fürsorge so unübersehbar geworden sind, daß ein Durchschnitts-Staatsbürger sie nicht mehr kennen kann, wenn die

Eigentumserwerb für Arbeiter ist Ziel sozialer Bemühung!

Wenn die Gewerkschaften im DGB die Mitbestimmung darüber hinaus fordern, so glaube ich, daß sie nicht die Sprecher der Mehrheit deutscher Arbeiter sind und daß der Weg, die arbeitenden Menschen im Betriebe zu befriedigen, nicht der sein kann, die Macht außerhalb des Betriebes stehender Organisationen zu stärken, sondern nur der, dem Arbeiter zu Eigentum zu verhelfen. Und wie sollte das anders möglich sein als über die Lohntüte, die Beteiligung am Gewinn und die Spartätigkeit des arbeitenden Menschen und seiner Familie.

Menschen, die Eigentum besitzen — und sei das Heim noch so klein — sind immun gegen

Reichsversicherungsordnung dem Durchschnittsjuristen und Volkswirt ein Buch mit sieben Siegeln ist, so sollten wir die Vereinfachung und die Übersichtlichkeit nicht in der Zusammenfassung und noch größeren Bürokratisierung suchen, sondern in der Neuordnung von innen her und in der Abgrenzung nach dem echten Bedürfnis.

Wir wollen, daß der Staat die Grenzen seiner Fürsorge da sieht, wo das Individuum die eigene Kraft einzusetzen in der Lage ist. Deshalb verlangen wir, daß in der Sozialpolitik der Grundsatz der Gerechtigkeit Platz greift, nach dem der sparsame und vorsorgende Hausvater belohnt und der lässige bestraft werden muß. Heute kann man mit geringer Beitragszahlung eine lebenslängliche Rente erwerben und in der Fürsorge höhere Bezüge erhalten, als sie mancher landwirtschaftlicher Arbeiter als Bruttolohn empfängt. Die Renten derjenigen, die ein Leben lang Beiträge geleistet haben, stehen in keinem Verhältnis zu Preisen und Löhnen. Das Rentenzulagegesetz und die Neuordnung der freiwilligen Weiterversicherung in den Rentenversicherungen sind Anfänge auf dem Wege zur Rückkehr zur Versicherungsgerechtigkeit.

Das Arbeitsrecht sollte nach neuen Lösungen suchen, und in der sozialen Krankenversicherung sollte der Arbeiter nicht wie bisher ein unzureichendes Krankengeld bekommen, sondern für seine Betriebstreue durch Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfalle belohnt werden — nicht nur in Tarifverträgen, sondern gesetzlich geregelt. Mit solchen Maßnahmen kann man eine echte Partnerschaft viel besser vorbereiten als mit Machtkämpfen, die den Funktionären dienen, den Organisationen Einfluß geben, dem Arbeiter aber weder die Lohntüte füllen noch seine Unsicherheit in den Tagen der Krankheit und Not beseitigen.

Versprechungen des Sozialismus. Alle Lösungen, die die Ordnung des Privateigentums aufheben, sind verhängnisvoll. Ich habe in Amerika beobachtet, wie ergebnislos sozialistische Klassenkampfbildern den Arbeitern gepredigt werden, die ein Haus und ein Auto besitzen. Und ich glaube, daß der Weg zur Garantie des Eigenheims für jedermann ein besserer und freiermachender ist als etwa die Diskussion um die Sozialisierung, wie sie die Einheitsgewerkschaften und die sozialistischen Parteien fordern.

Ich glaube, daß den deutschen Arbeitgebern am Scheidewege unserer Sozialpolitik eine ganz große Aufgabe erwächst. Ein moderner

verantwortlicher junger Arbeitgeber hat das einmal so ausgedrückt, „der neuralgische Punkt“ unseres Wirtschaftssystems heiße „freie Initiative“. Was sie fördert, wirtschaftlich und zugleich sozial ausmündend, ist willkommen, ja notwendig! Was sie aber beeinträchtigt, das ist einfach nicht zu verantworten in unserer schicksalsvollen deutschen und abendländischen Situation. Das gilt auch für die Eigenbelange des Arbeitnehmers. Der erfolgreichste Weg in die Zukunft wird daher nur so zu finden sein, daß nicht experimentiert und auch nicht nach neuen Systemen gesucht wird, sondern daß entsprechend den — aus den gegebenen Tatsachen zu ziehenden — Konsequenzen das westliche System der Einzelinitiative in ruhiger und konsequenter Entwicklung ausgebaut wird.

Bei einer sozialpolitischen Konferenz, die neulich in London stattfand, ging es um die Partnerschaft der Firmenleitungen und ihrer

Arbeitnehmer. Während der DGB immer wieder erklärte, daß er alle verfügbaren Machtmittel einsetzen würde, um eine staatliche Regelung der Mitbestimmung in seinem Sinn zu erzwingen, haben alle englischen Redner — Gewerkschafter, Dozenten, die dem Sozialismus nahestehen — den Gedanken des gesetzlichen Zwangs als unvereinbar mit dem Ziel der Partnerschaft verworfen. Die Engländer erklärten, daß man mit Gesetzen Einrichtungen, aber keinen Geist der Zusammenarbeit schaffen kann. Für diesen Geist zu arbeiten, ihn in dem richtigen Klima der gemeinsamen Verantwortung auf Gedeih und Verderb im Betrieb zu pflegen, ist die vornehmste Aufgabe sozial verpflichteter Unternehmer in unseren Reihen. Verantwortungsbewußtes Handeln der Arbeitnehmer, fortschrittlicher Wille solcher sozialverpflichteten Arbeitgeber müssen sich finden, um der Rahmengesetzgebung der Betriebsverfassung echtes Leben einzuhauchen.

Zusammenarbeit für sozialen Frieden in Europa!

Im überbetrieblichen Raum soll der Bundeswirtschaftsrat ein Mittel zur Verwirklichung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft darstellen. Wir lehnen den Einbau von Arbeitnehmervertretern in den bisherigen Industrie- und Handelskammern und deren paritätische Besetzung ab und fordern, daß entsprechend der Vielfalt der Wirtschaftszweige, Gruppen und Gewerbe nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Bundeswirtschaftsrat beschicken, sondern fordern, daß der Verbraucher als solcher zu Worte kommt. Den Frauenorganisationen, nicht zuletzt den deutschen Hausfrauen, die das Sozialprodukt verwalten und ausgeben, gebührt ein besonderer Anspruch. Man sollte entsprechend der Großräumigkeit der Wirtschaft einen Aufbau von oben nach unten zu wagen, indem sich aus dem Bundeswirtschaftsrat ein Unterbau nach Wirtschaftsgebieten und nach Wirtschaftsarten bildet, und bei allen Bedenken aus der Erfahrung die Grenzen von vornherein bestimmen, um nicht in die Prärogative des Bundestages einzugreifen.

Von unseren Landesverbänden ist der Antrag gestellt worden, die Frage eines organischen Ausgleichs der Familienlasten schnellstens zu lösen. Wir haben im Bundestag bereits erklärt, daß es sich für uns von selbst versteht, daß wir der Familie unseren Schutz und unsere Fürsorge angedeihen lassen. Wir werden an der Lösung des Problems verantwortungsbewußt mitarbeiten; ohne daß eine staatliche Beihilfe zu einem schematischen

Kinder-Subventionismus führen darf, ohne daß die Zusammenhänge zwischen Leistung und Lohn weiter zerstört werden, glauben wir an die Möglichkeiten eines wirksamen Ausgleichs, der zugleich gesundheitspolitischen und bevölkerungspolitischen Zielen dienen kann, wobei ohne bürokratisches System und ohne Verwaltungsaufwand der einfachste Weg der beste ist. Bei der Aufbringung der Mittel und der Belastung der Kinderlosen sollten wir uns vor einer schematischen Besteuerung hüten und die vielfältigen Unterhaltsverpflichtungen gebührend berücksichtigen. Eine soziale und nicht fiskalische Steuerreform wird die notwendigen Grundlagen geben. Wenn Menschen in Lebensnot und Unsicherheit „Heimat“ suchen, ist die Wohnung die wichtigste Grundlage der sozialen Sicherung. Alle Mittel nur dem sozialen Wohnungsbau ist falsch, wenn es nach dem bisherigen System gehandhabt wird, und segensreich, wenn zugleich die private Initiative weitgehend gefördert wird und beim Wohnungsbau auch die Halbfamilien und die berufstätigen Frauen nicht vergessen werden. Wie ahnt die Belastung unserer so schwer belasteten Frauen und Mütter! Wird es gelingen, ihnen wenigstens das Glück der eigenen vier Wände wiederzugeben?

Wir wissen, daß alle Lösungen nur mühevollen Versuche sind. Den Verlusten der Heimatvertriebenen wie der Fliegergeschädigten vollkommenen Ersatz zu geben, ist bei unseren sozialen Lasten ein unmögliches Ding. Über

allem Mühen um echte sozialpolitische Lösungen muß bei uns das Gefühl der Verbundenheit mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern im deutschen Osten stehen. Heute können wir ihnen nur mit unseren Weihnachtsgaben ausdrücken, daß sie nicht vergessen sind; morgen wollen wir für sie und mit ihnen um die Freiheit in Frieden ringen. Daß solche Freiheit wert ist, verteidigt zu werden, mag unsere Sozialpolitik beweisen!

Wir als Deutsche Partei wollen an dieser entscheidenden Schicksalsfrage verantwortungsbewußt mit klarem Kopf und heißem

Herzen mitarbeiten. Wir wollen in der 25. Stunde an Stelle eines terroristischen Zuchthauses und bürokratischen Friedhofs die Heimat für den freien und in Selbstverantwortung gebundenen Menschen als Mittelpunkt aller Sozialpolitik schaffen. Mögen sich viele finden, die uns dabei helfen, damit ein innerlich befriedetes und freies Deutschland den sozialen Frieden in Europa herstellt — nicht nach Beschlüssen des internationalen Sozialismus, sondern in Übereinkunft und Zusammenarbeit mit allen die Freiheit liebenden Europäern.“

Deutsche Stimmen

DAS BLATT FÜR DEUTSCHE POLITIK

ist die Wochenzeitung der

Deutschen Partei

Jedes Mitglied der DP

Jeder Freund der DP

Jeder politisch, wirtschaftlich und kulturell Interessierte

bezieht

Deutsche Stimmen

und wirbt überall bei Freunden und Bekannten dafür.

Bitte hier abtrennen!

An den Verlag „Deutsche Stimmen“ Hannover, Billweg 4 A

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle hiermit ab sofort die „*Deutsche Stimmen*“ zum monatlichen Bezugspreis von DM 0,90 zuzügl. DM 0,09 Postzustellgebühr (auch unter Streifband)

(Vor- und Zuname)

(Ort)

(Straße und Hausnummer)

Verantwortlich für den Inhalt

Geschäftsstelle der Deutschen Partei, Landesverband Niedersachsen
Pressereferat

Druck: Buchdruckerei P. Dobler, Alfeld/Leine

S.T.
Nr.: Gr.V.D. 520673 Conf.
Bijlagen : 1.
Onderwerp: "Friese oud-N.S.B.ers".

28 Juni 1952.

CONFIDENTIEEL

142974

DUPLICAAT

UITTREKSEL	
Uit	: 0/198
Ag.no.	: 142974
Voor	: 0/2043

In vouwe dezes gelieve U
aan te treffen een uittreksel uit
een veiligheidsrapport, opgemaakt
door Z, naar de inhoud waarvan kort-
heidshalve wordt verwezen.

S.T.

AAN: Hoofd B.V.D.

typ. : 4.
coll. : 3

Datum van het bericht	: 25 Juni 1952.
Rapporteur	:
Van wie is het bericht afkomstig	: Informant.
Betrouwbaarheid van het bericht	: Betrouwbaar.
Betrouwbaarheid van de berichtgever	: Betrouwbaar.
Welke acties zijn ondernomen	: Geen.
Met welke instantie is samengewerkt	: Bij de P.I.D. der Rijkspolitie, met wie in een andere aangelegenheid werd samengewerkt, is door mij geïnformeerd, deze deelde mij mede, reeds in het bezit te zijn van aanwijzingen, dat dit bericht juist is. Of betreffende deze aangelegenheid door hem werd gerapporteerd is mij niet bekend.

Onderwerp: Friese oud-N.S.B.ers.

Van een informant, vernam ik geruime tijd geleden, dat enkele personen, die tijdens de oorlog 1940-1945, N.S.B.ers waren of daarmee sympathiseerden, contact met elkaar onderhielden.

Kortgeleden, deelde hij mij mede, dat personen van deze groep geïnteresseerd zijn in de Friese taalkwestie en zich binnenkort voor een oriëntatie bezoek naar Oost-Friesland (West-Duitsland) zullen begeven.

Bij de eerste gelegenheid werd mij een^{NAAM} genoemd van een onderwijzer, die zich beijverde om tot hereniging te komen, doch diens naam werd door mij niet vastgelegd, aangezien het mij voorkwam als een op zichzelf staand geval, waarin geen gevaar school, omdat zij hun gemeenschapsgevoel tot uiting brachten.

Mijns inziens staan de zaken anders, indien zij zich, zoals nu naar Oost-Friesland begeven. Alhoewel het niet vaststaat is de mogelijkheid niet uitgesloten, dat deze groep personen (waarvan mij de namen vanzelfsprekend niet bekend zijn) zich in contact stelt met Neo-Nazisten in West-Duitsland.

Behalve de data, 12 tot 20 Juli (welke niet geheel definitief zijn), waarop enkele van hem zich naar Oost-Friesland zullen begeven, heb ik het bovenstaande aan een der Z's langs de Nederlands-Duitse grens, mondeling medegedeeld, waarbij mij bleek dat hij hiervan nog onkundig was.

U. 211.2

S.T.

No. Gr.V.D. 520033 Conf.

Bijlagen: een.

Onderwerp: S.R.P.

6.172
 69.232-05.12
 8 Mei 1952.
 10 MEI 1952.
 ACD/138668

Schuttelod is nummer 12

CONFIDENTIEEL

OP KAART
ACD/ 40
DAT: 22/52
PAR: dy

In vouwe dezès gelieve U aan te treffen een uittreksel uit een veiligheidsrapport, opgemaakt door Z, naar de inhoud waarvan kortheidshalve wordt verwezen.

S.T.

AAN: Hoofd B.V.D.
Hoofd B.I.D.

Typ: 10.
Coll.: y

Datum van bericht:	2 Mei 1952.
Rapporteur:	---
Van wie is het bericht afkomstig:	Eigen waarneming.
Betrouwbaarheid berichtgever:	Betrouwbaar.
Betrouwbaarheid bericht:	Betrouwbaar.
Welke acties zijn ondernomen:	Gene.
Met wie samengewerkt:	P.S.D. S.K. AACHEN.

Onderwerp: S.R.P.

Ik moge U berichten, dat het mij in gezelschap van een lid van de P.S.D. - S.K. AACHEN, mogelijk is geweest, de 25e April 1952 onopvallend een besloten samenkomst van de S.R.P. Kreisverband AACHEN bij te wonen.

Deze samenkomst werd gehouden in een zaaltje van het Cafe "SPORTZEN-TRAIE", Templergraben no. 6 te Aken, Aanvang 20.00 uur.

Programma-punten waren: "Kampf dem Bonner Regime bis zum Umfalleh" en "Den legalen Weg der Sozialistischen Reichspartei in Kampf gegen das Bonner Interregnum"; weist Ihnen der Landesredner: Kam. Adolf KAPPES. De naam gestelde uitnodigingen waren ondertekend door de Kreisverbandvoorzitter H. de la FORTE.

Aanwezig waren ± 35 a 40 personen, waaronder: R E I S E N, Anton, geboren te Aken 21-7-1913, wonende te Aken, Eifelstrasse no. 51, lid Kreisleitung K.P.D. Aachen-Stadt.

Te circa 20.30 uur opende H. de la Porte de samenkomst en deelde mede, dat Kam. KAPPES door onvoorziene omstandigheden niet ter vergadering aanwezig kon zijn. Het woord werd daarop gegeven aan: S T I E H L E R, Ludwig Walter, geboren te Obernau, 11-8-1923, wonende te Aken, Sörserau, no. 57.

Enige punten uit de anders niet veelzeggende redevoering van Stiehler zijn:

1. De S.R.P. wil in het geheel niets uitstaande hebben met het voormalige Nazisme en evenmin met het communisme.
2. Voor een remilitarisering in West-Duitsland voelt de S.R.P. onder de gegeven omstandigheden niets. Men kan in West-Duitsland beter neutraal blijven en tevens moest men zich aan geallieerde zijde toch kunnen indeken, dat de voormalige Duitse militairen er op het ogenblik weinig voor voelen wederom een soldatenpakje aan te trekken, want men is in Duitsland nog steeds niet vergeten, dat Generaal Eisenhower in 1945 vele Duitse militairen in handen van de Russen heeft gedreven.
3. De S.R.P. is lid van de EUROPA-UNION.
4. Tot de S.R.P. kunnen ook buitenlanders toetreden.
5. Het uitblijven van het Duitse volkslied.
6. Het werd door de S.R.P. betreurd, dat op de Economische conferentie in Moskou de Bundesrepubliek niet vertegenwoordigd mocht zijn.
7. De noodzakelijkheid om bij bijzondere besluiten door de regering, b.v. de remilitarisering, het volk te horen.
8. Hoe het mogelijk is, dat er te WERL/Westfalen 85 personen zonder proces gevangen worden gehouden.
9. De vele processen, die er tegen de S.R.P. worden gevoerd. Dr. GRIMME bijvoorbeeld heeft in ± 20 gevallen een aanklacht tegen de S.R.P. ingediend, omdat de S.R.P. hem als landverrader heeft betiteld. Dr. Grimm van de N.W.D.R. (Nord-Westdeutsche Rundfunk) heeft namelijk volgens de S.R.P. tijdens de laatste oorlog voor de Russische spionage-groep "DIE ROTE KAPELLE" gewerkt.
10. Voorhanden zijnde Entnazifizierungsakten moeten niet vernietigd worden, want die kunnen in de toekomst nog van belang zijn.

Aan het slot van zijn rede, die ± 5 kwartier in beslag nam, las STIEHLER een artikel uit een Duitse krant voor, betrekking hebbende op de buitengewone ontvangst door President Peron van de kortgeleden in Argentini gearriveerde Deutsche Botschafter.

Hierna werd er door de Kreisverbandvorsitzender gelegenheid gegeven tot het stellen van vragen.

Geen der aanwezigen maakte hiervan gebruik, waarna om ± 22.15 uur de vergadering werd gesloten.

Na afloop van de vergadering werd gecollecteerd voor besprijding van de onkosten i.v.m. de gehouden samenkomst. Gratis verspreid werden oude nummers van het partij-orgaan van de S.R.P. "DEUTSCHE OPPOSITIION". Tegen betaling a 1.50 D. Mark per stuk werden aangeboden 2 brochures t.w.: OTTO, ERNST REMER, 20 JULI 1944 en "DIE ROTE KAPELLE".

OPMERKINGEN:

Opvallend was, dat STIEHLER, voornoemd in zijn rede meermalen de geallieerden hekeld, terwijl hij over Rusland zo goed als niet repte.

Door opgemeld lid van de P.S.D., in wiens bijzijn ik vorencmschreven samenkomst heb bijgewoond, zijn tijdens deze samenkomst met een kleinbeeld camera onopgemerkt enige foto's gemaakt. Het resultaat hiervan is mij nog niet bekend.

Coll.: *l*

X - F R165b

U 43483b - C 56 - C1/cs2, 6 Mei 1952.

OP KAART
ACD/4E
DAT: 5-6-52
PAR: NW

Land: DUITSLAND WEST
 Onderwerp: Kolonel RUDEL

Referenties:

Datum van waarneming: April 1952

Bron: betrouwbaar

4.16.1.2
 09.25 - 09.4
 7 MEI 1952
 ACD/1384/09

6.172
 09.25

*Schuttel is samenvatting d
 Ps*

Opmerkingen: Omtrent RUDEL zijn mij nog de volgende gegevens bekend:

- "medewerker van Prof TANK en GALLANT"(Dec 49)
- "Kol.Hans U.RUDEL in ARGENTINIE"(Dec 49)
- "voormalig vliegerofficier in Z.AMERIKA, schreef onge-
 woon hatelijk artikel tegen de Bondsregering in het
 orgaan "Die grünen Teufel"(orgaan van de voornaamste
 voorstanders van de "Ohne uns"parolen, de organisatie
 van de vroegere valschermjagers)" (Febr 51)
- "Hans Ulrich RUDEL behoort tot de "Weg-gruppe" in
 ARGENTINIE; hij is de mening van REMER toegedaan en
 vecht tegen remilitarisering van DUITSLAND" (Nov 51)
- "H.U.RUDEL, 36 jaar oud, enige drager van het Goldenen
 Eichenlaub, zeer dapper, weet niets van politiek, on-
 belangrijk, het "Freikorps DUITSLAND" wil hem als
 leider" (27 Maart 52).

bl x 1

Verzonden aan: -

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst,
 Javastraat 68
'sGRAVENHAGE.

U 43483b - C 56 - C1/cs2, 6 Mei 1952.

Betr: Kolonel RUDEL.

Binnen niet al te lange tijd zal de leiding van de SRP van REMER overgaan op RUDEL. Kolonel RUDEL, die thans op weg is van ARGENTINIË (waar hij de laatste tijd heeft gewoond) naar DUITSLAND zou zich bereid hebben verklaard de leiding van de SRP op zich te nemen.

RUDEL is een in DUITSLAND zeer bekend oorlogsvlieger, die vooral in ex-militaire kringen een gunstige reputatie geniet en zeer populair is. Hij zou geen nazi geweest zijn en vertoefde in FRANKRIJK in krijgsgevangenschap. Nadat hij hieruit ontslagen was vestigde hij zich te DÜSSELDORF-Benrath en vertrok kort daarop naar ARGENTINIE.

(April 1952).

Overgenomen uit "Wiking-Ruf" no 1, van November 1951

DIE SS-MÄNNER "EUROPAS" WOLLEN SICH TREFFEN.

Hamburg, 3 November.

Ein Treffen von Vertretern aller ehemaligen europäischen Einheiten der Waffen-SS kündigte der frühere SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Herbert Gille, in Hamburg für das kommende Frühjahr an. Eine Reihe von Zusagen aus Belgien, Frankreich, Holland und den skandinavischen Ländern soll bereits vorliegen. Gille sprach vor einem Kreis ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS und der Fallschirmjäger.

"Wiking-Ruf", Hameln, Postfach. - Verantwortlich für den Inhalt:
H.O.Gille, Stammen. - Satz und Druck: C.W.Niemeyer, Hameln

Verloren berging in ACS tot Neo. Neo

od Lo 43

Bm 4/6/52

Overgenomen uit "KONTAKTE" no 9 - Jrg 1, Februari 1952

"NATION EUROPA"

Sie unterhält Redaktionen ausser in Coburg noch in Zürich, Malmö und Eindhoven. Ihr Herausgeber Arthur Ehrhardt erteilt Faschisten aller Schattierungen das Wort, kolportiert die alten Schlagworte von der Herrenrasse' und druckt - vielfach ohne Erlaubnis - Beiträge untadeliger Autoren (wie Denis de Rougemont, Ortega y Gasset, James Burnham oder Dwight D. Eisenhower) ab.

"DIE DEUTSCHE SOLDATENZEITUNG", die im Schild-Verlag, München, erscheint, und von einem gewissen Cornelius Pfeiffer redigiert wird versucht auf dem Umweg über die Hunderttausende ehemaliger deutscher Soldaten faschistische Gedanken und Parolen zu verbreiten

"WIKING-RUF"

Ähnlich dürfte die vom ehemaligen SS-General H.O.Gille herausgegebene Zeitung "Wiking-Ruf" geartet sein; von ihr konnte noch keine Nummer eingesehen werden. Aber, falls sie die gleiche Sprache wie "Die grünen Teufel" - Organ der Fallschirmjäger in Deutschland - spricht, muss sie hier genannt werden. Die "Siebenbürgische Zeitung", Blatt der Rumanien-Deutschen, zählt zu ihren ständigen Mitarbeitern Heinrich Zillich und muss daher als faschistenfreundlich angesehen werden.

Schliesslich wären noch die im Ausland erscheinenden, offene faschistische Agitation betreibenden Zeitschriften "DER WEG", "DIE BRÜCKE" und die ebenfalls in Buenos Aires erscheinende Zeitung "FREIE PRESSE".

Abwärts steht Otto Strasser mit seinem deutschsprachigen "COURIER" in Kanada. Zwar greift er ebenfalls die Bonner Regierung scharf an, hält sich jedoch von dem übrigen Nazi-Klüngel fern.

- - - - -

Overgenomen uit "KONTAKTE" no 8 - Jrg. 1 Januari 1952

"DIE 'ALTE GARDE'"

Sie wird angeführt von Hans Grimm.

Er ist ständiger Mitarbeiter unverhüllt neofaschistischer Zeitschriften wie "NATION EUROPA" (Coburg) und "Der Weg" (Buenos Aires), über die noch zu sprechen sein wird. Nicht ganz so offen gibt sich Bruno Brehm.

Der Rest der "alten Garde" (so Will Vesper, Hans Friedrich Blunck, Karl-Heinz Priester - verdächtig heftig im Augenblick innerhalb der "Europäischen Sozialen Bewegung" (ESB) agitierend - Anton Zischka, Hermann Claudius, Gerhard Schumann, Wilhelm Pleyer, (der 1951 im Erich-Hamann-Verlag, Gieszen, eine vollkommen entnazifizierte Liebes- und Ehegeschichte "Spieler in Gottes Hand" veröffentlichte), Heinrich Zillich, Heinz Steguweit), schreibt zur Zeit - noch - in Zeitschriften wie "Nation Europa", den "Klüter Blättern" oder "Der Weg" - Bücher sind von ihnen bisher nicht erschienen.

Über Sven Hedin, "Ohne Auftrag in Berlin" (Internationaler Universitätsverlag, Tübingen Stuttgart, 1950) ist kaum mehr zu sagen, als dasz der Autor - immer noch an seiner alten Germano-Manie leidend - sich als glühender Bewunderer Hitlers zeigt;

Allerdings musz man bezweigeln, dasz Sven Hedin nicht weisz dasz Sven Hedin nicht weisz was er tut, wenn er bei der "Nation Europa" mitarbeitet.

Eins der übelsten Erzeugnisse neo-faschistischer Schreiberei stellt die Broschüre des 2.SRP-Vorsitzenden Otto Ernst Remer "20. Juli 1944" dar, erschienen im Verlag Hans Siep, Hamburg-Neuhaus/Oste, 1951

Guderian, der sich innerhalb des "Verbandes deutscher Soldaten" so offen nazistisch gebärdete.

Paul Egon Lüth, Propagandachef des "Bundes deutscher Jugend".

PROCUREUR-GENERAAL
Fd. DIRECTEUR VAN POLITIE
TE
AMSTERDAM

OD 2043

6.172
24 APR 1952
23 April 1952
137242

No. P.529/52

Bijl. 1.
LM.

Verzoeken bij beantwoording, datum en nummer van deze brief nauwkeurig te vermelden

GEHEIM

Dit stuk mag niet worden vernoemgavuldigd dan met toestemming van het woordelijk afd. hoofd

Hierbij heb ik de eer Uhoogedelgestrengte te Uwer kennisneming en beschikking aan te bieden een rapport dd. 16 April 1952 no.728 betreffende het in het dagblad "De Tijd", dd. 22 Maart 1952, verschenen artikel "Rijksgeschakeerde Neo-Nazistische activiteit in West-Europa" en de op dit artikel gevolgde reactie van het Belgische Weekblad "De Uitweg" van 12 April 1952, naar de inhoud waarvan ik U moge verwijzen.

De in dit rapport genoemde bijlagen heb ik heden met een exemplaar van genoemd rapport toegezonden aan de Directeur-Generaal van Politie, Mr.J.C. van der Minne, Raamweg 47 te 's-Gravenhage.

De Procureur-Generaal,
fgd.Directeur van Politie,

UITTREKSEL
Uit: PD 16514
Voor: OD 2043
o.a.v.: B VII
Dat.: 29/5-52
Par.: 448

evaleman

(van Dullemen)

Aan de Heer Hoofd van de Binnenlandse
Veiligheidsdienst
Javastraat 68
te 's-GRAVENHAGE.

137242

Betreft het in het dagblad "De Tijd", dd. 22 Maart 1952, verschenen artikel "Rijksgeschaakte Neo-Nazistische activiteit in West-Europa" en de op dit artikel gevolgde reactie van het Belgische weekblad "De Uitweg" van 12 April 1952.

Bijlagen : 3.

R a p p o r t.

Op Zaterdag 22 Maart jl. verscheen in het dagblad "De Tijd", van de hand van de Haagse redacteur van dit blad (vermoedelijk de heer ELIAE) een belangwekkend artikel omtrent Neo-Nazistische activiteit in West-Europa, waarbij in het bijzonder op de activiteit van verschillende hier te lande bestaande verenigingen of stichtingen werd geattendeerd.

Blijkens de inhoud is de steller van één en ander goed geïnformeerd en komen de door hem genoemde feiten voor het merendeel overeen met de inhoud van de in het verleden dezerzijds ingediende rapporten omtrent dit onderwerp.

De schrijver van het artikel gaat hier en daar wat te ver en hij betreft ongetwijfeld enkele verenigingen of organisaties bij bedoelde activiteit, die hier ongetwijfeld part noch deel aan hebben, maar in grote lijnen kan men zeggen, dat het artikel juist is.

Het betreffende artikel wordt bij dit rapport overgelegd.

Niet zo zeer echter is genoemd artikel aanleiding tot dit rapport (de inhoud mag bekend geacht worden), doch meer is het de bedoeling op de felle reactie in het Belgische weekblad "De Uitweg", van 12 April 1952, te attenderen, hetwelk eveneens bij dit rapport wordt gevoegd.

In felle bewoordingen keert "De Uitweg" zich tegen de voormalige hoofd-redacteur van "De Tijd", Kr. JAN DERKS.

Dat ook in kringen die ten nauwste bij de "Neo-Nazistische activiteit" betrokken zijn enige "deining", door het in "De Tijd" gepubliceerde, is veroorzaakt, moge blijken uit een schrijven van SILVIO E. VAN ROOY te Amsterdam, waarvan afschrift hierna volgt:

A'dam, 9-4-52.

Zeer geachte Heer

Heel hartelijk dank voor uw gelukwensen, uw brieven en w zendingen. Riehl heb ik inmiddels. Verder meer werk dan ik ooit in m'n leven gehad heb, vandaar deze "lakonische Kürze". Ik antwoord, zoodra ik tijd heb. Vond u overigens De Tijd van 22.3. ook zoo belangwekkend? Tikwerk krijgt u ook. U zult zich niet hoeven te beklagen. Ons boekje zal goed worden! Nog even geduld, tot ik weer bij ben. U nogmaals hartelijk dankend, met hertelijke groeten, ook van mijn vrouw,

Silvio E van Rooy.

Als derde bijlage nog een nagekomen pamflet van oudere datum van de Berggemeenschap Europa.

16-4-52

145-C.

's-Gravenhage, 2 April '52.

Gr.V.D. 520033 Conf.

Bijlagen: een

Onderwerp: J. GROENEVELD

6.1/2 6.1/2
09.23-01.142
6.1/2 4 APR. 1952
09.23-05.23
ACD/135686

NIET O.K.
ACD/ 4e
DAT: 27,52
PAR: <i>dy</i>

CONFIDENTIEEL

Schuld is vermindert

In vouwe dezès gelieve U aan te treffen een uittreksel uit een veiligheidsrapport, opgemaakt door Z naar de inhoud waarvan korthedshalve wordt verwezen.

st.

AAN: Hoofd B.I.D.
Hoofd B.V.B. (2x).

Kop: 31
Coll: 20

VEILIGHEIDSRAPPORTBericht

Datum van het bericht	: 26 Maart 1952
Rapporteur	:
Van wie is het bericht afkomstig	: Sonderstelle Leer
Betrouwbaarheid van het bericht	: Betrouwbaar
Betrouwbaarheid van de berichtgever	: Idem
Welke acties zijn ondernomen	: Gene
Met welke instantie wordt samengewerkt	: Sonderstelle Leer.

Onderwerp: GROENEVELD. J.

Hierbij moge ik U verschillende gegevens doen toekomen betreffende een zekere Jacques GROENEVELD, wonende te BUNDERHEE, in de onmiddellijke nabijheid van de Nederlands-Duitse grens, in de omgeving van Nieuwe Schans.

Groeneveld sympathiseert sterk met de S.R.P. in Duitsland. Hoewel het nog niet is vastgesteld, is de mogelijkheid niet uitgesloten, dat hij contact onderhoudt met Nederlanders. Zowel van de zijde Sonderstelle Leer als mijnerzijds, heeft dit de volle aandacht en zal U in voorkomend geval worden gemeld.

De volgende gegevens zijn mij verstrekt door de Sonderstelle Leer:

OK 7 | "Betrifft: Landwirt Jacques GROENEVELD, geb. am 6.7.1892, in Bunderhee, LK.Leer, wohnhaft in Bunderhee, LK Leer, Haus Nr.57.

Anliegend wird ein Artikel aus der "Neuen Zeitung" vom 26.2.1952 in Abschrift (Zwei Ausfertigungen) überreicht.

Bei dem in den Artikel erwähnten Mitarbeiter Jacques GROENEVELD dürfte es sich um den unter "Betrifft" genannten Landwirt handeln.

GROENEVELD, der früher ein ausgesprochen aktiver National-sozialist war, sympathisiert heute stark mit der S.R.P. Es wird angenommen, dass er Mitglied der SRP ist.

GROENEVELD is Abonnent der SRP-Zeitung "Deutsche Opposition".

(Auszug aus "Die Neue Zeitung v. 26.2. 1952/Nr.48)

Fachzeitschrift des REICHSNHRSTANDES"

Ehemalige Nazi-Prominenz im Zusammenspiel mit dem Kommunisten.

"Ulbrichts Mitarbeiter gehen auf Bauernfang", unter dieser Überschrift brachte "Die Neue Zeitung" in Nr.33 vom 8. Februar 1952 einen Aufsatz, in dem die Hintermänner eines in die Bundesrepublik gebrachten "Gesamtdeutschen Agrarplanes" bekannt gegeben wurden. Der Verfasser des Artikels wies nach, dass das scheinbar harmlose Dokument ein rein sowjetzoniales Flaborat ist, mit dem die westdeutschen Bauern verwirrt und mit aller Gewalt an einen Besprechungstisch gebracht werden sollen.

- Die Zeitschrift

Ⓚ Die Zeitschrift nun, die es sich im Westen zur Aufgabe gemacht hat, den Plan abzudrucken und zur Diskussion zu stellen, heisst "Wir Bauern". Es lohnt sich, das Blatt einmal näher in Augenschein zu nehmen und dabei auf bestimmte Zusammenhänge aufmerksam zu machen. "Wir Bauern" erscheint in Dannenberg an der Elbe, wenige Kilometer von der Zonen-grenze entfernt. Der Besitzer der "Landdruck-G.m.b.H.", in der die Zeitschrift seit ihrem Erscheinen am 9. Dezember 1951 gedruckt wird, heisst Otto Dennstedt. Er war wegen Verbreitung kommunistischer Schriften von 1934 bis 1940 in einem Konzentrationslager. Nach 1945 gehörte er bis 1949 der K.P. an, ausserdem war er Kreisvorsitzender der VVN (die unter kommunistischem Einfluss stehende "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"). Der Herausgeber der "Neuen Landpost", wie der Untertitel lautet, ist der "Bauer" Dr. Hermann Korte. Er war Hauptabteilungsleiter beim Reichsnährstand, die rechte Hand von Walter Darré, Begründer der nationalsozialistischen Marktordnung, Sturm-bannführer der allgemeinen und Untersturmführer der Waffen SS. Der Geschäftsführer der Zeitschrift ist Wilhelm Anzling, Früher Gaupresse-
amtsleiter der NSDAP im Gau-Weser-Ems

SS-Gruppenführer Meinberg massgeblicher Mitarbeiter.

In nahezu jeder Nummer von "Wir Bauern" wird auf die bäuerlichen Mitarbeiter hingewiesen. Der stets an erster Stelle zitierte Mitarbeiter "Bauer" Wilhelm Meinberg war "alter Kämpfer", SS-Gruppenführer, Staatsrat, Mitglied des Reichstages, Obmann im Reichsnährstand und Vorstandsmitglied der Reichswerke. Der Mitarbeiter "Bauer" Jacques Groeneveld war SS-Standartenführer, Mitglied des Reichstages, Landesbauernführer und im Rasse- und Siedlungshauptamt tätig gewesen. Der Mitarbeiter "Bauer" Otto Lehmann hatte den Posten eines Gauhauptstellenleiters für Agrarpolitik im Gau Magdeburg-Anhalt, war Landesbauernführer in Sachsen-Anhalt, Reichsarbeitersrichter, SS-oberführer, Mitglied des Reichstages und hatte ebenfalls dem Rasse- und Siedlungshauptamt angehört.

Das "Bauernblatt Schleswig-Holstein" untersuchte die Zeitschrift "Wir Bauern" und kam zu dem Schluss: "Schon die erste Ausgabe enthielt Wendungen, die stutzig machten, und in der zweiten wird man wesentlich deutlicher. Die Katze kommt aus dem Sack. Zwietracht ist ganz offenbar das Ziel. Verbergen sich dahinter anonyme Kräfte, die mit simplen Schlagworten sehr viel weitergehende Ziele verbergen? Die Fragen bleiben offen, fest steht nur das eine, dass man die westdeutsche Landwirtschaft auseinander treiben möchte und dass beträchtliche Gelder dahinterstehen müssen. Es wäre sicher sehr interessant, sehr präzise Angaben darüber zu erhalten, wer den beträchtlichen Unterschutz deckt".

Die "Stimmen zur Agrarwirtschaft" äuzerten in der Nummer 98: "Auch der erste Leitaufsatz lässt auf nationalsozialistische Ziele schliessen. Zugleich aber scheint, was nicht unbedingt ein Widerspruch ist, eine leichte Anlehnung an den Osten vorzuliegen". Die Zeitschrift be-

- nennt dann einen -

/neue

weiteren Mitarbeiter von "Wir Bauern", der sich des öfteren in östlicher Richtung bemüht habe. Die "Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung", das Organ des niedersächsischen Landvolkes, erklärte: "Wenn jetzt nach vier Jahren Leute aus der Versenkung auftauchen und die Bauernverbände schlecht machen wollen und Misstrauen säen, so geschieht das nicht für, sondern gegen die niedersächsischen Bauern."

Diffamierende Ausserungen über westdeutsche Bauernorganisationen.

Was nun den Inhalt von "Wir Bauern" anbetrifft, so enthält jedes bis heute herausgegebene Exemplar in mehr oder minder versteckter Form diffamierende Ausserungen über die westdeutsche Bauernführung und über den "Amerikanismus". In einem Artikel der ersten Nummer, "Panzer brauchen Bauernland", sollen die Bauern offensichtlich gegen die amerikanischen Besatzungstruppen eingenommen werden. Hierauf antworteten die "Stimmen zur Agrarwirtschaft", dieser Aufsatz werde das Wohlwollen von Grotewohl finden, ausserdem erklärten sie: "Ja, Panzer brauchen leider Bauernland, aber die westdeutschen Bauern brauchen auch Panzer, die sie vor dem Bolschewismus schützen und die Brüder jenseits des Vorhanges befreien sollen".

In den weiteren Folgen wird dann behauptet, die Bauern in Westdeutschland seien ohne jede Führung, die Bevölkerung habe sich vielfach geistig und materiell den Amerikanern verschrieben, der Bauernstand sei in der Bundesrepublik die schwächste Berufsorganisation und Bundesernährungsminister Professor Dr. Wilhelm NIKLAS sei leider kein Bauer. Es wird von zwei Professoren berichtet, die, von einer Reise nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und von den Zielen amerikanischen Politik beeinflusst, die Forderung erhoben hätten, nicht den Landwirt sondern nur die Landwirtschaft zu stützen.

Typ : 31
Coll: 20

Nr. 50-E-52.
Betr. Werkgemeenschap Europa.

3 April 1952.

VERTROUWELIJK.

Om te behouden gelieve U hierbij aan te treffen:
1 exemplaar NATION EUROPA, Zweiter Jahrgang, nr. 3.

No. 137

K-3.

Sen B

<i>04.23</i>
<i>05.23</i>
4 APR 1952
ACD 13557

Schubladisnummer d
ps

OD 2043

VERTROUWELIJK

Uw kenmerk: 125509 Uw schrijven: 19 Maart 1952 Ons kenmerk: 218/52 Datum: 26 Maart '52

134849
DUPLICHAAT

Ingevolge Uw boven aangehaald schrijven send ik U hierbij het exemplaar van de "Wiking-Ruf" (no. 1 - November 1951) retour.

Voor de inzage zeg ik U vriendelijk dank.

" e i n d e " .

Bijlage: 1.

UITTREKSEL
Uit: OD 2072
Voor: OD 2043
o.a.v.: B VII
Dat.: 31.7.52
Par.: 7

MINISTERIE
VAN BUITENLANDSE ZAKEN
'S-GRAVENHAGE

VERZOEKE BIJ BEANTWOORDING KENMERK, ONDERWERP, DATUM EN NUMMER TE VERMELDEN

Kenmerk: Directie Algemene Zaken/VZ.

Datum: 20 Februari 1952.

Onderwerp: Lijst van namen van Duitsers, en wie
zonder machtiging van de Visadienst geen
visum mag worden verleend.

Nummer: 16238-1214 GS

GEHEIM.

16.531.3
191-092B
26 FEB 1952
ACD/131936

6.1/2
09.2B

Dit stuk mag niet worden vernenigvuldigd en met
toestemming van het verantwoordelijk afd. hoofd

Ik heb de eer U hierbij te doen toekomen
afschrift van een brief met bijlage van Hr. Ms.
Ambassadeur te Bonn, dd. 12 Februari 1952,
Sectie I, nr. 2031-G/619, betreffende namenlijst
"Sozialistische Reichspartei", naar de inhoud
waarvan ter bekorting moge worden verwezen.

Het Hoofd van de Visadienst werd door mij
terzake ingelicht.

OP KAART
ACD/42
DAT: 14-5-52
PAR: Hk

DE MINISTER VAN BUITENLANDSE ZAKEN,
Voor de Minister,
DE SOUS-CHEF DER DIRECTIE,

B. J. A. J. J. J.

Aan de Binnenlandse Veiligheidsdienst,
Javastraat 68,
's-GRAVENHAGE.

A f s c h r i f t .

AMBASSADE

DER

NEDERLANDEN

2031-G/619 GEHEIM.

JH

Sectie I

Bijlagen: 2

Onderwerp: Namenlijst "Sozialistische Reichspartei".

BONN, 12 Februari 1952
Koblenzerstr. 96.

- Ik heb de eer U hiernevens een van de
- ./.
- Consul te Hannover ontvangen lijst met namen van 25 vooraanstaande leden der "Sozialistische Reichspartei", die in Nedersaksen verblijf houden te doen toekomen. Zoals daarop is aangeduid, zijn zij, voor wier naam de letter x is geplaatst, lid van de "Niedersächsische Landtag". Naar de Heer Steenbergen vernomen heeft, komen de op de lijst voorkomende personen niet in aanmerking voor een visum voor Zwitserland. Ervan uitgaande dat ook van Nederlandse zijde tegen de overkomst naar Nederland van de hierbedoelde personen bezwaar bestaat, heb ik mij voorshands bij circulaire van heden, No. 2672, afschrift waarvan hiernevens gaat, tot de onder mij ressorterende consulaire ambtenaeren gewend, met opdracht aan meergenoemden voorlopig geen visum te verstrekken dan na verkregen machtiging van de Visadienst.
- ./.

Indien de inhoud der circulaire Uw goedkeuring kan wegdragen, zou ik het op prijs stellen indien U zich terzake tot de Visadienst zou richten en mij t.z.t. op de gebruikelijke wijze bericht zou worden gezonden betreffende het niet-verlenen van een visum aan betrokkenen.

DE AMBASSADEUR,
Voor deze:

w.g. H.A. Helb
(Mr. H.A. Helb)
Ambassaderaad.

Zijner Excellentie
Den Heere Minister
van Buitenlandse Zaken
te

's-GRAVENHAGE!

A f s c h r i f t .

- ✓ x / 1. Dr. Dorls Fritz, geb. 9-9-1910, Brilon/Westf., Schriftleiter, Hannover, Gneisenaustrasse 67
- ✓ x / 2. Graf von Westarp Wolf, geb. 9.7.1910 in Hamburg, Angestellter, Hannover-Kleefeld, Fichtestrasse 29
- ✓ x / 3. Finke August, geb. 12.8.1906 in Verden/Aller, Oberregierungsrat a.D Oldenburg i.O., Ulmenstrasse 51
- ✓ / 4. Dr. Richter Franz, geb. 6.6.1911 in Itznier/Türkei, Lehrer, Luthewillmann: Rößler Wunstorf, *war identisch mit dem in der Bundespresse*
- ✓ / 5. von Bothmer Ulrich, geb. 10.8.1889 in Greifswald, Hitzacker/Elbe 52
- ✓ / 6. Dr. Krüger Gerhard, geb. 6.12.1908 in Danzig, Bisperode ü/Hamel
- ✓ / 7. Remer Ernst-Otto, geb. 18.8.1912 in Kolberg, Architekt, Generalmajor a.D., Varel/Oldbg., Lohstr. 3
- ✓ x / 8. Hopp Wilhelm, geb. 23-12.1912. in Breesee/Warschau, Schumacher, Nindorf nr. 13
- ✓ x / 9. Druck Wilhelm, geb. 11.3.1916 in Hagen/Westf., Kaufmann, Braunschweig, Kloster 66
- ✓ x / 10. Vahldiek Herman, geb. 3.9.1887 in Thiede, Bäckermeister, Braunschweig, Wilhelm-Bode-Str. 6
- ✓ x / 11. Dr. Schrieber Karl Friedrich, geb. 6-2-05 in Berlin Steglitz, Rechtsanwalt, Scheessel
- ✓ x / 12. Trauernicht Theodor, geb. 1-6-1896 in Ostersander, Landwirt Ostersander
- ✓ x / 13. Knoke Heinz, geb. 24.3.1921 in Hameln, Schriftsteller, Jever-Rahrdum
- ✓ x / 14. Springer Ernst Wilhelm, geb. 8.5.1925 in Alveslohe, techn. Kaufman Osnabrück, Bierstrasse 32
- ✓ x / 15. Gieseke Gustav, geb. 8.3.87 in Gross-Flöthe, Bauer, Mobjmacthersen 33
- ✓ x / 16. Ostermann Ernst, geb. 24.9.1889 in Ohlendorf, Bauer, Ohlendorf 5
- ✓ x / 17. Rabeler Gustav, geb. 28.3.1900 in Ellingen, Bauer, Reinstorf nr. 4
- ✓ x / 18. Kewer Franz, geb. 1.1.1908 in Guttstadt/Ostpr., Dentist, Heeslingen Nr. 38.
- ✓ x / 19. Cabolet Serwais, geb. 24.4.1908 in Warstade/Krs. Hadeln, Bauer, Warstade.
- ✓ / 20. Heimhardt Hermann, Landrat, a.D., geb. 5.9.1907 in Vörde, Bergen a.D., Krs. Dannenberg.
- ✓ / 21. Matthaei Kurt, Reg. Präsident a.D., geb. 4.2.1886 in Nienburg/Weserm Laasche Krs. Dannenberg.
- ✓ / 22. Baensch Werner, geb. 28.12.1911 in Berlin, Braunschweig, Bevenroderstrasse 127 b. Eggeling.
- ✓ / 23. Festge, Hans Hennig, Archäologe, geb. 24.5.1911 in Gross-Strelitz, Salzgitter-Thiede, Panscheberg 8
- ✓ / 24. Henn Herbert, Glastechniker, geb. 21.12.1920 in Stützerbach/Thüringen, Oldenburg, Humboldtstr. 18
- ✓ / 25. Recknagel Friedrich, geb. 3.6.1903 in Steinbach-Hallenberg, Aurich, Julianenburgerstrasse 9

x Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags
 Mit ausnahme des unter Nr. 3 genannten Finke Augusts besteht Redeverbo

Aan : H.B.
Van : B.IX.
Nr. 201/1952.

6.1.52 6.15
agendas 09.23 09.23-01.126
7-2-52
7 FEB 1952
ACD/130288

Schutblad is vermeld d
De Korpschef van de Gemeentepolitie te
Huizen (N.H.), de heer L.A.Smits, verzoekt aan rap-
porteur om bijgaand schrijven te willen doen toekomen
aan de betreffende afdeling van de B.V.D..

's-Gravenhage, 31 Januari 1952.
- 32 -

Schandalen in Duitsland

Generaal REMER ontmaskerd!

VOORTZETTING VAN HITLER'S PROGRAMMA ONDER RODE LEIDING....

(Van een P.B.-verslaggever)

SINDS 1949 of daaromtrent bestaat er in Westduitsland de zogenaamde Socialistische Rijks Partij (S.R.P.), welke onder leiding staat van Ernst Otto Remer, generaal b.d. der voormalige duitse weermacht en van een zekere dr Dorls. De "Socialistische Rijkspartij" werd in het jaar 1950 door de westduitse bondsregering geplaatst op de lijst van "staatsvijandige organen", gezamenlijk met enige andere politieke groeperingen in Westduitsland, waaronder de K.P.D. en enkele mantelorganisaties dier partij.

De S.R.P. werd als staatsvijandig beschouwd, omdat in het partij-programm der S.R.P. punten voorkwamen, die verdacht veel leken op die der N.S.D.A.P., de partij van Hitler, die de wereld en Duitsland in een bloedige oorlog had gestort. Bovendien bleken van de S.R.P. personen lid te zijn, die onder het Hitler-regiem bepaalde functies hadden bekleed in partij en staat. Thans schrijven we 1951 en er is veel veranderd in de wereld, zo ook in Duitsland, zo ook in de R.S.F.

WE WETEN ONS allen nog te herinneren dat op de 20ste Juli 1944 in Duitsland een poging werd gedaan om Hitler van het leven te beroven. Een aantal duitse officieren en burgers uit alle lagen der bevolking hadden zich verenigd - het waren er een duizendtal - om Hitler uit de weg te ruimen en om zodoende een einde te maken aan zijn bloedig despotisme en aan de tweede wereldoorlog. Tevoren, in Maart 1943, was eveneens een aanslag op Hitler gepleegd, welke poging echter was mislukt. Ook de aanslag van de 20ste Juli 1944 was gedoemd tot mislukking. Hitler werd slechts licht gewond, alleen enkele zijner stafofficieren en directe medewerkers verloren bij de bomaanslag het leven. De aanslag had tot gevolg, dat in Duitsland onder alle lagen der bevolking, verdacht en onverdacht, massa-arrestaties werden verricht door de Gestapo, gevolgd door doodstraffen wegens hoogverraad, aan de lopende hand.

Tot de voornaamste tegenstanders van Hitler behoorden ondermeer: generaal-majoor Hans Oster, generaal Rabenau, kol. Roene, kol. Graf Von Stauffenberg, gen. maj. Stieff, generaal Stülpnagel, generaal Thiele, overste Tresckow, generaal-veldmaarschalk Von Witzleben, gen. Beck, admiraal Wilhelm Canaris, chef van de duitse mil. geheime dienst en persoonlijk vijand van Hitler, Delp, R.K. geestelijke, dr Goerdeler, oud-burgemeester van Leipzig, de heren N. Gross, Habermann, Koerner, Leuningen en Letterhaus, leidende functionarissen van de Chr. Vakbeweging in Dld., Letterhaus, R.K. vakverenigingsleider, graaf Von Helldorf, politiepresident van Berlijn en nog vele anderen.

Maar bij het dempen van de opstand tegen Hitler in Berlijn speelde de commandant van het S.S. Wachtbataljon te Berlijn Ernst Otto Remer majoor bij het duitse leger, een zéér voorname rol. Aan zijn optreden en dat van het onder zijn commando staand wachtbataljon, was het te wijten dat de opstand aldaar in stromen van bloed werd gedempt. De majoor Remer werd uit dankbaarheid door zijn baas Hitler tot generaal bevorderd.

Dr Dorls is afkomstig uit Westfalen in Duitsland, waar hij de functie van leraar vervulde. Hij meldde zich op 1 September 1939 vrijwillig bij de Luftwaffe van Göring en bereikte aldaar de rang van onder-officier. Hij nam deel aan de strijd in Rusland, Afrika en Italië. Hij werd in 1943 door een duitse militaire rechtbank veroordeeld wegens het zich onttrekken aan militaire opdrachten. Beide mannen, leiders der S.R.P. ontzien zich thans niet omnende toespraken te houden welke gericht zijn aan het adres van de verzetsmensen van de 20ste Juli 1944.

Gesteund door communisten.

MAAR ER is meer aan het licht gekomen en het is gebleken dat de S.R.P. (een nationaal socialistische partij dus) financieel e betrekkingen onderhoudt met de communisten. Op de 23ste September 1950 had het beurslid der S.R.P. genaamd Graaf Von Westarp, in zijn woning te Hannover, Fichtstrasse no. 29 een zéér vertrouwelijk onderhoud met een functionaris van de communistische Partei Deutschland (K.D.P.) d.i. de duitse communistische partij genaamd

VERVOLG VAN NIEUWSDIENST (pag.N 1125)

graaf Rolf von Thun, verbindingsman van het "S.E.D.-Politbureau", d.i. het politieke (spionnage)bureau van de Socialistische Eenheidspartij Duitsland; dat zijn: de communisten. Deze verbindingsman overhandigde aan de S.R.P.-functionaris een bedrag van 32.000 westduitse marken, welk bedrag bestemd is voor het aan de gang houden van het partijwezen van de S.R.P.

Van te voren was door de communisten als eis gesteld, dat de leiding van de S.R.P. (de nationaal-socialisten) niet zouden ageren - en het dus niet de communisten eens zouden zijn - inzake de zogenaamde "Oder-Neise-grens" en waardoor dus Westduitsland in twee gedeelten is gesplitst; de kwestie van het "IJzeren Gordijn" dus. Tevens zij vastgesteld, dat de S.R.P. een levendig contact onderhoudt (althans onderhield) en vertrouwelijke berichten uitwisselt met de leiding van de westduitse partij genaamd de "Duitse Partij" waar ondermeer de westduitse bondsminister Seebohm deel van uit maakt. Het is niet uitgesloten te achten, dat de S.R.P. een camouflageorganisatie is van de communisten, daarbij min of meer geholpen door de Duitse Partij van minister Seebohm. Vastgesteld is tevens, dat de S.R.P. financiële verbindingen heeft met Oostduitsland, dus met de communisten en de gebieden achter het IJzeren Gordijn rustig aan de Russen wil laten.

Tevens is gebleken, dat van deze partij vele ex-nazis lid zijn, te weten: Finke, ex-rijksdagafgevaardigde voor de N.S.D.A.P.; Matthai, ex-prov.peningmeester der N.S.D.A.P.; Klatt, ex-S.A.-Standartenführer; Heimhardt, ex-S.A.-Gruppenführer; Klever, ex-S.A.-Standartenführer; Glorius, ex-S.A.-Sturmführer; Radatz, ex-Hitler-Jugend-Obergebietsführer; Rahn, ex-beambte der N.S.D.A.P.-afweerdienst; Muller, ex-S.S.man; Neumann, ex-S.A.-Standartenführer; Klein, ex-afweerbeambte der N.S.D.A.P. en vele anderen.

Deze nieuwe nationaal-socialistische partij handhaaft altijd nog het destijds door Hitler en vader Stalin gesloten "Vriendschapsverdrag" tussen Rusland en Duitsland in 1939. Broeders in de dictatuur vinden en vinden elkaar altijd weer, zoals men hier kan zien.

LEZERSWISSEL NIET-ABONNEES Nieuwsdienst: f 5.- / 6.- / 7.50 / 9.-- (Rj)
 bonnet
 fact

SPECIALE INSTRUCTIES AAN ACD,
(Slechts bij definitieve opberging in te vullen).

ONAFGEDAAN

toe naar Kanaal

CO 129075
142324
} ON 2073
[Signature]

Afd./Sect.: *BIII* Dat.: *12/1* Par.: *[Signature]*

Interne aanwijzingen ACD.

[Handwritten mark]

ACD. Dat.: Par.:

[Handwritten mark]

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

ACHTEREENVOLGENS AAN: *B - C.H.* H.ACD, namens deze
VERANTW. VOOR ADM. AFDOENING: *B* Dat.: *18/1/52*

Afd. Sectie *B* B e h a n d e l i n g . Afz./Par. Dat.

Afd. Sectie	B e h a n d e l i n g .	Afz./Par.	Dat.
<i>B</i>	<i>B VII</i>	<i>SB</i>	<i>12.2.52</i>
<i>1/2 B VII</i>	<i>SB</i> mi gave behandeling van det CO. waar het hier informatie ontrent en personen betreft ieder op zijn plaats ^{HC} indien u hiermede oecord gaat verrade CO. aan Afd C. te endosseme ne behandeling aldaar het B III coqasme retour ontvengen	<i>[Signature]</i>	<i>11-2-52</i>
<i>c OVN</i>	<i>(98 4972 op 18/2 naar Kanaal)</i>		
<i>2/2/52</i>	<i>B IX en onwisk waar HAAS</i>	<i>OVN</i>	<i>18/2-52</i>
	<i>verzoekt. Antw. ofw.</i>	<i>[Signature]</i>	<i>7/3</i>
<i>REA t.o.</i>		<i>OVN</i>	<i>1/4</i>
<i>B IX z.a.v. Hs Akkerma</i>		<i>SB</i>	<i>3.4.52</i>
<i>B IX</i>			

VERVOLG
 DUPLICAA T BLAD op Schutblad Nr. _____

Afd. Sectie Behandeling Afz./Par. Dat.

24/6 CVN: Min. 14/2.32 op Cysin in aan B VII edw 5/8/56.
 ms. kous e psw.

3 B VII SB 27.6.52
 27/6 B VII

CVN onleesbaar! Kent U aantk verdedelg...
 B VII 10/6/52

4/7 B VII 9aeme afdoen (berpung banfaren) -
 B VII SB 4.7.52

4/7 B VII Brief aan BSO 10/7 '52

12/7 300 kan dit afgedaan?
 SB 10/7

22. 303
20 JUNI 1952
ACD/142324

Aan : A.C.D./P.A.

Van : B IX Nr. 639/1952

Bestemd voor: H.C. (t.b.v. CVN 5) *eo*

Bericht op schrijven nr. 129875 dd. 7 Maart 1952

Hierbij heb ik de eer U te doen toekomen één
rapport ~~in xampie~~ betreffende:

~~in xampie~~

Haas, wonende te Rotterdam.

Bijlage: C.O.129875

Een afschrift van dit rapport is spoedshalve
rechtstreeks aan H.C. gezonden.

N.B. Mogelijk nog van interesse voor:

19 Juni , 1952.
B IX.

's-Gravenhage,

10 JULI 1952

No. : B 142324
Betr.: Haas, wonende te
Rotterdam.
VII AV 3

UITGEBOKT

VERTROUWELIJK

In antwoord op Uw brief d.d. 4 Februari 1952, no U 41010 - C 56 - C1/ca2, deel ik U mede, dat de persoon van Haas, genoemd in het artikel van Empire News, d.d. 20 Januari 1952 niet kon worden geïdentificeerd.

Bij de afdeling Falsificatie van de Gemeentepolitie te Rotterdam is bekend: Willem de HAAS, geb. te Rotterdam, 1-1-1899, wonende te Rotterdam, Bloemstraat no 89a, tegen wie verschillende malen proces-verbaal is opgemaakt terzake verduistering en valsheid in geschrifte. Het is niet uitgesloten, dat deze persoon identiek is met de in Empire News genoemde, die valse papieren zou verschaffen aan een neo-nazistische koe-rier.

R.A.

Aan de Heer Regeringscommissaris
in Algemene Dienst,
Plein 1813 no 4,
's-GRAVENHAGE.

Betreft: Haas
wonende te Rotterdam.

Bij een te Rotterdam ingesteld onderzoek naar "Haas" zijn twee namen naar voren gekomen, die in aanmerking zouden kunnen komen voor hetgeen vermeld is in het artikel van "Empire News" van 20-1-1952, t.w.:

- a.) Willem de Haas, geboren te Rotterdam, 1-1-1899, wonende te Rotterdam, Bloemstraat 89a. Hij heeft meerdere proces-verbaal gekregen t.z. verduistering en valsheid in geschrifte. Hij is een bekende op de afd. falsificatie van de Politie te Rotterdam. In overleg met de chef van deze afdeling, zal de met de opsporing van dergelijke misdrijven belaste rechercheur speciale aandacht aan de Haas besteden. Bij resultaat zal dan worden gerapporteerd.
- b.) Jacobus Joannes Haas, geboren te Rotterdam, 30 April 1916, wonende van Houtenstraat 29c te Rotterdam, fabrikant in metalen letters.
Hij is gehuwd met Kaatje Maria Moerland, geboren te Westmaas, 7-8-1914.
Haas trad in de oorlog vrijwillig in dienst van een onderdeel der Duitse Weermacht, waar hij als geuniformeerd chauffeur dienst deed. Voordien deed hij zo'n beetje in de handel (zwart). Hij is op grond van zijn dienstname bij de D.W. uitgesloten van de kiesrechten tot 2-5-1957. Het tegen hem opgemaakte proces-verbaal werd geseponeerd. Personen, die hem van nabij hebben meegemaakt hebben hem leren kennen als een onsympathiek en onbetrouwbaar man, die op grond van zijn karaktertrekken tot alles in staat moet worden geacht.
Hij wordt beschreven als een gladde en handige jongen. Voor de oorlog zou hij op een kantoor van slachtproducten hebben gewerkt, doch daar wegens zijn gedrag en prestaties zijn ontslagen.
Er kon echter niet worden geconstateerd of hij identiek is aan de Haas in genoemd artikel.
Zonder nadere aanduiding is het praktisch niet mogelijk "Haas" te identificeren.

De namen van de Haas W. en J.J. Haas komen niet voor. Door de politie te Wassenaar is getracht via de door hen gearresteerde de Haas omtrent een en ander nadere gegevens te verkrijgen echter zonder positief resultaat.

el's-Gravenhage, 17 Juni 1952.

Aan: B IX

Van: H.C.(OVN 5)

No.: 129.875

Betr.: HAAS

4 Maart 1952

In een artikel, verschenen in het blad "Empire News" van 20.1.52, werd gewag gemaakt van zekere ROOSENVELDT, die ten rechte genaamd zou zijn: Kurt SCHWARZ, personalia onbekend, een vroegere "Nazi Party public speaker".

SCHWARZ alias ROOSENVELDT zou in zijn functie van koerier tussen de Engelse Fascisten en de Neo-Nazistische groep in Duitsland regelmatig bezoeken aan Engeland brengen, en zou daarbij gebruik maken van valse papieren, welke hem door een zekere HAAS in Rotterdam verstrekt zouden zijn.

In de loop van het vorige jaar zou SCHWARZ Engeland vijf keren hebben bezocht en wel in Mei, Juli, Augustus, October en November.

SCHWARZ zou eigenaar zijn van een boekwinkel in de Franse zone van Berlijn.

De betrouwbaarheid van het relaas in de "Empire News" kan uiteraard niet worden beoordeeld. Naast SCHWARZ werden nog andere "Neo-Nazi's" genoemd, welke partij thans financieel en op andere wijze door de Sovjets in Oost-Duitsland zou worden gesteund bij het streven naar de vestiging van een nieuw fascistisch Duitsland.

Hoewel de gegevens uiterst vaag zijn, moge ik U niettemin verzoeken naar de identiteit van genoemde HAAS een onderzoek te willen doen instellen.

Het lijkt mij niet onmogelijk, dat met HAAS bedoeld is de U bekend C.A.C.H. de HAAS.

H.C.

MRT 1952

Rappel: 4 Juni 1952

506

U 41010 - C 56 - C1/cs2

4 Februari 1952.

06382

Land: DUITSLAND WEST

Onderwerp: Neo-Nazisme

6.17
 of 232-0283
 6 FEB 1952
 ACD/129075

Referenties:

Datum van waarneming: 20 Januari 1952

Bron: Empire News, 20 Jan 52

Opmerkingen:
 •••••
 •••••
 •••••
 •••••
 speciaal moge ik Uw aandacht vestigen op de in dit artikel genoemde HAAS in ROTTERDAM.
~~Ik zal het op prijs stellen van U te vernemen of U ter zake gegevens bekend zijn.~~

Verzonden aan:

Aan het Ministerie van Binnenlandse Zaken
 Het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst,
 Javastraat 68
'sGRAVENHAGE.

Inquire News
'Russians
Jan. 20, 1952
import
fanatics'

JUST a week after Antony
 News with his story of the
 underground plot to seize
 power in Germany came an
 official acknowledgment from
 Bonn yesterday that German
 youths are training for a civil
 war.

The West German Government
 information bulletin claims Com-
 munist are training German
 youth as leaders for a civil war
 in the West.

The bulletin, according to *Asso-*
ciated Press, says that youths from
 Western Germany are being taken
 to East Germany, Russia and
 Soviet satellite countries for mili-
 tary and political training as
 "civil war officers."

The conclusion from this was
 that the Communists were train-
 ing fanatics for civil war in the
 West.

To-day's picture, linking with
 last week's news, shows the Berlin



leader of the illegal sabotage
 squads, ex-Hitler youth officer
 Horst Schlienz, who lives in the
 city's British sector. He wears a
 shirt of a senior "Führer," com-
 plete with shoulder flash.

Schlienz started to organize the
 underground after the war by
 forming several hundred fanatical
 youths and girls into the "League
 of Young Germans."

The League's uniform—black
 shirt carrying the SS arrow symbol
 on chest and tie—which he wears
 in secret meetings to discuss their
 plans for sabotage with R. S. S.

Empire News

FUHRER BEHIND BARS

Jan. 20, 1952.

HERR ROOSEVELDT is a regular visitor to Britain. His job is courier and contact man between Fascists in England who are eager to support the new Nazis in Germany.

He also brings them money to finance their activities — money that comes from the Soviets in East Germany. Last year he paid five visits—in May, July, August, October and November.

The real name of "Herr Roosevelt" is Kurt Schwarz, a former Nazi Party public speaker. He enters Britain with false papers obtained from a man named Haas in Rotterdam. Schwarz, a swarthy fanatic who has just opened a bookshop in the French zone of Berlin, is typical of the men who live only to bring the jackboot back into Germany.

I have talked to many of them. No man or woman who cherishes freedom should underestimate them. To make Germany free again they will spill any amount of blood. One day they will be as powerful, free and armed as we are — for their own reasons.

The "Führer" is the present-day Ernst Otto Gessler. He is like Gessler and makes speeches like Gessler. He is a man of the old school.

Schwarz is a man of the old school. He is a man of the old school. He is a man of the old school.

But the new Nazis still boast 'Nothing can stop us seizing power'

striking an opponent lying on the ground with a chair.

At present Remer languishes in prison for slandering President Adenauer. Perhaps he is writing a new "Mein Kampf." When he comes out the new German "Messiah" with a huge German eagle badge in his buttonhole, will once more stalk the land.

Officially Remer leads the "Reich" which has already secured support at elections in Lower Saxony. His new lieutenant is the party's only member in the Bonn Government. But respectable politicians are now anxious to hitch their star to the Remer handwaggon.

Schwarz snarled

LET us go back to Kurt Schwarz the courier. I was called on last of his new newspaper. Schwarz was mixed with the old school of Nazis and the new school. Schwarz is a man of the old school. He is a man of the old school. He is a man of the old school.

Antony Terry

Empire News Special Correspondent in Germany, continues his exposure of the rebirth of the Nazis who plan a rising next autumn

day will come when we will again seize power—and nothing can stop us!

"Germany was great under Hitler. She will become great again with the help of Russia."

"His young wife spat at me: 'We are stronger than you think!'"

Schwarz is a very active Nazi Hitler-trained, he knows all the tricks. Besides his visits to Britain, he distributes pro-Nazi leaflets to British troops in Berlin.

Another of the new Nazis is Ernst Otto Gessler. He is the new school of Nazis under Hitler. He is a man of the old school. He is a man of the old school. He is a man of the old school.

of goods manufactured in the Soviet Zone.

Petrochka is typical of the host of go-between men linking the Nazis with their Russian friends. His underground "contact man" for the American Zone is former S.S. Major Peisen in Coburg. His contacts in the British Zone are Remer's party officials. The work is dangerous, but Petrochka is making a great deal of money by doing it. That is why he can afford to run two homes.

Armed uprising?

LAST week I mentioned former S.S. Colonel Erwin Gieseler whose prefab home in the U.S. Zone is only 40 yards from the border of the Soviet Zone. His job is to organise the armed uprising — when it comes — in the western sectors of Berlin.

He told me: "Remer is in jail but we have been given a direct order by the Führer to take things easy until he comes



"FUHRER" REMER Looks like Goebbels, makes speeches like Hitler.

out. After that you may expect things to happen.

"Our orders are to accept any help in the way of armaments, money and equipment that the Soviets are willing to give. We intend to use them against the Western Powers and the degenerate pro-Western Government of Dr. Adenauer, which is undermining the Nordic character of the German race with its ideas of democracy.

"Once we have gained our objective, which for the present is the same as that of the Communists, we shall throw their help overboard. We are waiting for the moment to strike against the decaying West, which cannot even win a war against the Chinese in Korea."

A NEW GROUP

is the latest and known as the "S.A. Horst Wessel Tradition." It is made up of the old Hitler brown-shirt thugs anxious to put on those jackboots again and is also financed by the Communists in East Germany. Its leader is a former Hitler brown-shirt named Robert Pragg, who recently said an ill-timed: "We demand

up of the old Hitler brownshirt thugs anxious to put on those jackboots again and is also financed by the Communists in East Germany. Its leader is a former Hitler brown-shirt named Robert Prager, who recently told an audience: "We demand friendly relations with the people of Soviet Russia as comrades in destiny of the German nation." The old anti-Semitic slogans were also served up by him.

Then there is Colonel Schmidt, formerly of the Wehrmacht. He leads in the American zone of Berlin the powerful ex-Servicemen's organisation known as the "Steel Helmet League." His second-in-command is "Major of Panzer Troops" Hans Ahlbeck, who claims that Hitler gave him almost every possible decoration.

These ex-servicemen bar from membership any German who had a hand in the conspiracy to kill Hitler in July, 1944. Its main aim is to "re-establish the honour of the German officer in a free and independent Germany."

Schmidt said in Berlin a few weeks ago: "We have been chosen to lead the young generation of Germans - one day against the enemy in the western part of our Fatherland. We owe it to our people to set an example by our discipline and our military bearing. The proletarian German always needs a higher being to whom he can look up and revere like a deity."

"Any one of us may be chosen to become the leader destined to save Germany from its Western oppressors, Britain and America."

A £5,000 gift

ONE of the chief agents in the gun-running is a Bulgarian, Hanes Petroschka, who ran a dance-band as a "cover" for his other activities. Petroschka is known as the man with two homes. He has a flat in the French sector of Berlin but actually has his office in the Soviet sector.

During the early part of last year he gave to the Berlin branch of Remer's Reich Party a sum of £5,000. The money came from the Communist "State Security" funds in the Soviet Zone. It was earned by the illegal sale in West Germany

OD 2043

S.T.

15 Januari 1952.

No. Gr.V.D. 520033 Conf.

Bijlagen: een.

Onderwerp: Toezending fotocopie van een artikel uit de "Zuid-Limburger" van 7 December 1951.

UITTREKSEL	
Uit: OD 514	
Voor: OD 2043	
o.a.v.: B III	
Dat.: 25/1-52	
Par.: 498	

CONFIDENTIEEL

In vouwe dezee gelieve U aan te treffen een fotocopie van een artikel uit de Zuid Limburger dd. 7-12-1951, naar de inhoud waarvan korthedshalve wordt verwezen.

Volgens mededelingen van de Duitse Opposite Number te Aken berust het artikel grotendeels op waarheid, doch dat de S.R.P. een camouflage partij van de K.P.D. is, e.q. tot op heden nooit geconstateerd.

S.T.

128 232
DUPLICAAT

AAN: Hoofd ~~B.V.D.~~
Hoofd B.I.D.

Typ: 10.
Coll.: 19

Voorzichtigheid geboden!

Duitse camouflage-partijen

Voortzetting van Hitler's programma onder rode leiding....?

Sinds 1949 of daaromtrent bestaat er in Westduitsland de zogenaamde Socialistische Rijks Partij (S.R.P.), welke onder leiding staat van Ernst Otto Remer, generaal b. d. der voormalige duitse weermacht en van een zekere dr Doris. De „Socialistische Rijkspartij“ werd in het jaar 1939 door de westduitse bondsoverheid geplaatst op de lijst van „staatsvijandige organen“, gezamenlijk met enige andere politieke groeperingen in Westduitsland, waaronder de K.P.D. en enkele mantelorganisaties dier partij.

De S.R.P. werd als staatsvijandig beschouwd, omdat in het partijprogramma der S.R.P. punten voorkwamen die verdacht veel leken op die der N.S.D.A.P., de partij van Hitler, die de wereld en Duitsland in een bloedige oorlog had gestort. Bovendien bleken van de S.R.P. personen lid te zijn, die onder het Hitler-regime bepaalde functies hadden bekled in partij en staat. Thans schrijven we 1951 en er is veel veranderd in de wereld, zo ook in Duitsland, zo ook in de R.S.P.

We weten ons allen te herinneren dat op de 20ste Juli 1944 in Berlijn een poging werd gedaan om Hitler van het leven te beroven. Een aantal duitse officieren en burgers uit alle lagen der bevolking hadden zich verenigd — het waren er een duizendtal — om Hitler uit de weg te ruimen en om zodoende een einde te maken aan zijn bloedig despotisme en aan de tweede wereldoorlog. Tevoren in Maart 1943, was eveneens een aanslag op Hitler geploegd, welke poging echter was mislukt. Ook de aanslag van de 20ste Juli 1944 was gedoemd tot mislukking. Hitler werd slechts licht gewond, alless enkele staf-officieren en directe medewerkers verloren bij de bomaanslag het leven. De aanslag had tot gevolg, dat in Duitsland onder alle lagen der bevolking, verdacht en onverdacht, massa-arrestaties werden verricht door de Gestapo, gevolgd door doodstraffen wegens hoogverraad, aan de lopende hand.

Tot de voornaamste tegenstanders van Hitler behoorden ondermeer: generaal-majoor Hans Oster, generaal Rabenau, kol Rascoe, kol Graf Von Stauffenberg, gen. maj. Staff, generaal Stälpnagel, generaal Thiele, overste Treackow, generaal-veldmaarschalk Von Witzleben, gen. Beck, admiraal Wilhelm Canaris, chef van de duitse mil. geheime dienst en persoonlijk vijand van Hitler, Delp, R.K. geestelijke dr Goerdalig, oud-burgemeester van Leipzig, de heren N. Gross, Habermann, Koenner, Leuning en Letterhaus, R.K. vakverenigingsleider, graaf Von Hell-dorf, politiepresident van Berlijn en nog vele anderen.

Maar bij het denken van de opstand tegen Hitler in Berlijn speciaal de commandant van het S.R. Wachbataljon te Berlijn, Ernst Otto Remer, majoor bij het duitse leger, een zeer voornamelijk rol. Aan zijn optreden en dat van het onder zijn commando staand wachbataljon, was te wijten dat de opstand aldaar in stremen van bloed werd geknapt. De majoor Remer werd uit dankbaarheid door zijn keizer Hitler tot generaal bevorderd.

Dr Doris is afkomstig uit Westfalen in Duitsland, waar hij de functie van leraar vervulde. Hij meldde zich op 1 September 1939 vrijwillig bij de Luftwaffe van Göring en werd aldaar de rang van onder-officier. Hij nam deel aan de strijd in Rusland, Afrika en Italië. Hij werd in 1943 door een duitse militaire rechtbank veroordeeld wegens het zich onttrekken aan militaire opdrachten. Beide mannen, leiders der S. R. P. ontzagen zich thans niet honorende te spraken te houden welke gericht zijn aan het adres van de verstandhouders van de 20ste Juli 1944.

GESTEUND DOOR COMMUNISTEN

Maar er is meer aan het licht gekomen en het is gebleken, dat de S.R.P. (een nationaal socialistische partij, dus) financiële betrekkingen onderhoudt met de communisten. Op de 23ste September 1939 had het bestuurslid der S.R.P., genaamd Graf Von Westarp, in zijn woning te Hannover, Fichtestrasse no. 23, een zeer vertrouwelijk onderhoud met een functionaris van de Kommunistische Partei Deutschland (K.D.P.) d.i. de duitse communistische partij, genaamd graaf Rolf von Thum, verbindingman van het „S.E.D.-Politbureau“, d. i. het politieke (spionage) bureau van de Socialistische Eenheidspartij Duitsland; dat zijn de communisten. Deze verbindingman overhandigde aan de S.R.P.-functionaris een bedrag van 32.000 westduitse marken, welk bedrag bestemd is voor het aan de gang houden van het partijwezen van de S.R.P.

Van te voren was door de communisten als eis gesteld, dat de leiding van de S.R.P. (de nationaal-socialisten) niet zouden ageren — en het dus met de communisten eens zouden zijn — inzake de zogenaamde „Oder-Neise-grens“ en waardoor westduitsland in twee gedeeltes is gesplitst; de kwestie van het „Uzeren Gordijn“ dus. Tevens zij vastgesteld, dat de S.R.P. een levendig contact onderhoudt (althans onderhoud) en ver-

trouwelijke berichten uitwisselt met de leiding van de westduitse partij genaamd de „Deutsche Partij“ waar ondermeer de westduitse bondsmijnster Seeborn deel van uit maakt. Het is niet uitgesloten te achten, dat de S.R.P. een camouflage-organisatie is van communisten, daarbij min of meer geholpen door de Duitse Partij van minister Seeborn. Vastgesteld is tevens, dat de S.R.P. financiële verbandingen heeft met Oostduitsland, dus met de communisten en de gebieden achter het Uzeren Gordijn rustig aan de Russen wil laten.

Tevens is gebleken, dat van deze partij vele ex-nazis lid zijn, te weten: Finke, ex-rijksdaggevaarlijkde voor de N.S.D.A.P.; Matthai, ex-prov. penningmeester der N.S.D.A.P.; Klatt, ex-S.A.-Standartenführer; Heimhardt, ex-S.A.-Gruppenführer; Klever, ex-S.A.-Standartenführer; Glorius, ex-S.A. Sturmabteilführer; Radatz, ex-Hitler-Jugend-Obergruppenführer; Rehn, ex-beambte der N.S.D.A.P.-afweerdienst; Müller ex-S.A.; Neumann, ex-S.A.-Standartenführer; Klein, ex-afweer-beambte der N.S.D.A.P. en vele anderen.

Deze nieuwe nationaal-socialistische partij handhaaft altijd nog het desbetreffende door Hitler en vader Stalin gesloten „Vriendschapsverdrag“ tussen Rusland en Duitsland in 1939.

Rebellen in de dictatuur vonden en vinden elkaar altijd weer, zoals men hier kan zien.

1941/5
Overgenomen uit "KONTAKTE" no 9 - Jrg 1, Februari 1952

"NATION EUROPA"

Sie unterhält Redaktionen ausser in Coburg noch in Zürich, Malmö und Eindhoven. Ihr Herausgeber Arthur Ehrhardt erteilt Faschisten aller Schattierungen das Wort, kolportiert die alten Schlagworte von der Herrenrasse' und druckt - vielfach ohne Erlaubnis - Beiträge untadeliger Autoren (wie Denis de Rougemont, Ortega y Gasset, James Burnham oder Dwight D. Eisenhower) ab.

"DIE DEUTSCHE SOLDATENZEITUNG", die im Schild-Verlag, München, erscheint, und von einem gewissen Cornelius Pfeiffer redigiert wird versucht auf dem Umweg über die Hunderttausende ehemaliger deutscher Soldaten faschistische Gedanken und Parolen zu verbreiten

"WIKING-RUF"

Ähnlich dürfte die vom ehemaligen SS-General H.O.Gille herausgegebene Zeitung "Wiking-Ruf" geartet sein; von ihr konnte noch keine Nummer eingesehen werden. Aber, falls sie die gleiche Sprache wie "Die grünen Teufel" - Organ der Fallschirmjäger in Deutschland - spricht, muss sie hier genannt werden. Die "Siebenbürgische Zeitung", Blatt der Rumanien-Deutschen, zählt zu ihren ständigen Mitarbeitern Heinrich Zillich und muss daher als faschistenfreundlich angesehen werden.

Schliesslich wären noch die im Ausland erscheinenden, offene faschistische Agitation betreibenden Zeitschriften "DER WEG", "DIE BRÜCKE" und die ebenfalls in Buenos Aires erscheinende Zeitung "FREIE PRESSE".

Abwärts steht Otto Strasser mit seinem deutschsprachigen "COURIER" in Kanada. Zwar greift er ebenfalls die Bonner Regierung scharf an, hält sich jedoch von dem übrigen Nazi-Klüngel fern.

Overgenomen uit "KONTAKTE" no 8 - Jrg. 1 Januari 1952

"DIE 'ALTE GARDE'"

Sie wird angeführt von Hans Grimm.

Er ist ständiger Mitarbeiter unverhüllt neofaschistischer Zeitschriften wie "NATION EUROPA" (Coburg) und "Der Weg" (Buenos Aires), über die noch zu sprechen sein wird. Nicht ganz so offen gibt sich Bruno Brehm.

Der Rest der "alten Garde" (so Will Vesper, Hans Friedrich Blunck, Karl-Heinz Priester - verdächtig heftig im Augenblick innerhalb der "Europäischen Sozialen Bewegung" (ESB) agitierend - Anton Zischka, Hermann Claudius, Gerhard Schumann, Wilhelm Pleyer, (der 1951 im Erich-Hamann-Verlag, Gießen, eine vollkommen entnazifizierte Liebes- und Ehegeschichte "Spieler in Gottes Hand" veröffentlichte), Heinrich Zillich, Heinz Steguweit), schreibt zur Zeit - noch - in Zeitschriften wie "Nation Europa", den "Klüter Blättern" oder "Der Weg" - Bücher sind von ihnen bisher nicht erschienen.

Über Sven Hedin, "Ohne Auftrag in Berlin" (Internationaler Universitätsverlag, Tübingen Stuttgart, 1950) ist kaum mehr zu sagen, als dasz der Autor - immer noch an seiner alten Germano-Manie leidend - sich als glühender Bewunderer Hitlers zeigt;

Allerdings musz man bezweigeln, dasz Sven Hedin nicht weisz dasz Sven Hedin nicht weisz was er tut, wenn er bei der "Nation Europa" mitarbeitet.

Eins der übelsten Erzeugnisse neo-faschistischer Schreiberei stellt die Broschüre des 2.SRP-Vorsitzenden Otto Ernst Remer "20. Juli 1944" dar, erschienen im Verlag Hans Siep, Hamburg-Neuhaus/Oste, 1951

Guderian, der sich innerhalb des "Verbandes deutscher Soldaten" so offen nazistisch gebärdete.

Paul Egon Lüth, Propagandachef des "Bundes deutscher Jugend".

V E R W I J Z I N G .

~~CONFIDENTIEEL~~

Uit : OD 2072

Naam: WERKGEMEENSCHAP EUROPA

or : OD 2043

Naam: NEO FACISME/NACISME

Ag. nr: 125509

Afz. : ID Amsterdam

Datum: 11-12-51

Aard van het stuk: Betreffende het Nov.nummer v.d. ex-SS-soldaten
blad "Wiking-Ruf"

ZIE in het bovengenoemd nummer van "Wiking-Ruf" het artikel
van Prof. Marice BARDÈCHE getiteld: "Europäische Antwort eines
Franzosen" over de Europese Eenheid.

Uitgetr. door: JB

Op aanwijzing van: B VII

Datum: 31-7-52.

~~ONAFGEDAAN~~

CO 1124729 v 02 20 43
1124780 v 02 20 43
#

ok
die stukken

afsch 124730 in a.d. 2072
v.d. van Teunen 9A
16511

Afd./Sect.: B.II Dat.: 21.3.52 Par.:

Interne aanwijzingen ACD.

ACD. 46 Dat.: 1/8/52 Par.: 4

12/5/52

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

1. Kom tevens om spoedige terugkeer van deze
stukken persoons. i. v. m. vraag 1 B Amst. d. d. m.
naam C. E. h. ~~ACD. 46~~

2. B.II
7.12.51

C.V. I
C.V. II
C.V. - geen C.V. I 3 1/2
C.V. II geen C.V. II 1 1/4

1/2
C.V. I
C.V. II
20/4 C.V. II 1/4

19 November 1951.

U 38746c - C 56 - P1/ES 6

bylage en
to werkje Europa
to Neo karema
facemij
to te

Land: Spanje.

Onderwerp: De bijeenkomst van enkele oud-Nationaal-Socialisten te Toledo.

Referenties:

6.12
D. 283
- 6 DEC. 1951 F
ACD/ 124730

Datum van waarneming: Begin October 1951.

Bron: Betrouwbaar.

Opmerkingen:

SECRET

OP KAART
ACD/48
DAE-178/52
PAR-2

Verzonden aan: De Minister-President.
De Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68

's-GRAVENHAGE

DE BIJeenkomst van enkele oud-Nationaal-Socialisten
te Toledo.

Het lag in de bedoeling der verschillende Westeuro-
pese verenigingen van oud-Nationaal-Socialisten en Fascisten
om op een bijeenkomst ter gelegenheid van de herdenking van
de bevrijding van het Alcazar te Toledo te komen tot een in-
ternationale organisatie. Het initiatief hiertoe ging uit
van Karl Heinz FRIESTER uit Wiesbaden, de leider van de "Euro-
päische Soziale Bewegung" en de Zwitser Jean BEAUVERD, oud-
SS-er onder Degrelle, thans woonachtig te Madrid.

De feestelijkheden te Toledo eind September 1951 had-
den evenwel een zuiver Spaans karakter. Er namen aan deel het
garnizoen van Toledo, formaties van de Falange en de politie
en voormalige verdedigers van het Alcazar onder leiding van
generaal MOSCADO.

Het was van Duitse zijde de bedoeling geweest om hier-
aan ook te laten deelnemen door een groep Duitsers die be-
hoord hebben tot het CONDOR-Legioen. Deze opzet mislukte even-
wel, omdat de Fransen hen een doorreis-visum weigerden. In
Toledo waren als buitenlanders dan ook slechts aanwezig:
FRIESTER (Duitsland), BAPDECHE (Frankrijk), Per ENGDAHL (Zweden),
Van TIENEN (Nederland).

Karl Heinz FRIESTER is uitgever van het blad "Nation-
Europa", leider van de "Europäische Soziale Bewegung" en ge-
wezen voorzitter van de "Nationale Demokratische Partei" (NDP).

Per ENGDAHL is leider van de "Zweedse Vernieuwings-
beweging" en heeft in de rijen van de Waffen-SS gestreden.

Paul van TIENEN is de leider van de "Werkgemeenschap
Europa", een organisatie waarin oud-NSB-ers de leiding hebben.
Van Tienen, SS-Untersturmführer, werd tot 8 jaar gevangenis-
straf veroordeeld. Hij werd evenwel na 4 jaar uit de gevangenis
ontslagen. Tijdens zijn verblijf in Spanje droeg hij steeds
het IJzeren Kruis, dat hij voor zijn gedrag aan het Oostfront
gekregen heeft.

Di
124729

X

X

PDV 6511

Van Spaanse zijde heeft men zich bewust van de boven-
genoemde personen gedistancieerd. Een officiële ontvangst heeft
dan ook niet plaats gevonden. De opzet, om te Toledo tot de
oprichting van een internationale organisatie van oud-Nationaal-
Socialisten te komen, moet dan ook als mislukt beschouwd worden.

Begin October 1951.

388

A 1271

19 November 1951

U 37351d - C 56 - Pl/ES 6

Land: West-Duitsland.
Onderwerp: Pogingen om te komen tot een internationaal contact tussen oud-SS-ers.

6.17
n. 253
- 6 DEC. 1951
ACD/124729

Referenties :

Datum van waarneming: Tweede helft September 1951.

Bron: Betrouwbaar.

OP KAART
ACD/46
DAT: 18/52
PAR: 1

Opmerkingen:

SECRET

Verzonden aan: de Minister-President.
de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68

's-GRAVENHAGE

*De Neostemmen
forum*

ROGINGEN OM TE KOMEN TOT EEN INTERNATIONAAL
CONTACT TUSSEN OUD-SS-ers.

Aan voormalige leden van de Waffen-SS, Duitsers, Noren, Denen, Vlamingen, Nederlanders, Walen, Esten en Letten, zijn voor een bijeenkomst in Spanje op het Alcazar uitnodigingen gezonden. Ook werden hiervoor voormalige leden van het Condor-Legioen uitgenodigd, die aan de zijde van Franco aan de Spaanse burgeroorlog hebben deelgenomen.

De oud-SS-ers in Duitsland hebben voor het merendeel een redelijk bestaan in de burgermaatschappij gevonden. In West-Europa schat men het aantal SS-ers tussen de 6 en 800.000.

Het ligt in de bedoeling een eigen tijdschrift op te richten dat "im Hinblick auf die europäische Sendung der Waffen-SS" Europees gericht zal zijn en propaganda voor het onderhouden van een blijvend contact tussen oud-SS-ers zal voeren. Ook bestaan er plannen om te komen tot een SS-inlichtingendienst, waarvoor voormalige SS-ers aange trokken zullen worden.

X OK / + bgt ✓ SKORZENY, bekend om zijn ontvoering van Mussolini, speelt een nog niet geheel duidelijke rol bij het uitvoeren van bovengenoemde plannen. Het staat wel vast, dat hij zich regelmatig ophoudt te Stuttgart en Bonn en Generaal RAMCKE en de voormalige SS-Oberstgruppenführer HAUSER persoonlijk uitgenodigd heeft voor de bijeenkomst op het Alcazar.

OK / ✓ De leidende figuur onder de Westeuropese SS-ers is JEAN BEAUVERD, een oud-SS-officier onder DEGRELLE, die nu eens in Genève dan weer in Caïro vertoeft. Hij is ook uitgenodigd voor de bijeenkomst op het Alcazar.

Ein OK / 27/12/50 ✓ Een deel van de oud-SS-ers in Duitsland zien in bovengenoemde Hauser hun leider, terwijl anderen de leiding volgen van oud-SS-Generaal FELIX STEINER. Laatstgenoemde,

woonachtig te München, is generaal geweest van het derde SS-corps Nordland. In zijn directe omgeving is hij een geziene figuur. De meeste oud-SS-ers nemen hem in het algemeen niet geheel au sérieux. Hij geldt als een bijzondere voorvechter van de "europäischen Mission". De volgende uitspraken van hem wijzen hier duidelijk op:

"Die wahren europäischen Soldaten sind die Angehörigen der Waffen-SS aus den unter deutschem Einfluss stehenden Ländern Europas", en

"Die Waffen-SS ist die Vorläuferin für wahre Europa-Armee, da während des 2. Weltkrieges in den ihr angegliederten Germanischen Legionen Angehörige vieler Völker Europas gedient haben."

Verder verklaarde Steiner: "Die Germanische Legionen der Waffen-SS sind die politisch-militärische Avantgarde einer wahren Europa-Armee".

De SS-Oberstgruppenführer HAUSER wordt door de meeste van de voormalige SS-ers beschouwd als "ihr grosser alter Mann". Hij streeft naar een volledige morele en materiële gelijkberechtiging met voormalige leden van de Wehrmacht. Volgens hem: "bedeutet die ostentatieve Ausschaltung der Waffen-SS die Diffamierung eines Kreises ehemaliger Soldaten, der sich qualitativ aus den Besten zusammensetzte", en zijn "Reichswehr und deutsches Heer überholt; modernste Form einer Kampftruppe ist die SS-Formation mit ihrer politischen, militärischen und weltanschaulichen Zielsetzung".

Tweede helft September 1951.

CO 120379

05/2043

ONAFGEDAAN

10 Neo Facisme / Nationalisme
(aanpak)
30% kaart aanleggen voor in
merge stuk aangedunde
organisatie onder
berging naar berging

Afd./Sect.: III

Dat.: 31.10.51

Par.: [initials]

Interne aanwijzingen ACD.

A.W.

ACD.4B

Dat.: 19/3/52

Par.: [initials]

[initials]

3/11/51 [initials]

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

1 B. C

ACD.1

12/10/51

2 H.B. [initials]

B. II. 19.10.51

B. II.

13.11.22.10.51

29/10 B. II. - Wet II berging aangeven s.v.p.? B. III e. 25.10.51

11/10 B. II. 18.10.51

11/10 B. II. - v.p. naslag resultaten afwerken

3 Q.V.V.

12/11

Cyberin C.V.O.II

ACD 13/11 [initials]

5/12 13.11 [initials]

5 October 1951

U 37621a - C 56 - P2/PS 6

R 1280

~~GEHEIM~~

Land: Oostenrijk.
Onderwerp: Bijzonderheden omtrent drie politieke bewegingen in Oostenrijk.

Referenties:

09.226
6.1
12 OCT 1951
ACD/20344

OP 'KAART
ACD/4B
DAT: 19/10/52
PAR: p

Datum van waarneming: Vóór 17 September 1951.

Bron: 30.

Opmerkingen:

Verzonden aan:

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68
's-GRAVENHAGE

GEHEIMPOLITISCHE GRUPPEN IN ÖSTERREICH.

Dieser Bericht befaßt sich mit folgenden politischen Gruppen und Tendenzen in Österreich:

1. "Österreichische Aktion",
2. "Der Österreichische Bund",
3. Erneuerung der Heimwehr-Bewegung.

1. "Österreichische Aktion".

Anfang 1950 wurde die "Österreichische Aktion" als eine Arbeitsgemeinschaft von Personen gebildet, die sich die Pflege eines eigenen Österreichischen Nationalbewußtseins in Gegensatz zum deutschen zum Ziel gesetzt haben. Folgendes wurden hier:

Dr. Willy Schmid, Salzburg, Herausgeber eines gelegentlich erscheinenden Blattes "Die Nation",

Dr. Knut Gürlich, Wien,

Dr. Herbert König, Wien,

Dr. Hilbert Ratzinger, Linz/Donau.

In Graz besteht unter dem Namen "Österreichische Gemeinschaft" eine besondere Gruppe, die das Blatt "Die Arbeiter" herausgibt.

Die "Österreichische Aktion" ist nicht leichtlich als legitimistisch anzusprechen. Sie sucht auch eifrig, Verbindung nach links - inoffiziell sogar zur KPÖ - zu halten. Von Sozialisten (KPÖ-Mitgliedern) zeigte Interesse die Nationalistin Heda Jochnann und der sozialistische Redakteur der "Arbeiterzeitung" Emmanuel Seiler; von Mitgliedern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP); die Nationalräte Dr. Lujo von Tencio und (im Jahre 1950) Dr. Alfred Halletz an. Die KP-Verbindung geht über die Redaktion des "Österreichischen Tagebuchs".

Die "Österreichische Aktion" will nicht in den Vordergrund der Öffentlichkeit treten, sondern eine Art "Hintergrund-Generalstab" zur Behauptung des "großdeutschen Gedankens" darstellen. Dieser Kampf gelte auch jeder Form des "Kultur-

deutschtums" und des sog. Neo-Nazismus. (Unter "Neo-Nazismus" versteht man in diesen Kreisen die Herabsetzung des deutschen Charakters Österreichs wie überhaupt jede Feststellung in dieser Richtung.)

Vor längerer Zeit schon wollte sich die "Österreichische Aktion" eine andere Bezeichnung auslegen. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob tatsächlich eine Umbenennung stattgefunden hat.

Historisch betrachtet handelt es sich bei der "Österreichischen Aktion" um die Wiederbelebung einer in den 20er Jahren gegründeten, jedoch betont monarchistischen Gruppe gleichen Namens, deren führende Persönlichkeit der spätere vierte Vize-Bürgermeister von Wien (während der Dollfuß-Schuschnigg-Regierungen) und gegenwärtige College-Professor in den Vereinigten Staaten Dr. Ernst Karl Winter war. Ihm standen zur Seite: Der schon 1938 im Konzentrationslager verstorbene Sektionschef Prof. Dr. Zefner Spitzenberg, der jetzige Wiener Universitätsprofessor für Soziologie Dr. August M. Knoll, ferner der frühere Chefredakteur des ÖVP-Programms "Österreichische Monatshefte" und jetzige Pressesachverständiger der Österreichischen Vertretung in Rom, Dr. Alfred

M i s s o n g. Die Ansichten der "Österreichischen Aktion" teilten: Der jetzige Chefredakteur der "Salzburger Nachrichten" Gustav A. C a m a v a l, damals Chef des Kampfbattes der Sturmcharen Schuschniggs "Sturm über Österreich" und der nach Österreich emigrierte Münchener Universitätsprofessor Dietrich von Hildebrand, der, unterstützt von Klaus Bohm, die Wochenschrift "Der christliche Ständestaat" herausgab.

2. "Der Österreichische Bund".

A) Entstehung und Entwicklung.

Der "Österreichische Bund" ist aus der sog. Organisation D hervorgegangen, einer Gründung von Rolf West, Roman H ä d e l m a y r und Hermann R a s l (siehe unten). Die Organisation D sollte die vierte Säule der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) - neben Bauernbund (A), Wirtschaftsbund (B),

Arbeiter- und Angestelltenbund (C) - werden; und zwar als Organisation der freiberuflich Tätigen, "ineffizient" aber als Organisation der ehemaligen Heimwehr-Leute, Nationalsozialisten, der Rechtskonservativen, der "liberalen" (d.h. kirchlich nicht gebundenen) und "Reformisten"-Kreise aller Farben.

Da sich die Organisation D nicht durchzusetzen vermochte, schied sie am 1. Juni 1930 aus der ÖVP in freundschaftlichen Formen aus und nannte sich nunmehr "Österreichischer Bund".

Anschrift: "Österreichischer Bund", Wien I, Schottenring 15/IV.

Im Sommer dieses Jahres verwandelte West dem Bund in eine Partei. Jetzt ist er sehr am Hauptstandort der "Sammlung der Mitte" interessiert; Falls er dort eine entsprechende Position erhalten würde, gebe er den Parteicharakter des "Österreichischen Bundes" - nicht aber die Organisation - wieder auf.

B) Nicht:

Die Ziele des "Österreichischen Bundes" sind ziemlich unklar. Im wesentlichen handelt es sich um eine rechtstehende Gruppe mit Neigung zu autoritärer Regierungsform. Sie ist nicht kirchlich gebunden, aber auch keineswegs politisch "liberal". Eine gewisse Ideen-Verwandtschaft zur "Heimwehr" ist nicht zu leugnen. Ferner spielen die Gedanken des Univ. Professors Othmar Spann eine große Rolle. Für eine parlamentarische Demokratie sind keine großen Sympathien vorhanden. Vielleicht kann man hier von einem "Krypto-Neofaschismus" sprechen, nicht aber von einem "Neo-Nazismus", der in Österreich andere Bedeutung (siehe oben) hat. Der "Bund" ist betont österreichisch, aber nicht so extrem wie die "Österreichische Aktion".

c) Personenkreis.

1 a) Rolf West, Gründungsmitglied der USDAF (Hitler-Bewegung) in Österreich. Trat 1934 wegen grundsätzlicher Differenzen aus dieser "Bewegung" aus und schloß sich Starobombigs "Einwehr" an. Dort war er in der Bundesjugendführung tätig, später NF-Landesführer in Salzburg. 1934 in Wien als Generalsekretär der (autonomen) Gewerkschaft der Lederarbeiter. 1938 verhaftet verbrachte er ein Jahr im Konzentrationslager. Während des Krieges soll er vorwiegend in der Slowakei gewesen sein. (Näheres über seine Tätigkeit während dieser Zeit unbekannt). Bei Kriegsende in Verurberg. Knüpft dann Beziehungen zur ÖVP an. Als angeblicher Verfasser eines Berichtes an die Gestapo (gemeint ist wohl der SD) während des Krieges wurde er von der amerikanischen Besatzungsmacht ein Jahr in Camp Marcus W. Co. (Glasbach bei Salzburg) interniert.

Anschrift: Rolf West, Wien IX,
Fußdorfer Straße 36.

1 b) Dr. Roman Hädelmayr, 1931/32 NJ-Gebietsführer von Wien. Herausgeber der "betont-nationalen" Zeitschrift "Der Wiener Student". Gründer des an die NSDAP angelehnten "Völkisch-Sozialen Hilfswerkes" an den Österreichischen Hochschulen. Illegales Mitglied der NSDAP, beruflich im Verlagswesen tätig. Eng mit dem Spania-Kreis verbunden und Mitarbeiter des "Österreichischen Beobachters" (siehe unten). Enge Zusammenarbeit mit Baron von Ketteler, dem von Nationalsozialisten ermordeten Sekretär des deutschen Botschafters in Wien Franz von Papen. Wegen dieser Verbindungen von 1938-45 im Konzentrationslager. Hier wurde Hädelmayr Kommunist - und gehörte mindestens bis 1947 dem Zentralkomitee (ZK) der KPÖ an. Erst seit Anfang 1948 setzte er sich langsam von der KPÖ ab. Zunächst wollte er sich der "Demokratischen Union" (Leiter: Prof. Dobretsberger) an-

schliessen. Dann nahm er einen Posten beim Wirtschaftsbund der ÖVP an. Ausserdem ist er am Verlag "Zeit und Zukunft" (Hauptinhaber: Dürfler) in Wien beteiligt. Häufige Streitigkeiten mit Rolf West, die bisweilen zu einer Trennung führten, sind zur Zeit behebend.

Anschrift: Hermann Hildebrandt, Wien XII, Kolbengasse 54

- c) Hermann R a s l, Mitbegründer der NSJ in Österreich. 1931/32 Mitglied der rechtstehenden-konservativen Hochschulgilde "Ernst Mach". Mitbegründer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes in Österreich, von dem er sich aber bald wieder trennt; Während der Verbotszeit illegales NSDAP-Mitglied. Lange Verbindung zu Othmar Spann, Schüler Adalbert und Rudolf sowie zu Spanns Assistenten Dr. Walter Holzschuh, dem Haupt-Theoretiker der Starckenberg-"Wahrheit". Während dieser Zeit war Rasl in der Vermögensverwaltung des Prinzen Josias Oberg tätig, der die Spanns und ihre Tageszeitung, das "Österreichische Beobachter", finanzierte. 1938 Redakteur beim "gleichgeschalteten" Wiener Wiener Tagblatt; dann Exkurist der Wiener Kunststädter Flugzeugwerke, wo auch andere Spann-Schüler ein Unternehmen gefunden hatten. Während des Krieges trat er in Opposition zur NSDAP. Betätigte sich bei der Widerstandsbewegung. Nach dem Kriege Angestellter beim ÖVP-Wirtschaftsbund.

- d) Dr. Wolfgang S e p a n. Vor 1938 als Österreicher hauptberuflich im Völkerbundsekretariat, Genf, tätig. Lieferte dem Berliner Auswärtigen Amt von dort vertrauliche Berichte. Er galt deshalb als Nationalsozialist. (Er soll aber nur der Form nach (Parteimitglied) Nationalsozialist gewesen sein). Nach dem "Anschluss" wieder in Österreich, dann vom Auswärtigen Amt angestellt: Positionen im Stab des Kulturreferenten, zuerst in Sofia, später in Belgrad.

Anschrift: Dr. Wolfgang Sepan, Wien IX
Lichtensteinstrasse 39.

1 e) Fritz L i c h t e n e g g e r, lang-
jähriges "Heimwehr"-Mitglied, Nationalrat
("Heimblock"), dann Nationalsozialist.
Guter Redner bei keineswegs hervorragender
Intelligenz.

f) Weniger wichtige Persönlichkeiten:

Dr. G u t m a n n, Rechtsanwalt,
Dr. Martin H ü b e r l e, Rechtsanwalt,
Kurt S a c e k, Architekt,
Wilhelm W o n d r u s c h k a, Kaufmann
usw.

D) Heimwehrverbände:

a) "Österreichisches Studentenhilfswerk",
Wien I, Schottenring 19.

Befasst sich vorwiegend mit der Vermittlung
von bezahlten Nebenbeschäftigungen für Stu-
denten. Es wird aber von hier aus auch ver-
sucht, Schlüsselpositionen in der Funktion
Österreichischen Studentenschaft zu besetzen

Leiter ist der Textilhändler Wilhelm
W o n d r u s c h k a (s.o.), Wien II,
Berggasse 29, der über gewisse persönliche
Beziehungen zum Erzbischof-Koadjutor
Dr. Franz J a c h y m von Wien und zum
gegenwärtigen Rektor der Wiener Universität
Prof. Dr. Alfred V e r d r e s, verfügt.

b) Österreichischer Sportverband "Eislerweis".
Tatsächliche - aber unangesehene -
Ziele: Wehrverpflichtung im Sinne der "Heim-
wehr"-Tradition, Erfassung der anti-socialis-
tischen Frontkämpfer.

In Wien verfügt der Verband über 6 000 Mit-
glieder. Leiter ist Dr. Wolfgang S n y a m
(s.o.).

c) Eine nicht mit Namen genannte Saalschutz-
organisation unbekannter Stärke.

Entstehung der Heimwehr-Bewegung.

Zu den Informationen im Abschnitt 2 "Der Österreichische Bund", der sich vorwiegend mit einem Wiederaufleben von "Heimwehr"-Erscheinungen befaßt, ist noch folgendes nachzutragen:

By hand
 Bis zu einem nicht geringen Grad kann auch die "Junge Front", die im Sommer aus der ÖVP ausgeschlossen wurde, als ein Anfang-Beleg für jüngere "Heimwehr"-Kräfte betrachtet werden. Der Bundesführer Nationalrat Dr. Ernst Graf **S t r a c h w i t z** war selbst bei der Heimwehr-Jugend "Jung Vaterland" führend. Seine militant-autoritäre-österreichische Richtung (obwohl ohne Spitze gegen das Kulturdeutschtum) ist heimwehr-ähnlich wie auch seine scharfe Ablehnung der Sozialisten. Die Angehörigen der Frontgeneration, die er sammelte, sind ähnlich zu charakterisieren. Ein Ansatz zu einer Kampfbund-Organisation ist aber nicht vorhanden. Strachwitz hat solche Pläne wohl erwogen. Da er aber trotz früherer militärischer Formen ein Landerer ist, hat er noch nichts Konkretes unternommen.

Kritikenswert ist, daß Strachwitz Anfang 1951 in den Vorstand des "Österreichischen Bundes" besetzt wurde. Damit ist eine Querverbindung zwischen dem beiden, der Heimwehr traditionell nicht fernstehenden Gruppen sichtbar geworden.

In Tirol bemüht man sich, Kriegsteilnehmer und ehemalige "Heimwehr"-Leute - unter Ausschluß ehemaliger Nationalsozialisten - "für alle Fälle" kaderartig zu sammeln, z.B. im "Bund Tiroler Freiheitkämpfer". Diese Aktionen sind lediglich von lokaler Bedeutung.

Zusammenfassung:

Die im Bericht angeführten Gruppen spielen gegenwärtig im Rahmen der österreichischen Innenpolitik eine geringe Rolle. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß die "Heimwehr"-Restoration größere Fortschritte machen wird.

's-Gravenhage, 31 October 1951.

No. : B 120389 *Schutblad is*Betr.: De organisatie van de *veerlijds in*
Nationale Liga.

VII AV 6

OD 2043VERTROUWELIJK

Met dankzegging voor de toezending van Uw rapport U 37618b - C 56 - P2/PS 6 van 5 October 1951, moge ik U verzoeken mij, indien mogelijk, nadere gegevens (personalia) te verstrekken betreffende de onder punt 7 van bedoeld overzicht aangeduide voormalige volgelingen van Mussert, die een bezoek hebben gebracht aan de voormalige SS-Führer Dr Adolf Slawik, leider van de "Nationale Liga" in Oostenrijk.

R.A.


Aan de heer Regeringscommissaris
in Algemene Dienst
Plein 1813 no.4
te
's - GRAVENHAGE.

SPECIALE INSTRUCTIES AAN ACD,
(Slechts bij definitieve opberging in te vullen).

CO 120.386 2043
K


~~ONAFGEDAAN~~

~~Neofacisme / Maxisme
(overgang)~~
in 'tied' stuk

Afd./Sect.: ~~15711 45~~ Dat.: 19.10.51 Par.: 

Interne aanwijzingen ACD.

ACD. 4B Dat.: 19/5/52 Par.:  

3/12/51 

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

1 B, C ~~REC 1~~ ~~12/10/51~~

2 ~~HB 11/5~~
~~B II 10.10.51~~

18.10. ~~B VII~~
16.10.51

3 C.VV ~~30/10/51~~ - ~~gegen C.W.I 30/10.51~~

4 C.VV II ~~gegen C.VV I 30/10/50~~
~~REC. B~~

~~5/13 15711~~

6 October 1951

U 37616a - C 56 - P2/RS 6

R 1233.

~~GEHEIM~~

TN

Land: Oostenrijk.
Onderwerp: Oostenrijkse Nationaal-Socialisten.

Referenties:

6. 471
09. 236 - 01. 141
12 OCT 1951
ACD/120386

OP KAART
ACD/48
DAT: 12/5/52
PAR: RS.

Datum van waarneming: Begin Augustus 1951.

Bron: 30.

Opmerkingen:

SECRET

Verzonden aan:

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68

's-GRAVENHAGE

ÖSTERREICHISCHE NATIONALSOZIALISTEN.**GEHEIM**1. Stefan Schacher Mayer, ehem. Gauinspekteur Oberdonau.

Sch. gehörte zu den vertrauten Mitarbeitern des ehem. Gauleiters Oberdonau August E i g r u b e r, der diesem auch den hohen Rang verschaffte. Von Beruf Mähergeselle. Nicht besonders intelligent und nicht sehr gebildet. Hatte bei seiner politischen Tätigkeit aber ein gewisses Maß von Erfahrungen gesammelt. Es heißt, daß er karrekt und sauber sei. Deshalb geniesst er bei früheren Nationalsozialisten in Oberösterreich ein gewisses Ansehen.

Durch K e r n m a y r kam Sch. mit dem VDU-Führern in Verbindung und bewog zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten in Oberösterreich, bei den Parlamentswahlen 1949 ihre Stimmen dem VDU zu geben.

Seit ca. 1 Jahr hat sich Sch. von Kernmayr völlig getrennt und ist heute dessen erbittertster Feind. Auch hat sich sein Verhältnis zum VDU sehr gelockert. So trat Sch. bei der Bundespräsidentenwahl 1951 für den ÖVP-Kandidaten Gleissner ein. *(Österreichische Volkspartei)*

Gegenwärtig verfügt Sch. über eine kleine Gruppe ehem. Nationalsozialisten, die aber politisch kein Gewicht hat.

Sch. erkennt die Grenzen seiner Fähigkeiten nicht.

2. Dipl. Ing. Karl K o w a r i k.

Gehört zu den ersten Österreich. HJ-Mitgliedern und nahm vor der Verbotzeit eine leitende Position dort ein. Zuletzt (1933) führte er das damalige Obergebiet Österreich. Während der Verbotzeit mußte er nach Deutschland fliehen. 1938 kehrte er als Führer der österreichischen HJ zurück. Während des Krieges zeitweise eingesetzt; zuletzt in Rang eines SS-Sturmbannführers und Batl. Führer.

Im Internierungslager Glasenbach kam er eng mit dem Kernmayr-Kreis in Kontakt, dem er trotz starker persönlicher Reserven auch heute noch nahesteht.

K. geniesst bei der ehem. Österr. HJ und zahlreichen anderen Nationalsozialisten ein sehr hohes Ansehen. Besondere politische Qualitäten hat er nicht, doch versteht er durch geschicktes Schweigen über seine Schwächen hinwegzutäuschen. Zweifellos hat sein Ansehen durch verschiedene Aktionen Kernmayrs, bei denen sich dieser dessen Namen bediente, sehr gelitten.

Ofters spannte Kernmayr K. für seine Zwecke ein. Heute steht Kowarik aber ziemlich abseits der Innenpolitik und bemüht sich, in Linz eine Existenz aufzubauen. Wegen seines guten Namens bei den ehem. Nationalsozialisten bemüht man sich jedoch, ihn für eine Mittelbewegung zu gewinnen.

Charakterlich soll er einwandfrei sein.

Bagl. Nachrichtendienst hat K. seit seiner Freilassung für div. amerikanischen Stellen gearbeitet, jedoch kam es Sommer 1949 wegen seiner innenpolitischen Belastungen zum Bruch.

Die von seinen Gegnern aufgedeckte Verurteilung wegen Unterschlagung geht auf seine frühe Jugendzeit zurück, in der er - wie erwähnt - völlig ziellos aufwuchs. Unbändiger Geltungsdrang. Versucht sich stets an die erste Stelle zu spielen. Sehr indiskret.

1.8.51

1-1
Friedrich Heiss.

Langjähriger Herausgeber der Monatsschrift "Volk und Reich". Gehörte dem engsten Kreise Himmleers an. Letzter Dienstrang: SS-Standartenführer.

H. galt als ausgezeichnete, nicht immer sauberer Geschäftsmann und hatte sich bei Kriegsende ein Vermögen von ca. 9 Millionen RM erworben.

Nach seiner Internierung ging der Reichsdeutsche Heiß nach Österreich. Es gelang ihm, dort Fuß zu fassen. Er schuf sich gute Beziehungen zur ÖVP und war 1949 maßgeblich an den Verhandlungen ehemaliger Nationalsozialisten mit ÖVP-Funktionären in Oberweis beteiligt. Seine politischen wie wirtschaftlichen Pläne führten zu keinem Erfolg. Vor allem mißlang sein großes Projekt, die thüringische Spielzeugindustrie im Salzkammergut neu aufzubauen.

Schließlich scheint sich Heiß immer in mehr zweifelhafte Geschäfte eingelassen zu haben, sodaß er wegen Verdachtes des Betruges und der Unterschlagung vom Landesgericht Linz verhaftet wurde. Die wenigen Freunde Heiß', die ihn trotz zahlreicher Angriffe lange Zeit gestützt hatten, haben sich von ihm völlig zurückgezogen. Heiß ist heute politisch und wirtschaftlich tot.

Dem Vernehmen nach wird er versuchen wieder in Deutschland Fuß zu fassen.

Erich Kernmayr - gen. **Erich KERN** -, Schriftsteller, Gmunden, Oberösterreich. (Nicht zu verwechseln mit dessen Vetter **Hans Gustl Kernmayr**, der gleichfalls Schriftsteller und Drehbuchautor ist).

Aus armer Grazer Familie. Verlor frühzeitig seinen Vater und wuchs sehr frei auf. Bereits in der Mittelschulzeit (Mittelschule nicht beendet) politisch tätig. Radikal. Schließlich bei der kommunistischen Jugendbewegung. Später heftiger Gegner des Kommunismus und Beitritt zur NSDAP, der er auch während & der Verbotszeit 1933-38 angehörte. Wegen illegaler Tätigkeit zeitweise inhaftiert.

Als Mitarbeiter der Essener "Nationalzeitung" 1938 vom "Reichsstatthalter" Bürkel in das Gaupresseamt Wien berufen und später von Bürkel als Gaupresseamtsleiter nach Elsass-Lothringen mitgenommen.

Während des Krieges Angehöriger der SS-Kriegsberichterabteilung (SS-Standarte "Kurt Eggers"). Teilnahme an Feldzügen im Osten und Südosten. Zwischendurch in Elsass-Lothringen tätig. Letzter Dienstgrad: SS-Obersturmführer. EK 1.

Im Interniertenlager Glasenbach leitete Kernmayr 1946/47 die Kultur- und Presseabteilung. Betrieb dort scharfe Propaganda gegen Kommunismus. Aus dieser Zeit hat sich Kernmayr bei den österreichischen Nationalsozialisten, die in der Masse in Glasenbach interniert waren, einen gewissen Namen gemacht. Damals schuf er sich auch Beziehungen zur U.S. Besatzungsmacht (CIC).

Nach seiner Freilassung schrieb K. das Buch "Der große Rausch eine Art Reportage über den Balkan- und Ostfeldzug, das in Österreich einen publizistischen Erfolg hatte und stark zur Popularität K.'s beitrug. Seine weiteren Publikationen "Hers im Stacheldraht", "Das andere Lidice" sowie "Das harte Leben" hatten nicht annähernd den gleichen Erfolg.

Seit 1948 politisch tätig. Gehört in gewissem Sinne zu den Initiatoren des "Verbandes der Unabhängigen" (VdU). In seinem Hause arrangierte er eine Zusammenkunft zwischen Dr. Kraus (Leiter des VdU) und einigen ehemals führenden Nationalsozialisten wie z. B. Stefan Schachermayer (ehem. Gaupresseur von Oberdonau) und dem ehemaligen Führer der österreichischen HJ Dipl. Ing. Karl Kowarik. Später trennte sich Kernmayr wieder vom VdU, da weder Kraus noch Weimann auf seine Ratschläge hörten und vielfach eine seinen Interessen diametral entgegengesetzte Personalpolitik betrieben. K. wandte sich sehr der SPÖ zu und kam auch in unmittelbarem Kontakt mit deren Parteiführer Vizekanzler Dr. Schörf und Parteisekretär Dr. Pittermann. Auch dieses gute Verhältnis dauerte nicht lange. Wahrscheinlich war K. zu wenig diskret.

In letzter Zeit versuchte K. unter dem Namen "Revolutionäre Sozialisten" eine eigene Partei aufzuziehen, fand aber wenig Interesse. Wegen seiner Betriebsamkeit und seiner extremen Schwankungen habe er auch stark an Ansehen unter den ehemaligen Nationalsozialisten verloren. Er stützt sich heute auf einen sehr kleinen Anhängerkreis.

~~ONAFGEDAAN~~

kanen o.k. (viele aan-
lijenig. (zie tekening))

~~Er is in de...~~

afdeling in de Neoplasma / (maximaal
c. 2000)

Afd./Sect.: *CVV*

Dat.: *23-10-57*

Par.: *[handwritten initials]*

Interne aanwijzingen ACD.

ACD. *4c*

Dat.: *31/3/57*

Par.: *[handwritten initials]*

3/12/51 *[handwritten initials]*

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

C 8 B

ACD. 2/10/57

1) CVV I - spec. CVV I 16/10.57

2) CVV III - spec. 23/10/57

3) B z.k.

4) B VII. Vermoedelijk op het terrein SB 29.10.57

5/12 13/11

Ad.

D.O. 12033.

Op kaart te brengen:

1. LUZURIC, J. Slaaf, Spanje

Mutatie: J. Sl. emigrant in Spanje. ¹⁹⁴⁸ ~~1948~~
met PUSIC en HOZJA de lidning van de Mlatskali-beweging
in Spanje. Onderhoudt direct contact met PAVELIC in An-
guntinii (AdB/12033)

2. PUSIC, MARJAN, J. Slaaf, Spanje

Mutatie: J. Sl. emigrant in Spanje. ¹⁹⁴⁸
met LUZURIC en HOZJA lidning van de Mlatskali-beweging
in Spanje. * Hoornalij ~~litter~~ Mlatskali-ovrsta en ^{litter} ~~litter~~ over
lidning van het "J. Knizhtinik" (Stora J.) der Mlatskali in
München (AdB/12033)

3. HOZJA, J. Slaaf, Spanje, voornamelijk fascistisch.

Mutatie: J. Sl. emigrant in Spanje. ¹⁹⁴⁸
met LUZURIC en PUSIC lidning van de Mlatskali-beweging
in Spanje (AdB/12033).

4. KAVRAN, J. Slaaf, Spanje

Mutatie: J. Slav. emigrant in Spanje.
Lidder Mlatskali-beweging, betrouwt met communistische hindo-
sche studenten van de universiteit in Zagreb, die na
de Britse capitulatie met J. Sl. in verbinding (AdB/12033).
Is in J. Sl. in de dood veroordeeld (AdB/12033).

5. ARTUKOVIC, DR. ANARIJA, J. Sl., Yug. Slab.

Mutatie: J. Sl. emigrant in U.S.A. ¹⁹⁴⁸
Hoornalij Min. v. Binn. Zaken in de regering Partalia.

L.O.L.

Sadat 1948 ~~was held as a migrant~~ born F.B.I. in Los Angeles
jaarrested, naar in U.S. migrant uitruigen in Amerika
hadt aangemomen of me verrek om mit lewening van de
U.S. regering (Oct/1960).

R,236

~~GEHEIM~~
DN

Land: Kroatië (Joegoslavië)

Onderwerp: 1. Kroatische emigranten uit de "Ustaschi"-beweging in Spanje.
2. De arrestatie van de vroegere Kroatische Minister Artukovic in de Verenigde Staten.

Referenties:

08.12
09.29.1-09.53
08.12
09.29.1-09.26
06.284
09.29.1

Datum van waarneming: Vóór 19 September 1951.

12 OCT 1951
ACD/120303

Bron: 30

4c
31-3-52
3

Opmerkingen:

SECRET

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68

's- GRAVENHAGE

GEHEIMKROATISCHE EMIGRATION.1. "Ustaschi"-Bewegung in Spanien. OK

Spanien ist das Zentrum der "Ustaschi" (aktivistische Pavelic-Anhänger) für Europa. Es wird von Luburic, Pusić und dem muslimanischen Geistlichen Hodža geleitet. Der ehemalige Ustaschi-Oberst Marjan Puhic leitete bis Dezember den "V.Kriegsbezirk" (Stoser V.) der Ustaschi in München.

In Spanien ist auch das Zentrum der Militärorganisation der Ustaschi, die sich aus sechs Stoser ("Kriegsbezirke") zusammensetzt, die sich über Europa und Vorderasien verteilen. Jeder "Kriegsbezirk" hat etwa die Bedeutung eines Regiments. Es sind zuständig:

- | | |
|----------------|------------------------------|
| 1. Stoser..... | für die Ustaschi in Italien, |
| 2. Stoser..... | " " " in Österreich, |
| 3. Stoser..... | " " " in Frankreich, |
| 4. Stoser..... | " " " in Belgien, |
| 5. Stoser..... | " " " in Deutschland, |
| 6. Stoser..... | " " " in Nahen Osten. |

Luburic unterhält den unmittelbaren Kontakt mit Pavelic in Argentinien.

In der Nähe von Madrid existiert eine terroristische Schule für Ustaschi-Angehörige, die nach dem Muster von Jaska Pusta organisiert ist. Sie hat kaum 30 Schüler, zumeist Studenten, die nach der deutschen Kapitulation aus Jugoslawien flohen. Sie gehörten vormals der juristischen Fakultät in Zagreb (Agram) an, deren Studenten während des 2. Weltkrieges zu 80 Prozent Ustaschi-Anhänger waren. Führer dieser Ustaschi-Gruppe ist der in Jugoslawien zum Tode verurteilte

Avran.

2. Verhaftung des ehemaligen kroatischen Ministers Artukovic.

Die kürzlich erfolgte Verhaftung des Dr. Andrija Artukovic, der als Innenminister der Regierung Pavelic angehörte, durch das amerikanische FBI in Los Angeles, löste in der gesamten kroatischen Emigration Bestürzung aus.

Seit 1948 lebte Artukovic mit seiner Familie als Emigrant in den Vereinigten Staaten, wo er sich gute Verbindungen zu amerikanischen Behörden - vor allem zum State Department - verschafft haben soll. In der kroatischen Emigration galt er bereits als "Verbindungsmann" zu den USA.

Die plötzliche Verhaftung Artukovic', die auf ein Auslieferungsbegehren der jugoslawischen Regierung zurückgeführt wird, erweckt nun bei den Kroaten die Befürchtung, daß Kroaten - man spricht in Emigrantenkreisen sogar vom "kroatischen Volk" - bei der Verständigung zwischen Jugoslawien und den Vereinigten Staaten geopfert werden.

Infolge solcher Maßnahmen werden sich, so wird in Emigrantenkreisen angenommen, die Kroaten noch stärker in der radikalen Richtung orientieren. Hatte doch der argentinische Staatschef Peron den jugoslawischen Antrag, der die Auslieferung Pavelic' forderte, abschlägig beschieden. Der in Argentinien lebende Pavelic' wird von Peron bekanntlich sehr stark unterstützt.

UITTREKSEL

Uit : OD 2073

Naam: WERKGEMEENSCHAP NEDERLAND DUITSLAND.

Voor : OD 2043

Naam: NEO FASSISME/NAZISME.

Ag. nr: 117279

Afz. : A

Datum: 29-8-51

Aard van het stuk: Aanbiedingsbrief "Der Widerhall".

In West-Duitsland, München, wordt een Neo-fascistisch maandblad uitgegeven genaamd "Der Widerhall".

Uitgetr. door: J.v.D.

Op aanwijzing van: B VII

Datum: 9-5-52

~~ONAFGEDEAN~~

aanvang
Neo-Fascisme

bergt in OD
Nazi-bewegingen in Duitsland
na de 2de Wereldoorlog.
Maar in de getroude OD nog niet bestaat
dit aan te leggen

Afd./Sect.: CVV^{II} Dat.: 27.8.51 Par.: *me*

Interne aanwijzingen ACD.

Alle nummers OK
argk... *Berna* jongste *Leest* *beheer*
nie *19* *knit* *oet* *Daarna*
in OD 1243 *met* *3*
ACD. *42* Dat.: 4.7.52 Par.: *se*

3/10/51 *13*

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

- 1 C - B.t.k. *ACD 27/8/51*
- 1/2* *23/8/51* *CVV* *aan* *BID* *aan* *op* *retour* *van* *de* *CVV*
- CVV* *CVV* *II* *a* *in* *BID* *ingelicht* *CVV* *II* *27.8.51*
- C B A.t.v.
- 2 *B III* *5-9-51*
4.9.51
B III (Heeft de Bond der Verfolgden des Naziregimes iets
niet te staan met de Vereniging der Verfolgden des Nazi-
regimes? *B III 5-9-51*)
- 3 *B III* *D. B.V.N.* is een organisatie van niet communistische
1-7-51 verzetsaanhouders die niet van de V.V.N. afgescheiden hebben. De
B.V.N. onderhoudt s.m. contact met de N.V.E.P.G. h.t.l.
Peter Lütjens is landelijk voorzitter.
- 4 *CVV* zie aanl 3) hierna *CVV* *II* *5.9.51*
ACD. *af* *2* *dat* *hier* *in* *al* *1*
CVV *II* *19.9.51*

5- H. Van B. Hebt a handkerchiefs
with one arg. Hoja, ganne
metait Co Van et. Geo. H. 1851

5/13 11
1/12

43 K



CVV II/J. 2+1

CO 116519
3 September 1951

No. : 116519
Bijl.: 1

VERTROUWELIJK.

Betr.: leidende personen van de
Sozialistische Reichspartei in
Nieder-Sachsen

UITGEBEKT

Hierbij heb ik de eer U Hoogedele-
gestrenge aan te bieden een fotocopie van
een lijst van leidende personen van de
Sozialistische Reichspartei in Nieder-
Sachsen.-

R.A.

Aan de Heer Regeringscommissaris
in Algemene Dienst
Plein 1813 No. 4
's G r a v e n h a g e . -

CVV II/J. 2+1

MINISTERIE VAN
BINNENLANDSE ZAKEN

CO 116519

's Gravenhage, 3 September 1951
Javastraat 68.

4 SEPT 1951

No. : 116519
Bijl. : 1

VERTROUWELIJK.

Betr. : leidende personen van de
Sozialistische Reichspartei
in Nieder-Sachsen.-

Hierbij heb ik de eer UHoogedelgestrenge aan te
bieden een fotocopy van een lijst van leidende personen van
de Sozialistische Reichspartei in Nieder-Sachsen.-

HET HOOFD VAN DE DIENST,
Voor deze,

Aan de Hoogedelgestrenge Heer
Majoor W.C.H. van Reede
Hoofd Sectie II, Generale Staf K.L.
Juliana Kazerne - Clingendaal
's Gravenhage. -

Mr K. E. BRESLAU

UITZENDING

PROCUREUR - GENERAAL
FGD. DIRECTEUR VAN POLITIE
TE 'S-HERTOGENBOSCH

'S-HERTOGENBOSCH, 21 Aug. 1951.

Afd. No. 491-pol.
Kab.

Bijl. 3.

GEHEIM.

Betreffende: Sozialistischen Reichspartei
Niedersachsen.

Ter kennisneming en beschikking
doorgezonden aan het Hoofd van de
Binnenlandse Veiligheidsdienst,
Javastraat 68, te 's-Gravenhage.

De Procureur-Generaal,
fgd. Directeur van Politie

A.H.M.H. Receveur
A.H.M.H. Receveur. a.g.

OP KAART
ACD/4e
DAT: 2-7-52
PAR: <i>dy</i>

6.171
09.232- *01.203*

22 AUG 1951
ACD/116-519

Maastricht, 18 Augustus 1951.

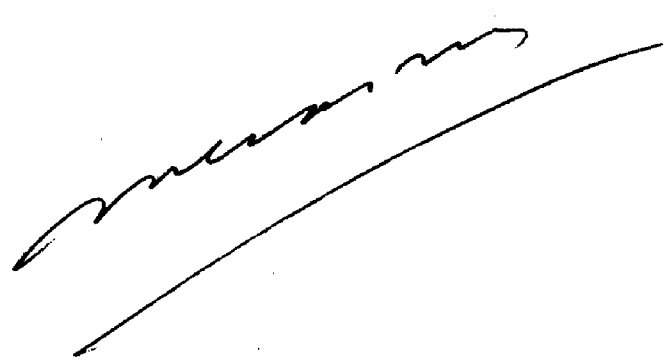
No. 1171 Dienstgeheim.

Betreffende: Sozialistische Reichspartei
Niedersachsen.

Procureur-Generaal Fgd. Directeur van Politie Ingekomen: 21 Aug 51 Afd. Hal. No. 401/51
--

Ik heb de eer UEGA hierbij te doen toekomen een lijst van leidende personen van de Sozialistische Reichspartei in Niedersachsen.

De Inspecteur A
M. Erasmus



De
Heer Procureur-Generaal,
fgd. Directeur van Politie
te

s-Hertogenbosch.

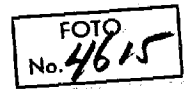
Bund der Verfolgten des Naziregimes

Der Bundesvorsitzende

Für E. aus M.

DÜSSELDORF, den 10. August 1951
Haroldstraße 1
Fernruf 24602

287-5009-294-138-174-271a



- An die Mitglieder des Bundesvorstandes,
An die Landessekretariate in der Bundesrepublik mit Einschluß
von Berlin und Saar,
An die BVN-Kameraden im Bundestag, im Bundesrat, sowie in den
Parlamenten der Bundesländer.

Verzeichnis von führenden Mitgliedern der "Sozialistischen
Reichspartei" (SRP) in Niedersachsen.

Indem ich beigeschlossen ein Verzeichnis von führenden Mitglie-
dern der SRP überreiche, füge ich folgende Bemerkung hinzu.

1. Aus diesem Verzeichnis ergibt sich eindeutig, daß sich die Arbeiterschaft der SRP fernhält.
2. Die Liste läßt auch nicht erkennen, daß sich die Vertriebenen zur SRP bekennen.
3. Die Aufstellung erinnert vornehmlich an die ehemalige NSDAP. Was sich damals zu dem braunen Scharlatanen bekannte, das scheint jetzt den Weg zu Remer und Genossen gefunden zu haben.

gez. Lütsches

1 Anlage

Herrn
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Verzeichnis von führenden Mitgliedern der SRP
von Niedersachsen

Abel, Hinrich ; Bauer	Brettorf Nr. 5
✓ Ackermann, Bernhard; Rundfunkreporter	Waggum, Krs.Braunschweig, Nr. 67.
✓ Albers, Peter; Bauer	Buchholz Kreis Harburg, Steinstr. 2
✓ Allers, Dietrich; Oberregierungsrat	Buxtehude, Breitestr. 4
✓ Arndt, Gerhardt; Landwirt, M.d.L.	Woltershausen-Hornsen Krs. Alfeld/Leine, Nr. 26
✓ Appelhoff, Lübbert; Landwirt	Theener, Kreis Norden.
✓ Bakker, Lüppe; Landwirt	E m d e n
✓ Bauerschäfer, Walter; Oberst a. D.	Braunschweig, Hänselmann- straße 2
✓ Bergmann, Friedrich; Auktionator	Hess.-Oldendorf, Bergstr. 27
✓ Berkenbusch, Willi; Bauer	Deitersen, Kreis Einbeck
✓ Bielefeld, Heinrich; Bauer	Oldenburg, Wehdestr. 77
✓ Billig, Heinz; Berufssoldat a. D.	Hannöver-Wülfel, Am Mittelfelde, bei Flegel
✓ Blumenthal, Ottomar	Hohenrode Nr. 98
✓ Dr. Bock, Ernst; Grundstücksmakler	Hoyerhagen
✓ Brammer, Helmut; Hauptlehrer	Hohne bei L., Nr. 15
✓ Briesenick, Kurt; Krankenpfleger	Braunschweig, Laffertstr. 4
✗ Cabolet, Servais; Landwirt	Warstade Nr. 155
✗ Bergmann, Hans; Mittelschullehrer	Wilhelmshaven, Werftstr.29
✓ Cizelsky, Erich; Bauer	Erpen 8
✓ Close, Josef; Bergbauangestellter	Bettingerode über Bad Harzburg, Nr. 14
✓ Collatz, Hans; Verlagskaufmann	Hülsen a. d. Aller, Nr.14
✓ Dieterle, Walter; Ingenieur	Celle, Karolinenstr. 5
✓ Dörffer, Wilhelm; Zimmerpolier	Holzminden, Fürstenbergerstr. 59
✗ Dr. Dorls, Fritz; 1. Vorsitzender SRP M.d.B., M.d.L.	Hannover, Gneisenastr. 67
✗ Druck, Wilhelm; techn. Kaufmann M.d.L.	Braunschweig-Riddagshausen, Klostergang 66
✓ Engelke, Ernst; Oberst a.D.	Hannover, Walderseestr. 25/26

↙ Engels, Gunther; Rechtskandidat	Oldenburg, Nadorsterstr. 159
↙ Ernsting, Erwin; Automechaniker	Hannover, Lampestr. 6
↙ Falck, Wolfgang; Student	Brake/Unterweser, Mitteldeichstr. 9
↙ Flegel, Johann; Schlossermeister	Großenheidorn
↙ Flüge, Ernst; Regierungsinsp. a.D.	Wolfenbüttel, Leopoldstr. 9a
↙ Friedrich, Alfred; Major a.D.	Hildesheim, Goslarschestr. 39
× Finke, August; Oberregierungsrat a.D. Landesvors. SRP Niedersachsen, M.d.L.	Oldenburg, Ulmenstr. 51
↙ von Gerlach, Irmfried; Oberstlt.a.D.	Warstade/N.E. Nr. 45
↙ Gern, Paul; Lehrer	Bellen über Rotenburg
↙ Gause, Gertrud; Hausfrau	Wietzendorf Nr. 2o7
↙ Dr. med. Geletnecky, Gerhard; Arzt	Hameln
↙ Gerns, Gert; Landwirt	Langenhagen, Walsroderstr. 58
↙ Giesecke, Gustav; Bauer, M.d.L.	Lobmachersen Nr. 33
↙ Goldbach, Paul; Landwirt	Kassau Kreis Dannenberg, Nr. 6
↙ Gundlach, Rudolf; Kaufmann	Drakenburg/Weser, Nr. 43
↙ Großkreutz, Hermann; Elektriker	Osnabrück, Krahnstr. 5
↙ Haymann, Gottfried; Oberstlt. a.D.	Herzberg/Harz, Andreasbergerstr. 9
↙ Heinecke, Heinrich; Bauer	Lehre Nr. 33
↙ Heisecke, Rudolf; Handelsvertreter	Hannover, Ostwendestr. 12
× Heinze, Gerhard; Major d. Schutzpol. a.D.	Oldenburg, Würzburgerstr. 1o
× Henn, Herbert; Glastechniker	Oldenburg, Humboldtstr. 18
↙ Hentze, Günther; Techniker	Wilhelmshaven, Weserstr. 32
↙ Hillebrecht, Helmut; Kraftfahrz.- Schlosser, Betriebsrat (Im Aug. 195o aus der SRP ausgeschieden)	Wolfsburg, Goethestr., Ledigenheim
↙ Holzhausen, August; Vertreter	Oldägsen Nr. 35, Kreis Einbeck
× Hopp, Wilhelm; Landwirt, M. d. L.	Nindorf 13, Post Visselhövede

✓ Horst, Rudolf; staatl. gepr. Landwirt	Hitzacker, Wife II
✓ Hottendorf, Hinrich; Landwirt	Lintig, Haus Nr. 86
✓ Thorst, Heinrich; Landwirt	Kleinbrockdorf über Lohne i. O.
✓ Jungmann, Hugo; Anwaltsbürovorsteher	Lüneburg, Bleckeder Landstr. 48
✓ Kaiser, Hannes; Masch.-Techniker	Braunschweig-Kalenriede Eichendorfsiedlung, Block 6
✗ Kewer, Franz; Dentist, SA-Brigadeführer a.D., Referent für Ver- triebenenfragen in der SRP, M.d.L.	Heeslingen 38 über Zeven
✓ Klee, Oskar; Bankdirektor i. W.	Goslar/Harz, Bäckerstr. 1
✓ Klein, Otto; Schneider	Peine, Jägerstr. 37
✓ von Klot, Anneliese, Hausfrau	Visselhövede, Marktplatz 13
✗ Knoke, Heinz; Schriftsteller, M.d.L.	Jever i. O., Rahrdun
✓ Koch, Hermann; Dipl.-Landwirt u. Bauer	Oelkerhusen Nr. 1 Gemeinde Ohrel
✓ Köhne, Friedrich; Buchbinder	Osnabrück, Blumenhaller Weg 23
✓ Dr. Krause, Werner; Verwaltungsrechts- rat	Hannover, Erwinstr. 2
✓ Kropp, Hermann; Innenarchitekt	Bassum, Bremer Str. 31
✓ Dr. Krüger, Wilhelm; Landwirt	Oetzen, Krs. Uelzen
✓ Prof. Dr. Krüger, Gerhard; 3. Bundesvors. SRP, Referent f. Kultur- und Volkspolitik	Bisperode bei Hameln
✓ Looff, Hans-Joachim; Landwirt	Coppenbrügge 175, Kreis Hameln Land
✓ Lüdecke-Stielau, Conrad; Landwirt	Bettmar
✓ Lührs, Wilhelm; Landwirt	Drittgeest, Gemeinde Hein- mühlen, Kreis Wesermünde
✓ Lüssmann, Wilhelm; Kaufmann u. Bauer	Wolthausen Nr. 71
✓ Mair, Ludwig; Ingenieur	Salzgitter-Lebenstedt, Saldersche Str. 54
✓ Manns, Adolf; Schriftleiter	Quakenbrück, Hasestr. 24
✓ Matthaei, Walter; Dolmetscher	Bückeburg, Georgstr. 17
✗ Matthaei, Kurt; Regier.-Präs. a.D.	Lüneburg, Hohe Luft 24
✓ Meise, Hans-Ludwig; Kaufmann	Herzberg/Harz, Hindenburgstr. 60
✓ Meyer, Adolf; Bäckermeister	Luthe Nr. 120
✓ Müller, Fritz; Stadtrat a. D.	Bettingerode Nr. 21, über Bad Harzburg

- ↘ Nahrath, Raoul; Kaufmann Varel, Steinbrückenweg 15
- ✗ Neumann, Horst; Journalist Wennigsen, Bergstr. 1
- ✗ Ostermann, Ernst; Bauer, M.d.L., Referent f. Agrarpolitik i.d. Ohlendorf 5
SRP
- ↘ Pape, Hans; Bankangestellter Zeven, Eberhorst 3
- ↘ Perner, Hans Nikolaus; Elektromeister Oldenburg i/Oldenburg
- ↘ Pohlmann, Wilhelm; Tischler Lauenstein, Rennberg 83
- ↘ Prejawa, Karl; Bankbeamter Melle, Grönenberger Str.63
- ↘ Prigge, Karl; Fabrikant Stedorf, Bahnhofstr. 110
- ↘ Dr. Quandt, Herbert; Dipl.-Volkswirt Fraktionssekretär SRP im Landtag. Soltau, Hagen 11
- ✗ Rabeler, Gustav; Landwirt Reinstorf
- ↘ Rademacher, Kurt; Handelsvertreter Visselhövede
- ↘ Radlinger, Engelbert; Delmenhorst, Kirchplatz 16
- ↘ Rehkop, Friedrich; Kaufmann Dransfeld, Felsenkeller
- ↘ Rodatz, Johannes; Kaufmann Lüneburg,
Bleckeder Landstr. 31
- ↘ Schreiber, Max; Geschäftsführer Westerstede
- ↘ Schiele, Charlotte; Hausfrau Hannover, Peiner Str. 61
- ↘ Remer, Otto-Ernst; General a.D., Varel i.O.,
17446 2. Vorsitzender SRP Lohstr. 3
- ↘ Dr. Richter; M.d.B., Mitglied d. Parteiluthe über Wunstorf
rates der SRP
- ✗ Dr. Schrieber, Friedrich Karl; Rechtsanw., M.d.L., Referent f. Staatsrecht in der SRP Scheessel, Kreis Rotenburg/Hannover
- ↘ Seffrin, Friedrich; kaufm. Ang. Landringhausen 53
- ↘ Sprengel, Friedrich; Bäckermeister Wennigsen
- ↘ Springer, Ernst-Wilhelm; Techn.Kaufm., M.d.L. Osnabrück, Bierstr. 32
- ↘ Sporleder, Arnold; Kaufmann Winsen/Luhe
Luhdorferstr. 29
- ↘ Strehlau, Willi; Maurer Neetze
- ↘ Struzyna, Hellmut; Zahntechniker Alfeld, Göttinger Str. 40
- ↘ Stolle, Erich; Angestellter Remels/Ostfriesland
- ↘ Stührmann, Ernst; Arbeiter Dorfmark/Hann.,
Schulstr. 3

✓ Tegtmeier, Wilhelm; Professor	Nethen i.O.
✓ Trapp, W. Heinz; Fahrlehrer	Verden/Aller, Lugenstein 9
× Trauernicht, Theodor; Bauer, M.d.L.	Ostersander Nr. 4
× Vahldiek, Hermann; Bäckermeister, M.d.L.	Braunschweig, Wilhelm-Bode-Str. 6
✓ Vick, Amandus; Landwirt	Rönne Nr. 9, Kreis Harburg
✓ Vinar, Franz; Kraftfahrer	Westerstede, Peterstr. 10
✓ Walter, Gerhard; Industriekaufmann	Bergen/Dumme, Breitestr. 81
✓ von Wangenheim, Eleonore; Hausfrau	Bückeburg, Lülingstr. 6
✓ Warnecke, Herbert; Ingenieur	Hannover, Peiner Str. 61
× Weiß, Herbert; Schriftleiter	Westen Nr. 98, Kreis Verden
× Dr. Werner, Walter; Landwirt	Giesselhorst/Westerstede, Post Oldenburg
× Graf Westarp, Wolf; 4.Vors.d.SRP, SRP- Fraktionsführ.i.Landtg. M.d.L.	Hannover, Fichtestr. 29 (Tel. 57147)
✓ Wolski, Willi;	Bad Pyrmont, Kantstr. 25

SPECIALE INSTRUCTIES AAN ACD,
(Slechts bij definitieve opberging in te vullen).

ONAFGEDAAN

bro. heb. facsimile
in het aandr. op stuk

waars me
oecoupling
↓
50 2043

✓ CO 115473
✓ 121177
OR
50/2043

Afd./Sect.: BTII

Dat.: 6/11/51

Par.: [handwritten mark]

Interne aanwijzingen ACD.

ACD. 46

Dat.: 2/5/51

Par.: [handwritten mark]

(K)

31/10/51 [handwritten mark]

Aantekeningen (Nummeren s.v.p.):

~~B. VII~~
9/10.51

ACD 46 15.10.51

~~B. VII~~
26.10.51

31/10. brief aan M.D.

~~g. k.~~

ACD berging derzelve moelijk te bevestigen -
~~...~~ kunt u berging aangeven?

30/10. Brief aan B.V.D.

~~B. VII~~ Verreke BERGING - 1/11 - aanv. verzoek voldaan 16.11.51

~~...~~ 12/11
ACD 13/11

's-Gravenhage, 31 October 1951.

No. : B121177

Betr.: Uw schrijven dd. 30-7-1951,
no. U 36104b - C 56 - P1/PS 6

VII AV 35

UITGEBEKT

VERTROUWELIJK

In antwoord op Uw bevenaangehaald schrijven moge ik U mededelen:

1. Door de N.V. Westerhoven & Co, gevestigd te Sassenheim, Zandslootkade 14, wordt een handel in bloembollen gedreven, uit hoofde waarvan handelsbetrekkingen met Duitsland worden onderhouden.
2. Directeur van voornoemde N.V. is Jacob Petrus Westerhoven, wonende Jan van Henegouwenweg 10, godsdienst R.K.. Van hem is niet bekend, dat hij neo-nationaal-socialistische sympathieën koestert. Hij is geen lid geweest van de N.S.B. of haar nevenorganisaties.
3. Door de voormalige P.R.A. te Leiden was tegen de N.V. Westerhoven & Co terzake collaboratie proces-verbaal opgemaakt. Dit is echter geseponeerd.

R.A.

Aan de heer Regeringscommissaris
in Algemene Dienst,
Plein 1813 no. 4
te
'S - GRAVENHAGE.

Betreft gebruiker auto,
gekenmerkt H.X. 35235.

20 October 1951.

Antwoord op schrijven van het
Ministerie van Binnenlandse Zaken
d.d. 13-10-1951, nr. 115473.

OP KAART
ACD/46
DAI: 2/5/FL
PAR: 1

06.397 091-09.232.

06.397 25 OCT 1951 D

ACD/121174

VERTROUWELIJK.

In antwoord op boven aangehaald schrijven is dezerzijds een vertrouwelijk onderzoek ingesteld naar de gebruiker van auto H.X. 35235, waarbij het volgende is gebleken. - - - - -

Het letter en nummer H.X. 35235, is afgegeven aan Westerhoven en Co, N.V., zaakdoende te Sassenheim, Zandslootkade 14. Directeur van deze N.V. is Jacob Petrus Westerhoven, thans wonende te Noordwijk, Jan van Henegouwenweg no. 10. J.P. Westerhoven, heeft nimmer in Sassenheim gewoond. Voorheen woonde hij in Voorhout.

De hier bedoelde J.P. Westerhoven, is Rooms-Katholiek. In de zakenwereld staat hij als "Onbetrouwbaar" bekend. Hij heeft surséance van betaling aangevraagd.

Hij is geen lid geweest van de N.S.B. of nevenorganisatie der N.S.B. De persoon J.P. Westerhoven, komt in de administratie van de voormalige P.R.A. te Leiden niet voor.

tegen de firma "Westerhoven en Co. N.V."

is door de P.R.A. te Leiden, proces-verbaal opgemaakt terzake collaboratie. Dit proces-verbaal is echter geseponneerd.

Door Westerhoven en Co N.V., wordt een handel in bloembollen op Duitsland gedreven.

Het is niet bekend, dat Westerhoven thans sympathiseert met een neo Nationaal-Socialistische party. Omtrent de levenswandel van J.P. Westerhoven, is te Sassenheim niets bekend. Hij komt in de politie administratie te Sassenheim niet voor.

R.P. Leiden

*Ok
onder
verwijzing
berijpt*

15 OCT 1951

MINISTERIE VAN
BINNENLANDSE ZAKEN

's-Gravenhage, 13 October 1951

No. : B 115473

UNGEBOEKT

Betr.: Gebruiker auto,
gekenmerkt HX-35235.

VII AV 3

VERTROUWELIJK

Naar mij werd gemeld is op 13 Juli j.l. te Schutterf (Kreis Bentheim - West-Duitsland) getracht een vergadering te beleggen van de Sozialistische Reichs Partij (S.R.P.). De politie verhinderde aldaar het optreden van deze neo-nationaal-socialistische partij.

Westerhagen
In de naaste omgeving van de vergaderplaats parkeerde een Nederlandse auto, gekenmerkt HX-35235. Dit kenteken is afgegeven aan Westerhage & Co, Teylingerlaan no. 7A te Sassenheim. Het is echter niet zeker, dat de gebruiker van bedoelde auto met de vorengenoemde gebeurtenis iets uitstaande heeft.

Ik moge U verzoeken mij wel in kennis te doen stellen van de politieke gezindheid van betrokkene en eventueel andere van belang zijnde inlichtingen.

HET HOOFD VAN DE DIENST.
M k Namens deze,

Aan de heer Districtscommandant
der Rijkspolitie
te
LEIDEN.

Ontv. bew: _____

Rappel : 13/10 '51

Antwoord : 12.17.7.

K 1050

06.391

OP KAART
ACD/46
DAT: 2/1/51
PAR: 1

6.7.51
09.23-06.28.2

04.211.1

30 Juli 1951

15-7 AUG. 1951
ACD/1154/23

U 36104b - C 56 - Pl/PS 6

Op 13 Juli jl. probeerde de SRP, een neo-nationaal-socialistische partij in West-Duitsland, in Schutterf (Kreis Bentheim) een vergadering te beleggen, wat evenwel door de politie werd vernierd.

In de directe omgeving van de vergaderplaats stond een Nederlandse auto gekenmerkt H.X. 35235. Dit nummer was uitgegeven aan WES TERHOGEN & CO., Teylingerlaan no. 7a te Sassenheim. Het is zeer goed mogelijk dat het een coincidentie was, dat deze auto in de omgeving stond van de plaats waar de vergadering werd gehouden. Het kan evenwel ook zijn, dat de eigenaar van genoemde wagen belangstelling heeft voor het oplevend nationaal-socialisme in West-Duitsland.

Ik zou gaarne van U vernemen wat bekend is omtrent de politieke richting van bovengenoemde WES TERHOGEN en/of compagnon.

A.

Aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst
Javastraat 68

's-GRAVENHAGE

RIJKSRECHERCHE MAASTRICHT

6.160.2
09.232
6.160.2
18 JULI 1951
ACD/114030

Maastricht, 14 Juli 1951.

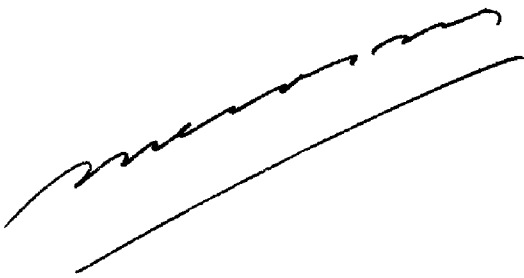
No. 1143

Procureur-Generaal
Fgd. Directeur van Politie
Ingekomen: 17 Juli 51
Afd. Kae No. 491

Betreffende: Rechtsradikale Organisaties in Duitsland.

Ik heb de eer UEGA hierbij te doen toekomen "Kurzberichte über rechtsradikale Organisationen" in Duitsland.

De Inspecteur A
M. Erasmus



Pol. no. 491 Kah.

Pol. no. 491 Kah.

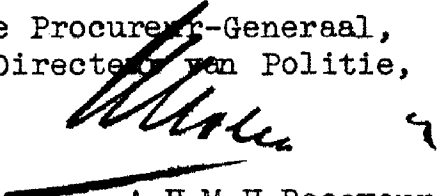
Dienstgeheim.

Ter beschikking doorgezonden aan het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst te 's-Gravenhage.



's-Hertogenbosch, 17 Juli 1951.

De Procureur-Generaal,
fgd. Directeur van Politie,



A.H.M.H. Receveur.

Aan
de Heer Procureur-Generaal,
fgd. Directeur van Politie
te

's-Hertogenbosch.

Bund der Verfolgten des Naziregimes
Der Bundesvorsitzende

Für E aus U.
DUSSELDORF, den 28. Juni 1951
Haroldstraße 1
Fernruf 24602

188-3937-138-174-271a

Herrn
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Kurzberichte über rechtsradikale Organisationen

Inhaltsverzeichnis:

1. Landsberg,
2. Mitgliederversammlung der SRP in Lübeck,
3. Landestagung der SRP von Schleswig-Holstein am
16. und 17. Juni 1951,
4. Einigungsverhandlungen zwischen SRP und Deutschen Block?
5. " Adler ", Jugendgruppe des Deutschen Blocks.

gez. Lütches

28. Juni 1951

Kurzberichte über rechtsradikale Organisationen

1. Landsberg.

Aus Anlass der Hinrichtung der letzten 7 Landsberger wurde in München ein Flugblatt folgenden Inhalts verteilt:

" L a n d s b e r g !

Ein Mahnmal für die Deutsche Geschichte.

Das Nachkriegsdeutschland war bereit, den Hass zu vergessen und die Feindschaft gegen die Juden zu begraben. Es war unsere Hoffnung, daß die Gegenseite der Morgenthau's sich durchsetzen wird. Doch heute müssen wir erkennen, daß dies nicht der Fall sein wird. Die Massen des amerikanischen Volkes, sowie die des europäischen Kontinents, werden allmählich einsehen müssen, daß der Jahrhunderte alte Kampf gegen die Volkszerstörer wieder begonnen werden muß, um die wahren Kriegstreiber endgültig zu vernichten. Dies ist Gottes Gebot, dies ist Pflicht aller anständig denkenden Menschen. Die Juden haben heute ihre Heimat, mögen sie dort hingehen und sich selbst zerfleischen. In der übrigen Welt ist für diese Satansbrut kein Platz mehr. Daß dieser Kampf gegen das Weltübel begann, ist ein Zeichen des Mutes, der Tapferkeit und nicht zuletzt des Friedenswillens, der gerade in uns Deutschen so fest verankert ist. Die Rache- und Vernichtungsgelüste der Morgenthau's haben es fertiggebracht, daß 7 deutsche Männer, nach fünfjährigem qualvollem Dahinsiechen, gehangen wurden, gehangen in einer Zeit, in der selbst der amerikanische Soldat in Korea weit grössere Massenmorde und Greuel begangen hat; gehangen in einer Zeit, in der von amerikanischer Seite um die Gunst des deutschen Soldaten gebuhlt wird.

Wir aber, die wir deutsch geboren sind und bereit sind, europäisch zu denken, sagen Euch: durch diese Henkertat habt Ihr alle Brücken gesprengt.

Wir gedenken in dieser Stunde all jener, die einen heroischen Kampf führen mussten für eine Begnadigung der 7 Landsberger Todeskandidaten.

Wir gedenken in dieser Stunde all jener, auch amerikanischer Staatsbürger, die sich für eine Begnadigung einsetzten, und wir gedenken all jener Menschen, die eine Begnadigung nach so vielen Jahren des Leides, der Not und der seelischen Kämpfe befürworteten.

Mit Ehrfurcht senken wir das Haupt vor unseren Kameraden und vor deren Hinterbliebenen, die mit den Besten ihres Stammes all das Unsagbare geteilt haben.

Wir gedenken aber auch all derer, die als Hintermänner

nun ihr Werk vollbracht haben:

der Morgenthau's,
der Baruchs,
der Frankfurter's,
der Clay's,
der Cloy's und nicht zuletzt
der Auerbach's.

Letzterer fand noch vor einiger Zeit, ehe er wegen krimineller Verbrechen und Misshandlung seiner Rassegenossen zur Verantwortung gezogen wurde, vor dem bayrischen Rundfunk glühende Worte des Hasses gegen kranke und wehrlose Männer, gegen Wracks, die im Kampfe gegen den Bolschewismus und gegen das Weltübel ihr Bestes gaben. Wir rufen diesem Gesindel, diesem Auswurf der Menschheit, zu:

"Das gleiche Los wird Euch treffen, Eure eigene teuflische Prätze wird Euch mit Eurer Sippe vernichten, und zwar mit ebenso wenig Gnade. Keine Stunde werdet Ihr mehr ruhig sein und keine Nacht werdet Ihr Ruhe finden". Den Truman's aber rufen wir zu: "Ihr Schwächlinge, Ihr Ehrgeizlinge, auch Ihr werdet nicht leer ausgehen. Juden-knechte die Ihr seid, tretet ab und überlasst denen das Land, die den Völkern auf Erden den wahren Frieden bringen."

Euch aber, Ihr Kameraden, die Ihr zu Märtyrern gemacht wurdet, rufen wir zu: "Ihr werdet nie vergessen sein, Ihr werdet in uns weiterleben und mit der Saat aufgehen, für die Ihr gesät wurdet."

Euer Denkmal steht in aller Herzen,
Als Mahnmal uns, gegen der Lüge Wall!
Es werden flammen tausend Kerzen,
Für Euch! Im ewigen Walhall. "

2. Mitgliederversammlung der SRP in Lübeck.

Wenngleich mit grosser Verspätung, gebe ich dennoch eine Übersicht über eine am 24. Mai in der Flakenburg in Lübeck stattgefundenen Versammlung der SRP von Lübeck, an welcher 20 Mitglieder sowie der Landesleiter für Schleswig-Holstein, Schmüser aus Rendsburg, teilnahmen. Es waren 45 Einladungen ergangen. Es wurde berichtet:

1. Der Gutenberg-Verlag, Hamburg, hat in der neuerschienenen "Reichszeitung" DM 25.000.- investiert. Der Verlag verspricht sich von der neuen Zeitung einen guten Erfolg. Der Zeitungsgroßhändler Maurer, Lübeck, (ehemals Nazi) hat mitgeteilt, daß die Nachfrage nach der "Reichszeitung" sehr stark sei. Schmüser gab weiter zu erkennen, daß hinter dem Gutenberg-Verlag auch der ehemalige Oberst Rudel stehe.

2. Ab 5. Juni soll mit den Vorbereitungen zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein begonnen werden. Man rechnet mit Neuwahlen spätestens im Frühjahr 1952. Am 5. Juni sollen nördlich des Kanals 5 Grosskundgebungen und am 6. Juni südlich des Kanals weitere 5 Großkundgebungen durchgeführt werden.
3. Die Vorbereitungen sollen in Schleswig-Holstein mindestens dasselbe Ausmaß annehmen wie in Niedersachsen. Vor allem sollen Referenten geschult werden. Zwischen dem 10. und 15. Juni soll versucht werden, in Lübeck eine Großkundgebung mit Dorls und Remer durchzuführen.
4. Vom 15. Juli bis Mitte August ist Sommerpause, dann Fortsetzung der Propagandaschlacht. Die Redner sollen größtenteils aus Schleswig-Holstein sein.
5. Am 16./17. Juni wird der Landesparteitag in Kiel durchgeführt werden.
6. Der Landesvorsitzende Schmüser hat im Amt für Verfassungsschutz einen Vertrauensmann sitzen, der ihn gut mit Material versorgt. Dieser V-Mann bekommt den Auftrag, über Franz Zachau, Lübeck, Ermittlungen anzustellen, vor allem, ob Zachau Mitglied der SED ist.
7. Dr. Paetzold unterhält freundschaftliche Beziehungen zu Ernst Rangnik.
8. Hedler hat versucht Mitglied der SRP zu werden. Auf Anfrage von Dorls hat aber Schmüser Hedler als untragbar für die SRP bezeichnet. Dorls hat sich daraufhin der Meinung Schmüasers angeschlossen.
9. Schmüser distanziert sich jetzt von der Bruderschaft, vorher hatte er enge Beziehungen zu ihr. Er lehne das Logenartige ab und vor allem die undurchsichtigen östlich orientierten Machenschaften.
10. Über den ehemaligen Polizeipräsidenten von Lübeck äusserte Schmüser, daß er mit Schröder freundschaftliche Beziehungen unterhalte und sie seit langem Duzbrüder seien. Dr. Paetzold ergänzte hierzu, daß vorgesehen sei, Herrn Schröder zum Chef der Polizeigruppe Lübeck-Süd (den wichtigsten Polizeibezirk in Schleswig-Holstein) zu ernennen. (Schröder war der bekannteste Nazi in Lübeck und u.a. auch Kommandant in Riga).
11. Dr. Paetzold berichtete weiterhin: als kurz vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein ein Redeverbot für die führenden Funktionäre der SRP in greifbare Nähe gerückt war, habe Dr. Dorls sich telefonisch an Bromme gewandt. Dieser habe es ermöglicht, innerhalb von 2 Stunden zu dem von Dr. Dorls angegebenen Treffpunkt zu erscheinen und habe sich dann auch wunschgemäß an den damaligen Innenminister Käber gewandt. Bromme sei allerdings der Meinung gewesen, daß durch ein glattes Funktionieren der SRP die Zersplitterung im bürgerlichen Lager gefördert würde.

12. (Im kleinen Kreise wurden bei einem Glase Alkohol noch Kriegserlebnisse berichtet. Dr. Paetzold erzählte u.a., daß er als SS-Obersturmführer in 6 Fällen genötigt war, Fahnenflüchtige umbringen zu lassen. In Königsberg blieb ihm weiter nichts übrig, als einen fahnenflüchtigen SS-Mann mit einem Fleischerhaken erschlagen zu lassen.)
Auch ein zweiter Teilnehmer berichtete vom Umlegen von Kriegskameraden.

3. Landestagung der SRP von Schleswig-Holstein am 16. und 17. Juni.

Am 16. und 17. Juni 1951 tagte in Kiel im Lokal "Zur Ulme", Eckenförder Allee, der Landesvorstand der SRP von Schleswig-Holstein. Anwesend waren 70 Delegierte. Den Vorsitz führte Landesvorsitzender Schmüser aus Rendsburg.

Über die Wahlen in Niedersachsen sprach R e m e r. Er betonte den starken Zuwachs und besonders den Zuspruch durch die jüngeren Jahrgänge. Er meinte: wäre die SRP nicht im Wahlkampf behindert worden, so hätte sie mindestens 22 % der Stimmen erhalten. Er sprach lange über Senator Welters aus Bremen, der auch einen Ladenkassenraub begangen habe. (Zwischenruf: Heute wird dies von der SPD mit politischen Motiven begründet.)

In Nürnberg haben sich jetzt 300 Personen zur SRP gemeldet und um Zusendung von Material gebeten.- In Niedersachsen ist jetzt Mitgliederstop, da grösste Vorsicht geboten ist. Die SRP soll keine Massenpartei werden. Kesselberg ist von den Lizenzparteien in die SRP hineinlanciert worden.

Den Kommentar zur Lage gab Dr. Krüger. Er liess sich vor allem über den Schuman-Plan, die Remilitarisierung (ablehnend) und die Hetze gegen die SRP aus. Auf Kosten des Steuerzahlers sind allein während des Wahlkampfes in Niedersachsen 140.000 Plakate, 50.000 Flugblätter und 500.000 Broschüren gegen die SRP verwandt worden.

Die Regierungsbildung in Niedersachsen ist ein einziger Korruptionsfall, z.B. ist bei den Koalitionsverhandlungen SPD - BHE eine Domäne für den Sohn eines der BHE-Männer ausgehandelt worden. Krüger ist davon überzeugt, daß die SPD-Taktiker die BHE-Leute an die Wand spielen werden. In Wirklichkeit würden auch die Aufgaben des BHE-Landwirtschaftsministers Kessel von SPD-Verwaltungsbeamten im sozialdemokratischen Sinne durchgeführt. Mit aller Schärfe wird betont, daß sich alle SRP-Redner ausserordentlich vorsichtig ausdrücken sollen und sich vor allem demokratisch zu gebärden haben, damit dem Verfassungsschutzamt keine Möglichkeit gegeben wird, die SRP zu verbieten.

Diskussion:

Schmüser, Dr. Bartram und ein gewisser Herzog (vermutlich ein ehemaliger Offizier Herzog in Lübeck) hatten die Absicht, eine neue Partei zu gründen. Herzog sei aber dann, um seinen guten Namen und seine reine Weste zu wahren,

wieder abgesprungen.

Gröters. Die "schwimmende Masse" in der aus den Fugen geratenen CDU muss mit Anstand, Takt und Geschick zur SRP gezogen werden. Diese Aufgabe muß sofort in Angriff genommen werden, da jetzt der günstigste Augenblick ist.

Wahl des Landesvorstandes.

1.Vors. Schmäser, Randsburg. 2.Vors. Gröters, Kiel.
Geschäftsführer: Poschmann, Randsburg-Bübelsdorf. Beisitzer: Stelzner, Kompe und Schulz.

Redneréinsatz: Für Schleswig-Holstein Poschmann. Für Schleswig-Holstein und Niedersachsen stehen 170 Redner zur Verfügung, davon sind 80 als bestes Material zu bezeichnen.

Kassenlage: laut Berichten aus Niedersachsen 20.000 DM Schulden. Schleswig-Holstein 12.000 DM Schulden. In Ratzeburg 1.000 und in Lübeck 500 DM Schulden. In Ratzeburg ist vor wenigen Tagen der Kaufmann Schmidt von der SPD zur SRP gewechselt. Schmidt steht auch stark im Verdacht, der SED nahezustehen.

Veranstaltungen: zur Zeit eine Versammlungswelle in ganz Schleswig-Holstein (bis Juli), dann wiederum Versammlungen im August/September. In der gleichen Zeit Auf- und Ausbau der Organisation. Grosse Versammlungswellen im Oktober/November.

Am 23.6. in Marne Interessentenversammlung mit Remer. In den Parlamentsferien werden 5 Abgeordnete aus Hannover in einer einwöchentlichen Versammlungstournee (Landwirtschaftsexperten) vor Interessenten sprechen. Über den Verlauf aller Versammlungen ist ausführlich Bericht an den Vorstand zu erstatten. Ausserdem jeden Monat ein ungeschminkter Lagebericht. Des weiteren muss versucht werden, "gewisse" Kreise zur Finanzierung heranzuziehen.

Ein bedauerlicher Zustand in der SRP ist, daß es zu viele Offiziere und zu wenig "Kaffeeholer" gibt. Allmonatlich muß jeder Kreisverband an den Landesverband DM 10.- als Unkostenbeitrag absenden. Geldsendungen nur auf ein vom Vorstand zu errichtendes Privatkonto. Auf die Laufzeit der Post ist besonders zu achten. Alle Postverzögerungen sofort dem Landesvorstand mitteilen. Bezeichnungen wie "SRP" u.ä. sind auf Postsendungen nicht zu gebrauchen.

Für den Fall eines Verbotes der SRP sind sämtliche Unterlagen schon jetzt sicher aufzubewahren. Ein zweites Mitglied muß über das ausgelagerte Material genauestens unterrichtet sein. Besonders ist Adressenmaterial zu merken. Für den Ernstfall sind die vom Landesvorstand gegebenen Weisungen verbindlich und müssen genauestens befolgt werden.

Die "Reichsfront" wird nicht wieder aufgebaut. Jugendgruppen sollen in allen SRP-Ortsgruppen beschleunigt auf-

gestellt werden. Der Leiter der Jugendgruppe muß jeweils Mitglied des Orts-Kreis-Bezirksvorstandes sein. Vor allem ist auch die Frauenarbeit in Angriff zu nehmen und zu intensivieren.

Einig war man sich auch in der Distanzierung von Herrn Schmidt, Eckernförde. (Dortiger Leiter der "Bruderschaft"). Fritz Heller, Kaufmann in Heide, ist in die Reichsleitung berufen worden und wird dort die Geschäftsführung übernehmen.

Im Juli 51 wird in Celle eine Reichsdelegiertentagung stattfinden. Auf der Tagesordnung wird u.a. der Entwurf einer neuen Satzung stehen.

Nach Angaben Remers hat Gröters, Kiel, sehr gute Beziehungen nach "oben". Es wird vermutet, dass er das Amt für Verfassungsschutz damit gemeint habe. Der Polizeichef von Kiel bedauert in einem Briefe an Gröters in herzlichen Wendungen, daß er persönlich wegen des Polizeieinsatzes der "Kieler Woche" nicht an der Kundgebung der SRP teilnehmen könne. Gröters führte noch aus: "Ich verstehe mich mit allen Behörden- und Dienststellenchefs sehr gut. Dies ist letzten Endes aber mein eigener taktischer Erfolg". Die Ausgabe von Beitragsmarken und Mitgliedsbüchern erfolgt demnächst.

Neue Mitglieder müssen 2 Bürgen haben, Probemitgliedschaft 6 Monate.

Berichtet wurde weiter:

Lemke von Soltenitz, Lübeck, einst ein aussichtsreicher Kandidat der SRP, sei in die engere Wahl für die Ministerpräsidentenschaft in Schleswig-Holstein gestellt.

Dr. Krüger: Die Verbindung SRP - WAV ist lediglich ein technischer Kontakt. Benutzung desselben Büros, Telefons und dergleichen in Bonn.

Die "Reichszeitung" erscheint vorläufig in Niedersachsen in 20.000 und in Schleswig-Holstein in 10.000 Exemplaren. Informationsmaterial wird in Kürze vom Verband in grösserer Menge herausgegeben werden. Notwendig ist eine Säuberungsaktion innerhalb der SRP; sie soll in Kürze durchgeführt werden.

Zum Vorsitzenden des Ehrenrates wurde Dr. Paetzold, Lübeck, gewählt. Dr. Paetzold hat mehrfach ehrenwörtlich erklärt, nicht Mitglied der SRP zu sein. (Während des Krieges war Dr. P. ein sehr berüchtigter SS-Kriegsgerichtsrat.)

Dr. P. gibt selbst zu, in Verfahren von 5-15 Minuten Todesurteile ausgesprochen zu haben. Um die Organisation der Tagung bemühten sich vor allem 2 Studenten der Kieler Universität.

4. Einigungsverhandlungen zwischen SRP und Deutschen Block?

Am 16. Juni 51 trafen sich in Lübeck Remer und Dr. Paetzold von der SRP und Vollgraf vom Deutschen Block. Die erstrebten Einigungsverhandlungen verliefen negativ. Man hat die Absicht, bei nächster Gelegenheit erneut zusammen zu kommen.

wieder abgesprungen.

Gröters. Die "schwimmende Masse" in der aus den Fugen geratenen CDU muss mit Anstand, Takt und Geschick zur SRP gezogen werden. Diese Aufgabe muß sofort in Angriff genommen werden, da jetzt der günstigste Augenblick ist.

Wahl des Landesvorstandes.

1.Vors. Schmüser, Randsburg. 2.Vors. Gröters, Kiel.
Geschäftsführer: Poschmann, Randsburg-Bübelsdorf. Beisitzer: Stelzner, Kompe und Schulz.

Redneréinsatz: Für Schleswig-Holstein Poschmann. Für Schleswig-Holstein und Niedersachsen stehen 170 Redner zur Verfügung, davon sind 80 als bestes Material zu bezeichnen.

Kassenlage: laut Berichten aus Niedersachsen 20.000 DM Schulden. Schleswig-Holstein 12.000 DM Schulden. In Ratzeburg 1.000 und in Lübeck 500 DM Schulden. In Ratzeburg ist vor wenigen Tagen der Kaufmann Schmidt von der SPD zur SRP gewechselt. Schmidt steht auch stark im Verdacht, der SED nahezustehen.

Veranstaltungen: zur Zeit eine Versammlungswelle in ganz Schleswig-Holstein (bis Juli), dann wiederum Versammlungen im August/September. In der gleichen Zeit Auf- und Ausbau der Organisation. Grosse Versammlungswellen im Oktober/November.

Am 23.6. in Marne Interessentenversammlung mit Remer. In den Parlamentsferien werden 5 Abgeordnete aus Hannover in einer einwöchentlichen Versammlungstournee (Landwirtschaftsexperten) vor Interessenten sprechen. Über den Verlauf aller Versammlungen ist ausführlich Bericht an den Vorstand zu erstatten. Ausserdem jeden Monat ein ungeschminkter Lagebericht. Des weiteren muss versucht werden, "gewisse" Kreise zur Finanzierung heranzuziehen.

Ein bedauerlicher Zustand in der SRP ist, daß es zu viele Offiziere und zu wenig "Kaffeeholer" gibt. Allmonatlich muß jeder Kreisverband an den Landesverband DM 10.- als Unkostenbeitrag absenden. Geldsendungen nur auf ein vom Vorstand zu errichtendes Privatkonto. Auf die Laufzeit der Post ist besonders zu achten. Alle Postverzögerungen sofort dem Landesvorstand mitteilen. Bezeichnungen wie "SRP" u.ä. sind auf Postsendungen nicht zu gebrauchen.

Für den Fall eines Verbotes der SRP sind sämtliche Unterlagen schon jetzt sicher aufzubewahren. Ein zweites Mitglied muß über das ausgelagerte Material genauestens unterrichtet sein. Besonders ist Adressenmaterial zu merken. Für den Ernstfall sind die vom Landesvorstand gegebenen Weisungen verbindlich und müssen genauestens befolgt werden.

Die "Reichsfront" wird nicht wieder aufgebaut. Jugendgruppen sollen in allen SRP-Ortsgruppen beschleunigt auf-

gestellt werden. Der Leiter der Jugendgruppe muß jeweils Mitglied des Orts-Kreis-Bezirksvorstandes sein. Vor allem ist auch die Frauenarbeit in Angriff zu nehmen und zu intensivieren.

Einig war man sich auch in der Distanzierung von Herrn Schmidt, Eckernförde. (Dortiger Leiter der "Bruderschaft"). Fritz Heller, Kaufmann in Heide, ist in die Reichsleitung berufen worden und wird dort die Geschäftsführung übernehmen.

Im Juli 51 wird in Celle eine Reichsdelegiertentagung stattfinden. Auf der Tagesordnung wird u.a. der Entwurf einer neuen Satzung stehen.

Nach Angaben Remers hat Gröters, Kiel, sehr gute Beziehungen nach "oben". Es wird vermutet, dass er das Amt für Verfassungsschutz damit gemeint habe. Der Polizeichef von Kiel bedauert in einem Briefe an Gröters in herzlichen Wendungen, daß er persönlich wegen des Polizeieinsatzes der "Kieler Woche" nicht an der Kundgebung der SRP teilnehmen könne. Gröters führte noch aus: "Ich verstehe mich mit allen Behörden- und Dienststellenchefs sehr gut. Dies ist letzten Endes aber mein eigener taktischer Erfolg". Die Ausgabe von Beitragsmarken und Mitgliedsbüchern erfolgt demnächst.

Neue Mitglieder müssen 2 Bürgen haben, Probemitgliedschaft 6 Monate.

Berichtet wurde weiter:

Lemke von Soltenitz, Lübeck, einst ein aussichtsreicher Kandidat der SRP, sei in die engere Wahl für die Ministerpräsidentenschaft in Schleswig-Holstein gestellt.

Dr. Krüger: Die Verbindung SRP - WAV ist lediglich ein technischer Kontakt. Benutzung desselben Büros, Telefons und dergleichen in Bonn.

Die "Reichszeitung" erscheint vorläufig in Niedersachsen in 20.000 und in Schleswig-Holstein in 10.000 Exemplaren. Informationsmaterial wird in Kürze vom Verband in grösserer Menge herausgegeben werden. Notwendig ist eine Säuberungsaktion innerhalb der SRP; sie soll in Kürze durchgeführt werden.

Zum Vorsitzenden des Ehrenrates wurde Dr. Paetzold, Lübeck, gewählt. Dr. Paetzold hat mehrfach ehrenwörtlich erklärt, nicht Mitglied der SRP zu sein. (Während des Krieges war Dr. P. ein sehr berüchtigter SS-Kriegsgerichtsrat.)

Dr. P. gibt selbst zu, in Verfahren von 5-15 Minuten Todesurteile ausgesprochen zu haben. Um die Organisation der Tagung bemühten sich vor allem 2 Studenten der Kieler Universität.

4. Einigungsverhandlungen zwischen SRP und Deutschen Block?

Am 16. Juni 51 trafen sich in Lübeck Remer und Dr. Paetzold von der SRP und Vollgraf vom Deutschen Block. Die erstrebten Einigungsverhandlungen verliefen negativ. Man hat die Absicht, bei nächster Gelegenheit erneut zusammen zu kommen.

5. "Adler", Jugendgruppe des Deutschen Blocks.

In der ersten Junihälfte trafen sich in Lübeck etwa 35 Jugendliche im Alter zwischen 10 und 20 Jahren. Der Versammlungsraum war mit Spruchbändern ausgestattet, die folgende Inschriften trugen:

"Unsere Grösse ist die Ehre",
"Wir Adler sind rein in Gedanken und Taten",
"Wir Adler sind treu unserem Gott und Vaterland".

Vorredner: Kamerad Beier, ca. 30 Jahre alt.

Thema: Jugend in geistiger, körperlicher, moralischer und seelischer Not. Er sagte u.a. "Es besteht eine Vielzahl von Parteien, die sich austoben, ohne sich für die Verbesserung der Lage der Jugendlichen einzusetzen. Niemand ist in den Parteien, um der Jugend zu helfen. Folgende Vorschläge sind ein Weg zur Besserung der Lage der Jugend:

1. Ein Wochenbeitrag von 1 Pfg. (Olympiapfennig), um eventuelle Teilnahme für Jugendliche zu ermöglichen. Bildung einer Olympiaschule in Lübeck. Aufnahme des Kontakts mit Ritter vom Halt, um Besuch der Olympiade zu ermöglichen. Die Schulen sollen diesen Aufruf verbreiten, durch Klassenälteste den Pfennig einziehen, die Lehrer den Jungen mit Rat und Tat zur Seite stehen...
2. Aufruf an das gesamte deutsche Volk, um Bau von Heimen für Jugendliche und Eltern zu ermöglichen. Gründung eines deutschen Volksbundes für deutsche Selbsthilfe, um der Jugend geistig und körperlich zu helfen.

Der Olympiapfennig würde etwa 200 - 500 Millionen DM einbringen. Viele Leute würden ja nicht nur einen Pfennig, sondern weit höhere Beträge opfern. Dieses Geld soll für zusätzlichen Wohnungsbau, Lehrlingsheime und dergleichen verwandt werden. Des weiteren für Helgoland, für Kriegsverkehrte, Heimkehrer. Die gesamte deutsche Jugend soll als Volkshelfer auftreten, um diesen Olympiapfennig einzuziehen. Damit würde eine soziale Tat ersten Ranges vollbracht, aus dem deutschen Volke würde etwas Großes herausgeholt. Für das Ziel des Olympiapfennigs ist die deutsche Jugend das beste Propagandamaterial. Schon einmal ist es gelungen, alle deutschen Menschen für eine Idee zusammenzuschweissen, warum sollte es in der jetzigen Notzeit nicht noch einmal gelingen? Fehler, die damals begangen wurden, müssten verhindert werden. Rundfunk, Presse, Schulen, Geistliche usw.usw. sollen für diesen Aufruf eingesetzt werden."

Richard Etzel, München.

Das ganze deutsche Volk solle sich zum Wohle der Jugend einsetzen. Bisher jedoch ist es noch keiner Institution, weder staatlich noch politisch, gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die anderen glaubten, durch eine

kommende Wehrmacht das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und kümmerten sich daher nicht um die Lösung dieses Problems. Die verantwortlichen Stellen beurteilen die Not der Jugend vollkommen falsch. Es ist wichtiger, Schulen und Jugendheime zu bauen, statt Kinos, Bars, Geschäftshäuser und dergleichen. Einheitlicher Lehrplan, auch für höhere Schulen, auf Bundesebene. Die verschiedenen Lehrpläne sind für Eltern und Kinder eine starke Belastung. Die Lehrausbildung ist mangelhaft, weil zu wenig Lehrstellen gegenüber der grossen Zahl der Lehrstellensuchenden vorhanden sind. Schulanfang soll vom 6. auf das 7. Lebensjahr heraufgesetzt werden. Man wendet sich gegen 9. Schuljahr. Für eine Gemeinschaftsschule ohne konfessionelle Trennung. Zusammenarbeit von Schule, Elternhaus und Jugendorganisation. Bejaht Schulstreik aus Mißständen der Schulverwaltung und aus religiösen oder sonstigen Gründen heraus. Seine Gefahr jedoch die Untergrabung der Autorität des Lehrers gegenüber dem Kinde durch die Eltern. Um nun künftig Schulstreiks zu verhindern, muß einer da sein oder eine Organisation, die gegen derartige Mißstände ankämpft. Fordert Sport und

Sportplätze. Bei den Erziehern fehlt oft der stahlharte Wille zur Teilnahme am Sport in Sportkleidung. Der Jugendverband der jungen "Adler" kämpft gegen die SPD, weil diese die Vorstufe zum Bolschewismus ist. Lehnt jeden marxistischen Gedanken ab. Fordert ein Berufsausbildungsgesetz. Schaffung von Lehrstellen entsprechend der Beschäftigtenzahl. Bestrafung von Arbeitsgebern, die nicht mitmachen. Erhöhung der Ferientage für Lehrlinge. Die Jugend auf dem Lande hat Sehnsucht nach der Stadt, weil sie glaubt, dort bessere Arbeits- und Wohnverhältnisse zu finden. Fordert Verbesserung der Lage der Jugendlichen auf dem Lande. Errichtung eines Landdienstjahres. Eine solche Einrichtung bestand im Nationalsozialismus. Wenn auch damals einige Mängel bestanden haben, so lassen sie sich ja beseitigen. Damit soll die deutsche Jugend für die Landarbeit begeistert werden. Wendet sich gegen die zu gute Behandlung der Sträflinge in den Strafanstalten, gegen gute Verpflegung, gegen Bibliotheken in Strafanstalten und gegen die Möglichkeiten der Weiterbildung in den Gefängnissen. Fordert schärfste Strafen, und gegen Sexualverbrechen an Jugendlichen die Todesstrafe. Seid auch für die Todesstrafe, verweist auf die Ostzone. Im Osten wird durch die FDJ der Jugend eine Idee gegeben, die imstande ist, die Jugend zu bewegen, und dies ist ein positiver Erfolg, wenn auch im Sinne des Bolschewismus. Dies zeige die Notwendigkeit der Organisierung der Jugend im Westen, um den Bolschewismus auch geistig bekämpfen zu können. Die wissenschaftlichen, sozialen und technischen Einrichtungen der Vergangenheit sollen nicht nur erwähnt, sondern mit der Jugend erweitert und verbessert werden. Man solle mit der gesamten Jugend, auch der Ostzone und der bolschewistischen Staaten, zusammentreten, um gemeinsam den kriegshetzerischen kapitalgierigen Gruppen mit einem

Friedensgedanken der gesamten Jugend entgegenzutreten. Diese Verbindung aller Jugendlichen würde künftige Kriege verhindern. Das deutsche Beispiel zeige nur, daß, da auf beiden Seiten eine Wehrmacht aufgestellt wird, es zum Bruderkrieg kommen würde. Dies könnte durch das Zusammengehen aller Jugendlichen verhindert werden. Alle Parteien müssen beseitigt werden, damit die Jugend leben könne, denn es sind die Parteien, die den Zwiespalt in die Jugend hineintreiben.

Schlusslied: "Deutschland, heiliges Wort".

Keine Aussprache.

MINISTERIE VAN BINNENLANDSE ZAKEN

BERICHT OP SCHRIJVEN VAN

NR. 578 AFKabinet

BETREFFENDE
verkiezingen in
West Duitsland

's Gravenhage, 4 Juli 1951.

1 bijl.

MEN GELIEVE BIJ HET ANTWOORD NAUWKEURIG
HET ONDERWERP, DE DAGTEKENING EN HET
NUMMER VAN DIT SCHRIJVEN TE VERMELDEN

Vertrouwelijk

Hierbij doe ik U ter kennis-
neming toekomen bijgaand vertrouwelijk
résumé betreffende de recente verkie-
zingen in West Duitsland.

DE MINISTER ZONDER PORTEFEUILLE,
Voor de Minister,
DE SECRETARIS-GENERAAL,

UITTREKSEL
Uit: OD 1702 A
Voor: OD 2043
o.a.v.: C.S.
Dat.: 27/2-52
Par.: 496

U. de

09.232

01.16.

- 9 JULI 1951
ACD//3233

Aan
het Hoofd van de
B.V.D.

1 K. v. B. v. D.
MINISTERIE VAN BUITENLANDSE ZAKEN

Foto No.: 41286.

BINNENL. ZAKEN

KABINET
INGEKOMEN

- 6 JULI 1951

no. 4461

DEU/DU

No. 578 (5-5005 68/

8 Juni 1951.

./.

Ik heb de eer U hierbij ter kennisneming te
doen toekomen het vertrouwelijk resumé No. 32
betreffende de recente verkiezingen in West-
Duitsland.

DE MINISTER VAN BUITENLANDSE ZAKEN,

P. v. S.

Aan ~~Uw~~ ^{Uw} Excellentie
de Heer Wnd. Minister-President.

Foto Btz.: 41286 A.

VERTROUWELIJK RÉSUMÉ NO. 32.

I
Ongeveer een maand geleden zijn in een drietal Westduitse Länder, te weten Sleeswijk-Holstein, Rijnland-Paltz en Neder-Saksen, verkiezingen gehouden. Vooral die in Neder-Saksen hebben de aandacht getrokken vanwege de opmerkelijke successen, die hier werden beaald door het onverholene neo-nazisme.

Geleidelijk zijn de rapporten en commentaren ingekomen, die het mogelijk maken een samenvattende nabeschouwing aan deze gebeurtenissen te wijden.

De resultaten der verkiezingen zijn weergegeven in bijlage dezes.

Zoals uit de afgaende cijfers blijkt, hebben de verkiezingen in Rijnland-Paltz en Sleeswijk-Holstein geen grote verschuivingen teweeggebracht. Met name is de Sozialistische Reichspartei 1) er in deze Länder niet in geslaagd de positie van het kabinet-Adenauer - hetwelk zoals bekend gevormd wordt door de drie rechtse partijen, C.D.U. (Rooms Katholiek-Protestant) F.D.P. (Liberalen) en D.P. ("deutsch-national") - in gevaar te brengen. De thema's van de verkiezingscampagne der S.P.D. waren vnl. anti Plan Schuman, anti de Saarpolitiek der Bondsregering, anti economische en sociale politiek der Bondsregering. De spits was dus duidelijk gericht tegen de C.D.U. en de overige coalitiepartijen.

Weliswaar heeft de S.P.D. hiermede enig succes gehad, doch indien de S.P.D. leiding gerekend heeft op een even sterke toeloop als haar ten deel viel bij de verkiezingen van November 1950 in de Zuidduitse Länder Hessen, Wurtemberg-Baden en Beieren, dan moet zij wel teleurgesteld zijn. Toen behaalde zij op de C.D.U. dergelijke winsten, dat de regeringscoalitie te Bonn daardoor bepaald verzwakt werd, vooral dankzij het stemming maken tegen een herbewapening.

Voor het overige leveren de verkiezingen in beide Länder weinig aanleiding tot opmerkingen. In Sleeswijk-Holstein heeft

1) De Neonazistische partij, niet te verwarren met de Sociaal Democratische Partij, de S.P.D.

de vluchtelingenpartij, de "Bund der Heimatlosen und Entrechteten" zich ongeveer gehandhaafd, in Rijnland-Paltz, waar het aantal vluchtelingen gering is, verwierf de B.H.E. geen zetels. Het rechtse extremisme heeft op de kiezers in beide Länder vooralsnog weinig of geen vat gehad. Vooral wat Sleeswijk-Holstein aangaat, moet men zich echter afvragen, of dit een gevolg is van democratische gezindheid of van gebrek aan intensieve propaganda. Van het extremisme van links mag men mede op grond van de bijgaande cijfers met meer zekerheid stellen, dat het, althans in ongemaskerde gedaante, geen gevaar voor West-Duitsland vormt.

Leveren de verkiezingsuitslagen in Sleeswijk-Holstein noch in Rijnland-Paltz stof tot directe ongerustheid, anders is dit in Neder-Saksen. Men heeft zich afgevraagd of de oorzaak voor het feit, dat de S.R.P., de partij der neo-nazi's, niet minder dan 16 van de 158 zetels in de Landdag, of 11% der stemmen verwierf, niet gezocht moet worden in de opspraak, die vooral door de Bondsregering rondom deze partij verwekt is. Inderdaad zullen de in het openbaar uitgedragen aarzelingen van Bonn, of en zo ja hoe tegen de S.R.P. op te treden, daarop wel enige invloed hebben gehad. Hiermee is echter bepaald nog niet een geheel bevredigende verklaring gevonden voor het feit, dat 400.000 kiezers andermaal aan de bedwelmende nazi-propaganda gehoor hebben geschonken.

Van vele kanten en o.a. door de "Times" is er op gewezen, dat het niet te veel verbazing moet wekken, dat er in Duitsland nog steeds nazi's zijn. Dit is zeker juist. Hieraan valt nog toe te voegen, dat Neder-Saksen met zijn hoofdzakelijk agrarische bevolking een van oudsher geisoleerd gebied is, dat weinig of niet op het Westen is georiënteerd. Reeds voor 1933 had Hitler hier een van zijn meest solide steunpunten. Bovendien herbergt het land een zeer groot aantal vluchtelingen uit het Oosten. Verder schijnen de S.R.P.-successen vnl. bereikt te zijn in nominaal protestantse gebieden, die in de wandeling wel "Neuheidenland" genoemd worden. Wat daarvan ook zij, niettemin is nog geen antwoord gegeven op de vraag, waarom de S.R.P.

bij de verkiezingen van 1949 op 1950 in Duitsland geen resultaten van enige betekenis behaalde, en thans toch bepaald succesvol voor de dag komt. Gedeeltelijk zullen de thans op de S.R.P. uitgebrachte stemmen ten goede gekomen zijn aan de Duitse Rijkspartij, die in 1948 reeds 8,1% behaalde, doch ditmaal niet meer dan 2,2%. Vanwaar echter de opvallende winst der S.R.P. thans?

De leiders der partij, Generaal-Majoor Remer, Dr. Dorls en Graaf Westarp hebben, waarschijnlijk voor het eerst, geen blad voor de mond gehouden. Openlijk is het verleden en vooral de oud-frontsoldaat, die zich gaf voor zijn volk, verheerlijkt. Zijn zuivere intenties waren door de geallieerden en hun "collaborateurs" verraden. Remer verklaarde tijdens een verkiezingsrede naar aanleiding van de aanslag op Hitler op 20 Juli 1944: "De dag zal komen, waarop zij (d.w.z. de "schuldigen") terecht zullen staan voor een Duits gerechtshof". Dat hij op deze wijze vele rancuneuzen voor zich wist in te nemen, viel te verwachten. Wellicht is er nog een tweede omstandigheid, die tot het S.R.P.-succes bijdroeg.

Hoewel geen berichten zijn ontvangen, waaruit blijkt, dat verband bestaat, schijnt niettemin de veronderstelling verantwoord, dat er samenhang is tussen de neo-nazistische successen en de nog niet gesloten discussie over de herbewapening, die in Duitsland zo veel stof heeft doen opwaaien. In die discussie is de vraag naar de plaats van Duitsland tussen Oost en West sterk op de voorgrond getreden.

Indien hier inderdaad samenhang aanwezig geacht kan worden, dan zou men, althans voor Neder-Saksen, mogen concluderen, dat een niet onaanzienlijk deel van de bevolking van dit land uitdrukking heeft willen geven aan de wens om verschoond te worden van een keus tussen Oost en West en geprefereerd heeft "Duits" te blijven.

In dit verband is het opvallend, dat alle partijen van links tot rechts op hun Duits-zijn tijdens de verkiezingscampagne de nadruk hebben gelegd. De S.P.D. o.m. in de oppositie tegen het Plan Schuman, de verkiezingscoalitie van de C.D.U. en

de D.P. o.a. door haar verkiezingspamfletten te doen ondertekenen door "Dr. Emil Ehrich, Landesgruppenführer der N.S.D.A.P. in Italien und Obersturmführer der Waffen SS" en de F.D.P. o.a. met behulp van het volgende stukje, enigszins kreupele, poëzie:

"Den Bundesstaat will nur der Ami,
Den Staatenbund Franzos' und Tommi,
Wir aber wollen gleich
Das ewig junge Deutsch Reich!"

Waar geen dezer partijen met dergelijke nationalistische propaganda veel winst hebben behaald, moet aangenomen worden, dat die vnl. aan de S.R.P. is ten goede gekomen. Zulks geldt met name de S.P.D. die zich, zonder noemenswaardig succes, heeft uitgeput in het uiten van grieven tegen het beleid van de Bondsregering in de hoop aldus een aftreden van Adenauer te forceren, ten gunste van de sociaal-democraten.

Is dus het beeld, dat deze verkiezingen opleveren, weinig opwekkend, al was het alleen vanwege het ernstige gebrek aan solidariteit door democratische partijen als de C.D.U. en de S.P.D. tegenover het rechtse extremisme aan de dag gelegd, - daartegenover zij gememoreerd, dat de Bondsregering kennelijk het gevaar onderkent en niet van plan is lijdelijk toe te zien. Adenauer verklaarde in een radiorede van 9 Mei: "Zij die op het ogenblik staan achter de rechtse extremisten in Neder-Saksen dienen goed te begrijpen, dat zij in wezen strijden tegen hen, die zonder mooie leuzen, maar met hard werken bezig zijn een bestaan voor hen mogelijk te maken". De Minister van Binnenlandse Zaken, Lehr, verbod kort voor de verkiezingen het "Reichs Front", een S.R.P.-organisatie, die veel gemeen heeft met de vroegere S.A. Voorts is de Heer Lehr doende materiaal bijeen te brengen, waaruit blijkt, dat de S.R.P. anti-democratisch is en contacten onderhoudt met het Russische hoofdkwartier te Berlijn. Met behulp daarvan stelt zij zich voor een verzoek om ontbinding der partij in te dienen bij het Constitutionele Hof, het "Bundesverfassungsgericht", hetwelk naar verwacht wordt in deze

maand zijn werk zal opvatten.

De slotsom moet zijn, dat voor West-Duitsland het stadium lijkt te zijn aangebroken, waarin het democratische bestel zal moeten tonen wat het waard is. Of het tegen de aanvallen, die ongetwijfeld vnl. van rechts zullen komen, bestand zal blijken, valt nog niet te overzien.

Het ware te wensen, dat de sociaal-democratische partij ten deze wat meer solidariteit aan de dag zou gaan leggen met de overige waarlijk democratische krachten in Duitsland en daar buiten. Het stelsel van dwangmaatregelen is in Duitsland te veel toegepast dan dat men thans zou mogen veronderstellen dat het op zichzelf een afdoende remedie voor de kwaal zal kunnen brengen.

NEDER-SAKSEN.

<u>Partij</u>	<u>Behaald % in Mei 1951.</u>	<u>Behaald % in November 1949.</u>
C.D.U.	33,7	33,4
Niederd. Union	23,8	35,2
F.D.P.	8,4	7,5
<i>VI</i> F.I.D.	<u>1,8</u>	<u>3,1</u>
Centrum	3,3	3,4
D.S.F.	0,8	-
S.R.F.	11,0	-
D.R.P.	2,2	8,1
Deutsche rechtspartei	0,1	-
B.H.E.	14,9	-
Onafhankelijken.	0,0	8,1

(Niederd. Union = C.D.U. + Deutsche Partei.
D.S.F. = Deutsche Soziale Partei.
D.R.P. = Deutsche Reichspartei.)

Bijlage.

FOTO-B.Z. 3
No. 4/206

SLEESWIJK-HOLSTEIN.

<u>Partijen</u>	<u>Behaald % in April 1951.</u>	<u>Behaald % in Juli 1950.</u>
Gecombineerde lijsten van niet-socialistische partijen	38,6	43,0
S.F.D.	29,5	27,5
S.S.W.	5,4	5,5
S.H.W.	2,9	-
B.H.E.	18,4	23,4
<i>III</i> K.P.D.	<u>2,4</u>	<u>2,2</u>
Deutsche Block	1,9	-
Zonder partij	0,6	-

(Gecombineerde lijsten = Burgerlijke partijen gedeeltelijk met
S.F.D. en S.H.W.)

S.S.W. = Süd Schleswigscher Wähler Vereinigung, Denen.

S.H.W. = Schleswig-Holsteiner Wähler Verband, anti
vluchtelingenpartij.

B.H.E. = Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
vluchtelingenpartij.

K.P.D. = Kommunistische Partei Deutschland.)

RHEINLAND-PALTZ.

<u>Partijen</u>	<u>Behaald % in April 1951.</u>	<u>Behaald % in Augustus 1949.</u>
C.D.U.	39,92	49,1
S.P.D.	34,00	34,3
F.D.P.	16,7	15,8
<i>IV</i> K.P.D.	<u>4,4</u>	<u>6,2</u>
B.H.E.	1,9	-

RAPPORT :
Van : KA-RA
Aan : Hoofd C.
No. : S/36

ONDERWERP : Conferentie van Nazi's in Malmø.

110459

OP KAART
ACD/ 4c
DAT: 20-5-51
PAR: 3

20-6-51.

6.17
15.15.09282
21 JUNI 1951
ACD/ 111856

1. N.a.v. ACD 110459 d.d. 1 Juni 1951 deelt Midinette ons mede, dat er op 12 Mei 1951 te Malmø een bijeenkomst heeft plaats gevonden, op welke bijeenkomst het woord werd gevoerd door Per ENGDahl over het onderwerp : "Voor Europa, tegen Communisme". Verder werd het woord gevoerd door Dr. Widar BACKLUND, Stockholm en Yngve NORDBORG, Malmø, benevens door de Fransman Jean WALTHER en de Nederlander Johan van DYCK, geboren 30-5-1912 in Burgerhout, België, een schrijver over kunstgeschiedenis. Van DYCK woont in Uppsala, Zweden; hij sprak in het Zweeds.

Op 13 Mei 1951 vond er weer een bijeenkomst plaats, waar ongeveer 60 personen aanwezig waren.

2. De uitgenodigde Duitsers Carl H. PRIESTER, Wolfgang MULLER en Dr. DOIS waren, voorzover Midinette bekend is, op dat tijdstip niet in Zweden.

Ook SKORZENY en Sir Oswald Mosley waren niet aanwezig.

Wat het onderwerp van de conferentie is geweest, is aan Midinette nog niet bekend.

Van DYCK was de enige aanwezige Nederlander.

waarschijnlijk
Duits

Aan: HC ~~HB~~
Via: HB
Van: B XIa.

6.14
05.14-09.282
15 JUNI 1951
ACD/111471

B VII
C
11-6-51

No. : 24/LT Verwijzing naar: 9/LT
Betr.: de op 12 en 13 Mei 1951 in Malmö gehouden internationale conferentie van nazi's.
Bron : Neue Zeit, no. 21 - 1951 - 23 Mei, pag. 20-21.

Merkwürdige Gastfreundschaft.

Am 12. und 13. Mai 1951 haben die Faschisten, die in den Ländern der "westlichen Demokratie" florieren, sich das Entgegenkommen der schwedischen Behörden zunutze gemacht und in der schwedischen Stadt Malmö ein internationales Faschistentreffen abgehalten.

Selbst die Bourgeoisblätter Schwedens sahen sich genötigt, an den Masznahmen der Behörden Kritik zu üben, die voller Gastlichkeit den Faschisten Einreisevisa ausgestellt hatten. "Svenska Morgönbladet" schrieb hierzu:

"Für Schweden ist es eine höchst zweifelhafte Ehre, im eigenen Lande jetzt eine Nazikonferenz zu haben, ein paar Jahre nach den grauenerregenden Aufdeckungen der deutschen Konzentrationslager und der Mordtaten an Millionen von Menschen, ganz zu schweigen von dem zweiten Weltkrieg, welchen der Nazismus herbeigeführt hat".

Ein anderes reaktionäres Blatt, "Expressen", erklärte:

"Man darf keinesfalls zulassen, dass Schweden zum Sammelpunkt des gegenwärtig erstarkenden internationalen Nazismus werde ...".

Die Blätter verurteilten es insbesondere, dass einem Führer der deutschen Neofaschisten, Richter, das schwedische Einreisevisum ausgestellt worden ist. Aber hierbei suchte die Bourgeoispresse die Sache so darzustellen, als ob die diplomatische Vertretung Schwedens in Westdeutschland, die Richter das Visum erteilt hat, durch ein Empfehlungsschreiben des Adenauerschen Auswärtigen Amts irreführt worden sei. Die Gastfreundschaft, welche die schwedischen Behörden Hitlerfaschisten erwiesen haben, beruhe auf einem Missverständnis. Die Bourgeoispresse bemühte sich, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: sie äuszerte anstandshalber Ungehaltenheit über die Dreistigkeit der Hitlerfaschisten, die sich zum Kongress in Malmö eingefunden, und suchte diejenigen reinzuwaschen, die ihn erlaubt hatten.

Aber lange konnte eine solche Version sich nicht halten. Der gekränkte schwedische Faschistenhäuptling Per Engdahl liess eine Erklärung erscheinen, der zufolge er in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Erlander am 21. März diesen vom Zweck des Kongresses unterrichtet und vereinbart hätte, dem Ministerpräsidenten das Verzeichnis der Kongressteilnehmer zuzustellen.

Also war den schwedischen Behörden alles bekannt, und dennoch taten sie die Tür vor den faschistischen Verbrechern gastfreundlich auf. Wir erinnern daran, dass ebendiese Behörden vor bloß vier Monaten den Vertretern der demokratischen Jugend, die in Schweden eine Tagung des Vollzugausschusses des Weltbunds der demokratischen Jugend abhalten wollten, die Einreisevisa verweigert haben.

Man hat allen Grund, sich über die so merkwürdige Gastfreundschaft der schwedischen Behörden zu wundern.

Verzonden op 9 Juni 1951.

15/6.51 by A.C.D. I order W

CVN t.k.n.

Spies CVN t.k.n.

CVN 24.5.51

Aan: HC
Via: ~~HB~~ *Y.*
Van: B Xla.

<i>6.17</i>
<i>05.15-09.282</i>
1 JUNI 1951
ACDI 110459

CVN Yk

NIET O.K.
ACDI <i>4c</i>
DAT: <i>18-5-51</i>
PAR: <i>↓</i>

No. : 9/LT
Betr.: Op 13-5-'51 in Malmoë gehouden conferentie van nazi's.

Bron : L'Humanité 14-5-'51, pag. 3.

Un congrès nazi en Suède!

Un congrès nazi, le premier qui se tienne (officiellement) depuis la guerre, a eu lieu hier à Malmoë (Suède).

Arborant la chemise brune et chaussés de bottes, les quelque 200 participants ont défilé derrière des bannières noires et blanches.

On comptait parmi les congressistes près d'une centaine de nazis, venus de huit pays différents. Les trois quarts des Suédois présents étaient âgés de moins de 20 ans.

Une contre-manifestation antifasciste a été réprimée par la police.

Verzonden op 18 Mei 1951.

*Aan KAKA is op 18/5 verzonden 6 documenten
wie de Ned. deelnemers waren. Ook KAKA en...
gemaakt
22.5.51*

Yk 24/5 '51

RAPPORT

Van: KA-R.A.

Aan: Hoofd B

№. A. 587.

ONDERWERP: Europese Fascistische Broederschap.

6.172 09.2
- 4 SEP. 1950
ACD/92207

- 0D1647
1. CLIPPER meldt ons thans n.a.v. Uw verzoek dd. 11-1-50 No. 77146 (zie ook Uw rapport dd. 31-5-50 No. 84380), dat de bewuste "BRUDERSCHAFT" niet erg belangrijk is. Zij bestaat voornamelijk uit ex-Nazi's, vroeger SS-personeel en anderen met extreem-rechtse opvattingen.
 2. Het is min of meer bekend, dat deze personen zich trachten te hergroeperen. De "BRUDERSCHAFT" is één van de laatste pogingen hiertoe. De leden koesteren ieder afzonderlijk zoveel verschillende ideeën omtrent de doelstellingen en methoden van de organisatie, dat niet van een dreiging kan worden gesproken.

1-9-50.

Die Bruderschaft gaat hoog van de toren blazen

Politiemacht zou te zwak zijn

(Van onze correspondent.)

BERLIJN, 24 Aug. — De vereniging van oud-militairen Die Bruderschaft heeft bij monde van haar leider Beck-Broichsitter, gewezen eerste officier van de generale staf van de divisie Grosz Deutschland, het plan van Adenauer om een Westduitse politie op te stellen, een tegenmaatregel zonder idee genoemd, waarmede men tegen het Oosten geen effect zal boeken. Achter de motivering van Adenauer, dat de Russen in Oost-Duitsland aanvalstroepen zouden samentrekken vermoedt hij een zekere tendentie. Op grond van de militaire ervaringen van Beck zou als dit waar was een offensief niet langer dan vier weken op zich laten wachten. Aan de andere kant zouden de deskundigen van dr. Adenauer militaire dwazen zijn, indien zij in de veronderstelling verkeerden, dat de opstelling van een Westduitse politie snel genoeg kon geschieden om een aanval uit het Oosten met succes het hoofd te bieden. Volgens de inlichtingendienst van Die Bruderschaft hebben de Russen in Oost-Europa ca. 100 infanteriedivisies, 20.000 tanks en met grote waarschijnlijkheid ongeveer 30 luchlandingsdivisies gereed voor een aanval op West-Europa. Wil men het Westelijke front houden, dan heeft men een echte en sterke Europese weermacht nodig van ca. 60 divisies, waarvan de Duitsers naar verhouding deel moeten uitmaken. De door Adenauer verlangde politiemacht (60.000 man) zou voor een strijd tegen het Oosten te zwak zijn en voor de opleiding van kaders en voor improvisatie is geen tijd meer.

De verwezenlijking van de eis van de bondskanselier zou betekenen, dat Duitse mensen onvoldoende gewaand in de strijd worden gezonden. Indien het Duitse deskundigen zijn geweest, waarop Adenauer zich in het interview met de New York Times heeft beroepen, dan hebben zij oneerlijk gehandeld. Bovendien is Die Bruderschaft van mening, dat een strijd van Duitsers tegen Duitsers absoluut moet worden verhinderd in het belang van de toch al verzwakte Duitse volkssubstantie.

Die Bruderschaft is er van overtuigd, dat bijna alle gewezen Duitse soldaten en het gros van de weerbare Duitsers de volgende eis ondersteunen:

Duitsland moet onmiddellijk een onafhankelijke en vrije natie worden met een rechtvaardige sociale orde.

Dan zijn de Duitsers bereid hun krachten beschikbaar te stellen voor een Europese weermacht, waarin alle volken met gelijke rechten zijn vertegenwoordigd. Een verplichting onder ede ware alleen jegens Europa en in ons geval jegens geheel Duitsland denkbaar, niet echter jegens het Atlantische pact. Wij wijzen elke improvisatie van een Duitse troep of de verdeling van Duitse eenheden over vreemde legers van de hand. Onze eis betreft derhalve een wet tegen de dienst van Duitsers onder vreemde vlag. Voorwaarde voor elke actieve Duitse deelneming in genoemde zin is echter het eerdere herstel van de Duitse

soldaten, de revisie van de processen, waarin Duitse legeraanvoerders zijn veroordeeld en de waarborg voor de verzorging van de gewezen beroepsmilitairen, inclusief de leden van de Waffen S.S.

Volgens de laatste uitgave van de vertrouwelijke informatiedienst van de Bruderschaft bevinden de vroegere generaals Speidel en von Schwerin zich op het ogenblik in het buitenland. Speidel heeft een uitnodiging aanvaard van het hoofdkwartier van de Westelijke Unie in Fontainebleau, von Schwerin zou besprekingen in Londen voeren. (Het bericht, dat zich Duitse generaals te Fontainebleau zouden bevinden, is evenwel tegengesproken. — Red. N.R.C.).

Het verluidt, dat generaal von Manteufel, die samen met Speidel als organisator van een Duitse politietroep wordt genoemd, bij die Bruderschaft geen persona grata is; daarentegen blijkt uit de informatiedienst van deze vereniging, dat men tegenover de candidatuur van de vroegere tank-generaal Guderian zeer gunstig staat. Guderian heeft onlangs voor het op zich nemen van het bevel van een Duits leger drie voorwaarden genoemd: gelijke rechten voor Duitsland, een Duits bevel over Duitse troepen en gelijke rechten voor de Duitse officieren in het intergeallieerde opperbevel, alsmede invrijheidstelling van de generaals en andere officieren, staatslieden en diplomaten uit Spandau en andere gevangenis (niet de onderdanige verontschuldiging van de Verenigde Naties dat zij Hitler, Goebbels en consorten in de dood hebben gedreven? vraagt Uw correspondent).

Doss no

Cal

012043
005 1697
Cat
24 - 8 - 50

9538.

B.I.W.
J.M.F.

B.
D.A./1-067/W.641.

0.172
09.23
17 JULI 1950
ACD 2942

1647

Met verwijzing naar Uw schrijven nr 77146/
CBS/237 van 27 Januari 1950, betreffende de
"Europese Fascistische Broederschap", bericht ik U
dat ons hierover niets bekend is.

Wel is een Duits fascistisch verbond, met
name "BRUDERSCHAFT" gekend, dat zou bestaan in alle
Duitse localiteiten, zelfs in de meest afgelegen.
Deze "Bruderschaft" zou plaatselijke comités bezit-
ten met vertrouwenslieden aan het hoofd, die gelast
zouden zijn met het bewaken van al de Duitse politie-
ke bewegingen en met de penetratie er van, ten einde
de "Bruderschaft" op de allernauwkeurigste wijze te
documenteren.

In België zou deze "Bruderschaft" tot nog
toe niet vertegenwoordigd zijn.

De 7 Juli 1950.

Uit : 019aab
Ag.no.: 889g11
Voor : OSN/...

1/2043

YAKINLICHE INFORMATIES

ACTIEVEN DER STRASSER - BEWEGING

1) Stellvertreter Dr. Otto Strasser in Deutschland war bisher Reichsleiter Kurt Sprengel, "Hilfenissen i.G. Kantone, 18, Postfach 44 (No. 225). Anfang Januar 1936 arbeitete er stark daran, dass die Strasser Bewegung mit seinen Mitarbeitern, Sprengel wurde dann krank; er bewirkte finanzielle Verluste in seinem Geschäft, infolge der Unfähigkeit für die Strasserbewegung, der politische Kampf mit ihm nervenlosig aussieht; er stellt Arbeit ein; gibt keine Nachrichten heraus, beantwortet keine Briefe von Otto Strasser sehr; im nun Ausfall teilt er niemand mit. Dr. Otto Strasser ist verheiratet, weil auch er keine Verbindung bekommt. Ende März 1936 stellt Manfred Gutjahr Verbindung zu Sprengel her.

2) Manfred Gutjahr, Bielefeld-Schilkestraße, 178 (Früher reaktionärer Offizier) FVP Frau Syndikus, Filmstudio Kommando, vier Kinder - Verbindungen von Dr. Otto Strasser nach England, Holland, Belgien, Katholisch, Vertreter einer gemäßigten Richtung, welche kein Aufsehen in der Öffentlichkeit macht; Beziehung: Ablehnung an Churchill, de Gaulle - Verdacht.

Der früher im Dienst der englischen Botschaft.

3) Gutjahr stellt März 1936 fest, dass Sprengel verunglückt, berichtet an Dr. Otto Strasser, Dieser antwortet; "Sprengel schwer verunglückt, Angefallene Kampf geht weiter".

4) Ludwig Obermaier Werner 1ste, Hamburg-Bismarckstraße, Strassburg 61 (No. 42118) Offizier 1. Weltkrieg SVH. Verheiratet, Kinderlos.

II STRASSERBEWEGUNG:

Bremen: Hermann (Journalist)
München: (Journalist)
München: Richard

Hannover-Führer, Spartenleiter, 1 (verarmt)
Waldorf: Gleason, Kontakt, jetzt Bonn, hat Arbeit eingerichtet, da er Krawall mit Dr. Otto Strasser hatte; Kampf gegen Osten forderte.)

Hagen: Wadsack
Frankfurt: Leertbrock
Leertbrock hat unarchivierbare Verbindungen zu anderen Gruppen

6) Die Strasser-Bewegung und Möglichkeiten:

a) Politische Bewegung
b) Kampfbündnis Vereine
Strasser fordert jetzt die Letzteren unter Verantwortung der Landesleiter. (Erfolg zweifelhaft) Keine Beteiligung der Freunde Otto Strassers an den Wahlen!

7) Auslandsbeziehungen:

E.A. Reich ist in Südamerika, nicht in Berlin. (Falschmeldung)
E.A. Frick - Strasser-Vertreter in Südamerika. Keine Beziehungen zu Mosley. Angeblich in Belgien Bewegung, welche in ihren Rhythmen Strasser ahmt. (rechtstehend, menschenliebend) Angeblich Usterling (?)
Strasser erhofft Eintritt von US-Beamten für seine Rückkehr.

8) Strasser-Bewegung sammelt Material von Schulze-Griewach unter Wetz. Vertreter in Oberw. Rank-Griewach wohnt in Bonn. Holte bei Bielefeld (Bericht von Hilfenissen) hat a. a. (Frank.) Fr. Kr. dort

erheblichen ... 1937. ... Kreis der Bruders-
schaft.

9) Strasser-Bewegung infiltriert in "Antifriedensbewegung - Jeddai
Sajassi-".

~~10) Deutsche Union, Deutsche Partei Hamburg, Bauhauser Kreis.~~

11) Ungeklärt Verbindung zwischen Bruderschaft von Franke-Kriegsach
und christliche Bruderschaft des General Graf Karitz, Jelle.- Gut-
jahr forscht nach.

12) Im Frühjahr 1950 erhielt Dr. Otto Strasser Angebote aus der
Ostzone. Er hat abgelehnt. Seine Einstellung ergibt aus folgendem
Privatbrief nach Berlin vom 14. 4. 1950.

".....ich bin ganz ihrer Meinung, dass man in Berlin die Unmöglich-
keit erkennt, je eine Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage des
westlichen und östlichen Wirtschaftssystem herbeiführen zu können.-

Allerdings muss ich immer warnen: sowohl die Ziele der West-
mächte, wie eine Einigung Westeuropas !!- Washington und London,
Paris und Bonn treffen sich in Strassburg--nicht in Berlin!- Die
Teilung Deutschlands ist den Westmächten und Bonnern willkommen,
wobei die Bonner teils als armeelige Hasen, teils aber auch als
sehr kluge christlicher Lame entieren !!- demgegenüber muss unsere
Parole sein: Das deutsche Land steht uns näher als der westeuro-
päische Block- kann schon Karppa, dann ganz Europa, einschliesslich
des Ostens, einschliesslich aber auch Spaniens und Portugals und der
Schweiz, die ja alle nicht in Strassburg vertreten sind!!- Und wie-
der sehe ich in den Ostvertriebenen die Avantgarde dieser Forderung.
Daher immer und stets: Mehr Macht den Ostvertriebenen!"

13) zu überprüfen ist, bestehen Beziehungen von Franke-Kriegsach
zu Moskau, Angaben von Dr. Otto Strasser in Couriers:

- a) Reisen von Franke-Kriegsach nach Italien.
- b) Verbindungen von Franke-Kriegsach zu den Engländern.
Mehr zw. Helfhaft.

14) Beurteilung der Strasser-Bewegung

- a) Klare Gegensatz zu Hitlerhörigen, Nationalen Mächten,
Bruderschaft, Dr. Boris, Bremer, Götter, DAP, SRP.
- b) als reine Organisation schwach. Starke ideologische Ein-
wirkung auf alle anderen Bewegungen.
- c) Zielsetzung Deutschland in Grenzen 1937. Unter-
stützung der aggressivsten Kräfte gegen Moskau in USA und Europa.
(US-Republikaner, Dewey, Katikan, so Gaulle.)
Aus taktischen inneramerikanischen Gründen gegen Demokraten.
Solange Deutschland nicht sehr verboten wird, Parole! "Weder Moskau,
noch Washington!" Ziel: Überleben!
- d) Diese Abwertetaktik des schärfsten Antistalinisten Dr. Strassers
führt nicht bei seinen Anhängern aber bei der Masse zum krassesten
Pessimismus und Defaitismus, weil sie den immer rechten gewandelten
Strasser nicht kennen. Der Kampf ist kein Kollisionsrevolutionär.

Doss. no. DD 1647
Cat. Algemeen Handelsblad
Datum 12.7.50

**HOOFDINSTRUCTEUR VAN
VOLKSPOLITIE IN
W.-DUITSLAND**

Oost-Duitsland probeert leden van „Die Bruderschaft” — de vereniging van Duitse oud-officieren in het Westen — te werven voor de volkspolitie.
De regering in Bonn heeft een verklaring uitgegeven, waarin gezegd wordt, dat Vincent Mueller, vroeger een generaal van de Wehrmacht en thans hoofdinspecteur van de „volkspolitie” met grote bedragen geld in West-Duitsland was aangekomen om leden te werven.

DD 1647

O.D. 1649

UB 1647
Opstanding
22-4-50

Van over de Rijn

HET STANDPUNT VAN DE « BRUDERSCHAFT »

Over de geheimzinnige groepering welke onder de naam van « Bruderschaft » bekend staat, werden al heel wat dwaze en valse geruchten verspreid. Zoals OPSTANDING het reeds schreef, onderhoudt deze groep eeddele vriendschappelijke betrekkingen met zekere Franse kringen. Haar kern bestaat voor een groot deel uit jongere officieren van de vroegere divisie « Grossdeutschland ». Zij gaat niet accoord met dezen die naar de oprichting van een nationaal-Bolsjevistisch leger in Oost-Duitsland willen streven, noch met de elementen die op een onvoorwaardelijke en onmiddellijke hermiliterisatie van West-Duitsland aansturen.

Het standpunt van de « Bruderschaft » kan ongeveer als volgt samengevat worden :

— De ervaringen tijdens de jongste wereldoorlog opgedaan en de huidige internationale toestand zijn van dien aard, dat geen Duitser er vooralsnog kan aan denken, zich door het Westen of door het Oosten als kanonnenvlees te laten misbruiken. Een deelneming van Duitsland aan de herbewapening is alleen denkbaar in een gefedereerd Europa dat als « derde » grote mogendheid zou ontstaan, d.i. na het in leven roepen van een waarachtig Europees bewustzijn. Zolang dit niet is gebeurd, moeten de Duitsers zich op militair gebied volstrekt afzijdig houden...

Dat woordvoerders van de « Bruderschaft » met bondskanselier Adenauer onderhandeld zouden hebben — door bemiddeling van pantsergeneraal Hasso von Manteuffel — om de spoedige oprichting te bekomen van twee Duitse divisies is dus volledig uit de lucht gegrepen. Tot de groep behoort ook Von Stauffenberg, een der voorzitters van de « Deutsche Union » en neef van een der deelnemers aan de aanslag op de Führer. Natuurlijk staan niet alle nationaal-gezinde Duitsers, noch alle oude officieren van de Wehrmacht aan de zijde van de Brüderschaft-mannen.

In het huidige Duitsland waar nog alles « aan het broeien » is, zijn er zeer uiteenlopende stellingen waar te nemen en het is goed dat onze lezers daar af en toe iets anders zouden vernemen dan de onvertrouwde berichten van de conformistische pers. Het staat in ieder geval vast, dat de actie van de Brüderschaft in de loop der jongste weken niet zonder invloed is gebleven. Haar is het o.m. te danken — of te wijten — dat de vroegere elementen van de Duitse generale staf die het oor van Washington hebben, ofwijzend geadviseerd hebben, inzake de voorgenomen hermiliterisatie.

HENK.

Aan KA.RA
Van H.B.

No.: B 84380
AV 2

LITGEBOEKT

Naar aanleiding van Uw rapport no. A 365 d.d. 25-4-1950 deel ik U mede, dat de juiste naam der broederschap is: "Bruderschaft", ook wel genaamd "European Brotherhood".

De organisatie is opgericht in Duitsland en staat onder leiding van Dr. Franke-Griksch, vroeger S.S.-Obersturmbannführer en hoofd van het S.S.-Personeelsbureau, vermoedelijk wonende Schloß Holste bij Bielefeld.

De bijeenkomst der "Bruderschaft" zou plaats vinden in Merano (Italië).

(B VII)

H.B. 31 Mei 1950

NOTA

Van: KARA

Op 6.6.50 is aan Clipper brief CAH, 50, 324 (84380) geschreven
n.a.v. de Nota aan KA=RA van HB dd. 31 Mei, 1950

15.6.1950 *gl*

6.172
01.203

6.172 01.203
27 APR. 1950.
ACD/84300

RAPPORT

Aan: Hoofd B

Van: KARA

No.: A.365

ONDERWERP: Europese Fascistische BROEDERSCHAP.

001647

N.a.v. Uw rapport dd. 11.1.50 No. 77146 deelt Clipper ons mede, dat bij zijn directie niets bekend is omtrent deze "broederschap".

Slechts indien wij de juiste naam in de gebruikte taal plus de namen van evt. Nederlandse afgevaardigden en de plaats van samenkomst in Italië zouden kunnen leveren, zou Clipper's directie verdere nasporingen kunnen doen.

25.4.1950

88 164^u
5

6.1.22
7.23 - 09.2
18 APR. 1950
ACD/ 83032

RAPPORT
Van: KA-R.A.
Aan: Hoofd B.
No. F.144.

B

ONDERWERP: Herleving van fascistische organisaties in Europa.

In antwoord op ons schrijven no. ~~77146~~ 77146 dd. 1-3-50 deelt
Espresso ons mede, dat hij over geen enkele informatie be-
schikt, die met de onze overeenstemt.
Zijn dienst weet niets af van invitaties, die door een fas-
cistische "BROEDERSCHAP" zouden zijn gedaan aan verschillende
organisaties.

17-4-50.

NOTA

KA-RA gezien.

Wij hechten er het bijgevoegde artikel aan, ontnomen aan de
"Muenchener Illustrierte" van 11.3.1950.

23.3.1950.

Scheinwerfer auf „Bruderschaft“

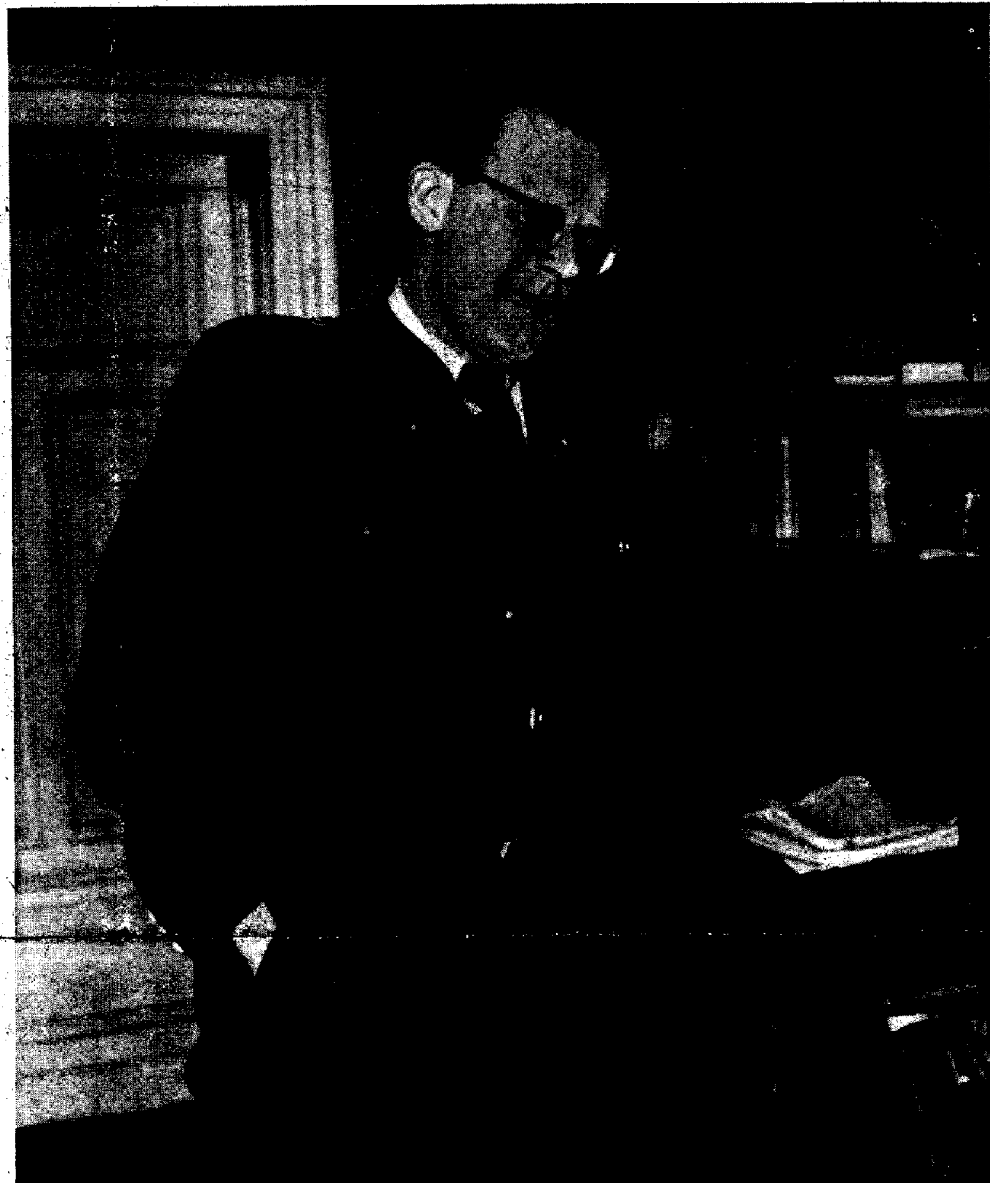
Die wahren Drahtzieher einer Geheimorganisation, die nicht geheim ist

Die Berichte inländischer und ausländischer Zeitungen, wonach in Westdeutschland eine militaristische Untergrundbewegung existiere, haben sowohl in Deutschland wie in der Weltöffentlichkeit größte Bestürzung hervorgerufen. In den, von seriösen amerikanischen Kreisen ausgehenden Meldungen hieß es, der ehemalige Kommandeur der Division „Großdeutschland“, Generalleutnant Hasso Eccard von Manteuffel habe eine Gruppe von Generalstäblern unter dem Namen „Bruderschaft“ zusammengefaßt und sei mit der Organisation einer „schwarzen Wehrmacht“ beschäftigt.

Inzwischen ist nicht nur die Tatsache einer angeblichen Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und General von Manteuffel dementiert worden, sondern Bundesinnenminister Dr. Heinemann erklärte auch unserem Bonner Vertreter, daß für die Existenz einer Untergrundbewegung „nicht die geringsten Anhaltspunkte“ bestünden. Wenn „Die Neue Münchner Illustrierte“ dennoch eine umfassende Untersuchung über die „Bruderschaft“ in die Wege geleitet hat, so ging sie von der Erwägung aus, daß die Unterschätzung einer „Bewegung“ Deutschland und die Welt schon einmal in die Katastrophe gestürzt hat, und daß die absichtliche, unkundige oder bloß bequeme Nichtbeachtung politischer Konspirationen der Öffentlichkeit niemals zu dienen vermag.

Das Ergebnis unserer Nachforschungen, die wir auch in einem Bildbericht festhalten, und in deren Verlauf wir uns in aller Objektivität auch an die Prominenten der Bruderschaft wandten, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen.

Erstens: Die Behauptung maßgebender Kreise, die die Existenz einer Untergrundbewegung, „Bruderschaft“ geännt, dementieren, ist berechtigt. Nicht die Organisation selbst ist geheim, sondern ihre Ziele sind getarnt. Die Mitglieder der Organisation treffen sich nicht in Kellertiefen, aber die Ziele, die sie der Öffentlichkeit bekanntgeben, sind von A bis Z dazu angetan, die deutsche Bevölkerung irrezuführen. Die Beweise hierfür lauten: (A) Innerhalb der deutschen Demokratie sind Parteibildungen erlaubt. Die Mitglieder der „Bruderschaft“ lehnen es aber ab, sich als Partei zu bekennen und an den deutschen Wähler zu wenden. (B) Während sich die Leiter der „Bruderschaft“ zu Europa bekennen, erklärte der Chef der Organisation, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Franke-Griksch, unserem Korrespondenten, daß die Organisation die Straßburger Europa-Union ablehne. In der typisch verworrenen Terminologie des Faschismus wird von einem „Nationalstaat Europa“ und einer „organischen Lösung“ der europäischen Frage gesprochen. (C) Die Mitglieder der „Bruderschaft“ erklären, daß es sich nicht um eine militärische oder militaristische Organisation handle. Es gibt — oder gibt noch — in der Tat keine „schwarze Wehrmacht“. Auch dieser „Nicht-Militarismus“ entpuppt sich aber als Tarnung, wenn man erfährt, daß die jetzt angeschlagenen „unmilitaristischen“



DAS OBERHAUPT DER „BRUDERSCHAFT“. Dr. Franke-Griksch, früherer Leiter des SS-Personalamtes, nennt sich jetzt „Kanzler der Europäischen Bruderschaft Deutscher Nation“. „Wir sind keine Untergrundbewegung“, sagt er, „eher ein Bund, der der Freimaurerei gleicht.“

wandten, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen.

Erstens: Die Behauptung maßgebender Kreise, die die Existenz einer Untergrundbewegung, „Bruderschaft“ genannt, dementieren, ist berechtigt. Nicht die Organisation selbst ist geheim, sondern ihre Ziele sind getarnt. Die Mitglieder der Organisation treffen sich nicht in Kellertiefen, aber die Ziele, die sie der Öffentlichkeit bekanntgeben, sind von A bis Z dazu angetan, die deutsche Bevölkerung irrezuführen. Die Beweise hierfür lauten: (A) Innerhalb der deutschen Demokratie sind Parteibildungen erlaubt. Die Mitglieder der „Bruderschaft“ lehnen es aber ab, sich als Partei zu bekennen und an den deutschen Wähler zu wenden. (B) Während sich die Leiter der „Bruderschaft“ zu Europa bekennen, erklärte der Chef der Organisation, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Franke-Griksch, unserem Korrespondenten, daß die Organisation die Straßburger Europa-Union ablehne. In der typisch verworrenen Terminologie des Faschismus wird von einem „Nationalstaat Europa“ und einer „organischen Lösung“ der europäischen Frage gesprochen. (C) Die Mitglieder der „Bruderschaft“ erklären, daß es sich nicht um eine militärische oder militaristische Organisation handle. Es gibt — oder gibt noch — in der Tat keine „schwarze Wehrmacht“. Auch dieser „Nicht-Militarismus“ entpuppt sich aber als Tarnung, wenn man erfährt, daß die jetzt angeschlagenen „unmilitaristischen“ Töne lediglich auf die Popularität des Schlagwortes spekulieren, „keiner fremden Macht die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. In Wirklichkeit sind die prominentesten Mitglieder der „Bruderschaft“ ehemalige Offiziere, und mit besonderem Stolz weist der Führer der „Bruderschaft“ darauf hin, daß mit ausländischen Kreisen — „zum Beispiel mit Kreisen um General de Gaulle“ — der Kontakt aufgenommen worden ist. Das Dementi über eine angebliche „Generalschwörung“ — um eine solche scheint es sich in der Tat nicht zu handeln — faßte der „Kanzler“ der „Bruderschaft“ in die bezeichnenden Worte zusammen: „Nicht die Generale, sondern die Generation der Majore muß es schaffen.“

Zweitens: Unsere Untersuchungen haben gezeigt, daß hinter der organisatorisch offenen, in ihren Zielsetzungen aber um so hintergründigeren Bewegung zum großen Teil Personen stehen, von denen mit einer Münchner Tageszeitung gesagt werden kann: „Jeder, der in der überlebten Vergangenheit eine hervorragende Rolle gespielt hat . . . hat bei aller Anerkennung seiner formalen Rechte, die ihm nach dem Gesetz zustehen, die selbstverständliche politische Pflicht, sich als Figur des öffentlichen Lebens vergessen zu lassen.“ Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Franke-Griksch und eine Reihe anderer kompromittierter Persönlichkeiten gehören zweifellos zu dem Kreis, der sich „vergessen lassen“ müßte, und deren Teilnahme allein schon beweist, daß es sich hier, auch ohne die romantischen Requisiten einer „Untergrundbewegung“, um eine untergründige Bewegung handelt.

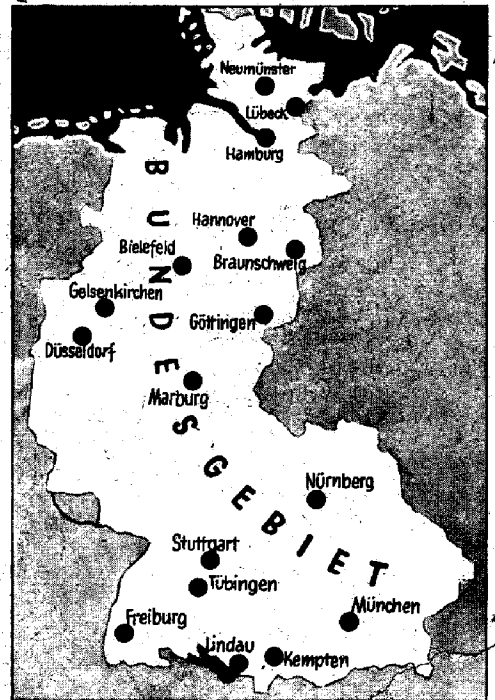
Drittens: Unsere Befragung von „Bruderschaftlern“ ergab ferner, daß die führenden Persönlichkeiten der „Bruderschaft“ den Nationalsozialismus nicht als Schuld, sondern — um ihre eigenen Worte zu zitieren — als „organischen Teil einer Revolution“ betrachten. „die immer noch statthat“.



DAS OBERHAUPT DER „BRUDERSCHAFT“. Dr. Franke-Griksch, früher Leiter des SS-Personalamtes, nennt sich jetzt „Kanzler der Europäischen Bruderschaft Deutscher Nation“. „Wir sind keine Untergrundbewegung“, sagt er, „eher ein Bund, der der Freimaurerei gleicht.“



DER „PHILOSOPH“. Im „Zivilberuf“ lehrt Prof. Heske Forstwissenschaft in Hamburg Politik, sagt er, interessiert ihn gar nicht, er versorgt die „Brüder“ mit Weltanschauung.



ZELLENBILDUNG. In fast allen westdeutschen Städten hat die Bruderschaft Zellen gebildet. Dabei liege, sagt Franke-Griksch, das Schwergewicht keineswegs in Süddeutschland.

Es war für die Nachforschungen unseres Sonderberichterstatters Carl Hermann *Ebbinghaus* in hohem Maße kennzeichnend, daß er bei den Mitgliedern der „Bruderschaft“ offene Türen fand, und daß sie ihre Teilnahme an der „Bewegung“ nicht zu verheimlichen suchten. Auf Schloß Holste bei Bielefeld gibt der ehemalige SS-Obersturmbannführer *Franke-Griksch* bereitwillig Auskunft; er behauptet, zu Ostern die „Bruderschaft“ beim Registergericht eintragen lassen zu wollen. Man erfährt hier, daß die Bruderschaft sich nicht nur an Offizierskreise wendet, sondern Studenten, Gelehrte, Gewerkschaftler, Kaufleute zu einer — und auch dieses Wort klingt vertraut — „geistigen Elite“ zusammenzufassen sucht. Auch eine weltanschauliche „Philosophie“ wird von Dr. *Heske*, Professor für Forstwissenschaft in Hamburg, nach bewährtem Muster gearbeitet. Geplant ist vorerst die Eroberung geistiger Positionen in Deutschland. Die nächste Etappe soll zur Schaffung einer „nationalen Opposition“ führen. Diese soll nicht in das „tägespolitische-Geschehen“ eingreifen, sondern im historischen Moment „dasein, um alles andere einfach wegzufegen“. Daß General von *Manteuffel* in der Organisation eine prominente Rolle spielt, wurde von ihm unserem Korrespondenten gegenüber verneint. Seine Erklärungen scheinen um so wahrscheinlicher zu sein, als die Herausstellung eines bekannten Generals jenes geistige Maskenspiel enthüllen würde, um das es hier geht. — Mit der Veröffentlichung der obenstehenden Berichte und der Publikation der Photographien unseres Photoreporters *Alfred Strobel* versucht „Die Neue Münchner Illustrierte“ vor der gefährlichen Methode zu warnen, die über alles Drohende und Unheimliche „taktvoll“ hinwegzugehen sucht. Wir haben volles Vertrauen in den gesunden Sinn des deutschen Volkes, der durch die bitteren Erfahrungen von zwei Jahrzehnten hart genug erkaufte wurde. Von keinem Volk kann aber verlangt werden, daß es ablehnt, was es nicht kennt. Diese Seiten dienen der Erkenntnis.

*

VON MANTEUFFEL. General von Manteuffel, ehemals Kommandeur der Division Großdeutschland, verbringt seine Ferien in der Nähe des Petersberges. „Das ist alles erlogen“, sagt der General zu den in der Presse veröffentlichten Berichten, in denen ihm die Führerrolle der „Bruderschaft“ zugeschrieben wurde.



BRUDERSCHAFT

von Tage

VON MANTEUFFEL. General von Manteuffel, ehemals Kommandeur der Division Großdeutschland, verbringt seine Ferien in der Nähe des Petersberges. „Das ist alles erlogen“, sagt der General zu den in der Presse veröffentlichten Berichten, in denen ihm die Führerrolle der „Bruderschaft“ zugeschrieben wurde.



ORGANISATIONSLEITER. Der ehemalige Major Beck-Broichsitter besorgt die Organisation der Bruderschaft. Als Mitglied des sogenannten Bruderschaftsrates gehört er zum innersten Ring. Früher war Beck-Broichsitter der Ia des Generals von Manteuffel in der Division Großdeutschland. Sein Sitz ist in Neumünster.

DIE BRUDERSCHAFT

Analyse der innenpolitischen deutschen Lage.

besonderer Berücksichtigung der Entwicklung i

im folgenden eine kurze Analyse der innenpolitischen Lage. In letzter Zeit mehrten sich die Forderungen nach einer Parteilizensierung in der US - Zone - der Bereich dieser Erscheinungen springen hervor. Sehr bekannte Namen sind in der US - Zone - der Bereich dieser Erscheinungen springen hervor. Sehr bekannte Namen sind in der US - Zone - der Bereich dieser Erscheinungen springen hervor. Sehr bekannte Namen sind in der US - Zone - der Bereich dieser Erscheinungen springen hervor.

„GENERALSTABSMÄSSIG!“ Die Forderung „Generalstabsmäßiges Arbeiten!“ ist in dem oben reproduzierten Rundbrief der Bruderschaft enthalten. Solche Rundbriefe kursieren unter den „Brüdern“. Diesmal sind die Rechtsparteien Gegenstand der Kritik. Ihre Methode sei völlig „ziellos und vordergründig“.

Co 77146

NIET O.K.
ACD/IV B
DAT: 20/4-50
PAR: 482

6.172
69.28 - 01.1
21 MRT 1950
ACD/82281

RAPPORT

Aan: Hoofd B

Van: KA-RA

No.: E. 506

ONDERWERP: Fascistische Broederschap.

1. Sardine ^{Co} bericht ons, dat zijn antwoord (E.498-81737) op Uw schrijven No. 77146 dd. 11.1.1950 niet geheel juist is geweest. Er bestaat nl. in Duitsland een organisatie, die bekend staat als de "Brüderschaft" en soms ook wel genoemd wordt de "European Brotherhood".

(K) 2. Deze "Bruderschaft" is inderdaad een fascistische georiënteerde organisatie.

3. Verdere bijzonderheden ontbreken.

20.3.1950.

RAPPORT

Van: KA-R.A.

Aan: HB.

No. E.498

ONDERWERP: Fascistische "BROEDERSCHAP"

NIET O.K.
ACD/ IV B
DAT: 20/4-50
PAR: 888

6.172
07.283
13 MRT 1950
ACD/01737

In antwoord op Uw schrijven No. 77146 dd. 11-1-50 deelt
Sardine ons mede, dat bij zijn directie niets bekend is
omtrent de bedoelde "BROEDERSCHAP".

10-3-50.

NOTA
Van: KA-RA

Op 27.1.1950 zijn aan Sardine en Spil resp. brief CEH/50, 030 en 77146/CBS/ 237 geschreven waarin hen gevraagd werd om inlichtingen over deze "BROEDERSCHAP".

28.1.1950 *ly*

No.: BX. 77146

Aan: KA/R.A.

Van: H.B.

VI. RPh.3

UITGEBOKT

ant. 81737

Naar aanleiding van bijgaand courantenbericht
verzoek ik U bij de buitenlandse diensten te in-
formeran of omtrent deze "Broederschap" iets be-
kend is.

H.B. 11-1-'50.

y.

Blycke Bx 77166.

AFSCHRIFT

(Uit de Waarheid dd. 1.12.1949)

EUROPESE FASCISTISCHE "BROEDERSCHAP" OP STAPEL
N.S.B.-ers uitgenodigd naar Moran (Italië)
Milano

Een aantal vroegere leden van de N.S.B. hebben uitnodigingen ontvangen om een bijeenkomst in MORAN (Italië) bij te wonen. Daar zal een verbond van fascistische uit geheel Europa gevormd worden onder de naam "Broederschap".

De correspondent van Telepress in Geneve deelt mede, dat verder zijn uitgenodigd leden van de Italiaanse "Movimento Sociale", de Spaanse Falange, het Oostenrijkse Verbond van Onafhankelijkken, de Gaulle's R.P.F., de Belgische Rexisten, Mosley-aanhangers uit Engeland en vroegere leden van Quisling's National samlung.

Uit Duitsland zijn vertegenwoordigers van de voormalige Waffen SS en organisators van Hitlers Teutonische Vrijwilligers uitgenodigd. Hun leider is de vroegere Gauleiter Kauffmann uit Hamburg. Zijn plaatsvervanger is Franke-Gricksch, die tot 1932 secretaris van Otto Strasser was. Franke-Gricksch werd later Obersturmbannführer der SS.

De Duitse delegatie naar Moran staat in nauw contact met de Jezuiten en richt zich tot alle anti-communistische groepen en organisaties.

Het doel van de "Broederschap" zou zijn een unie van Europese staten onder Amerikaanse leiding, de schepping van een nieuwe Duitse Wehrmacht binnen het leger van deze Europese Unie en samenwerking met alle anti-communistische elementen in de volksdemocratische landen.

MINUTENBLAD

DOSSIER No. OD 2047.

NAAM: Fascistische Organisatie "Bruderschaft".

1. Aangelegd op verzoek van B VII.
ACD IV b. *tel.* 20-4-50.

2 *act 10* *dit OD laten vervallen 1/5/52*
stukken hergeen in aangevraagd
OD: Neo Fascisme / stalinisme.
op verzoek van B VII 1 act/cante 13/5/52 B

- 3 *stukken geborgen in OD 2043 op verzoek van*
*B VII. ACD IV *tel* 14/2-52*

vervallen